LG.H
K7868z
520 M

Abhandlungen aus dem Institut für Zeitungskunde
an der Universität Leipzig
Band I. Herausgegeben von Karl Bücher Heft 2.

Das Zeitungswesen in Weimar (1734—1849)

Ein Beitrag zur Zeitungsgeschichte

von

Dr. Fritz Körner

539059
21.4.52

Leipzig
Verlag von Emmanuel Reinicke
1920

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung,
sind vorbehalten.

Druck der Universitätsdruckerei H. Stürtz, A. G., Würzburg.

Die Absicht der Arbeit.

Noch immer warten wir auf eine umfassende Geschichte des deutschen Zeitungswesens auf Grund von Quellen und einschlägigen Untersuchungen. Vor allem fehlt uns die Geschichte des Zeitungswesens im 19. Jahrhundert, in dem eine Umwandlung und ein Aufschwung der gesamten Presse in wirtschaftlicher, politischer und materieller Hinsicht eingetreten ist, wie man es wohl niemals geahnt hatte.

Das Werk von Robert Prutz ist leider in den Anfängen stecken geblieben. Salomons „Geschichte des deutschen Zeitungswesens" kann schon lange nicht mehr als vollständig und erschöpfend angesehen werden, da ihm bei der Abfassung Einzelforschungen nur in geringem Maß vorlagen.

Seitdem ist mit der Erkenntnis, daß die Presse eine Großmacht ersten Ranges ist und daß sie von jeher in dem politischen, volkswirtschaftlichen und kulturellen Leben der Völker in entscheidender Weise von Einfluß gewesen ist, das Interesse für das Zeitungswesen und seine wissenschaftliche Erforschung bedeutend im Zunehmen begriffen. Man hat einzelne Staaten, Landschaften, Städte in den Bereich der Betrachtung gezogen. Man hat die einzelnen Teile der Zeitung in ihrer Gliederung, ihrem Aufbau und ihrer allmählichen Entwickelung erforscht, man hat sich der Geschichte einzelner Zeitungen

und Zeitschriften zugewandt, um aus ihr Rückschlüsse auf den Geist der Zeit und die Auswirkungen auf die gesamte Kultur festzustellen. Das alles geschah vielfach in dem Bestreben, mit diesen Einzelforschungen Bausteine zusammenzutragen, um Grundlagen für eine wissenschaftliche Geschichte des deutschen Zeitungswesens zu schaffen.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus ist auch diese Arbeit entstanden, die zusammenfassend eine Übersicht über die Entwickelung des Zeitungswesens in den Jahren 1734 bis 1849 in Weimar geben will.

Gerade die Zeitungsgeschichte ist so vielseitig und umfassend, daß eine Entscheidung darüber, von welchem Standpunkt aus sie am zweckmäßigsten in Angriff genommen werden kann, besonders schwierig sein muß. Die Geschichte der meisten Zeitungen ist wohl am stärksten durch politische Strömungen und Konflikte beeinflußt worden, — eine Erscheinung, die auch in Weimar zu Beginn des 19. Jahrhunderts festgestellt werden kann. Deshalb wurde hauptsächlich die historische Betrachtungsweise als die gegebene Richtlinie angewandt. Anderseits ist aber auch „die Organisation der Nachrichtenvermittelung zu jeder Zeit durch die gesamte Wirtschaftsweise bedingt“ [1]). Das tritt besonders deutlich bei den Anfängen des Weimarischen Zeitungswesens — den Intelligenzblättern des 18. Jahrhunderts — zutage. Deshalb wurde hier wie auch an einzelnen anderen Stellen der Arbeit der Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Strömungen und Tendenzen darzustellen versucht.

[1]) Bücher: Entstehung der Volkswirtschaft, 1. Sammlung.

Benutzte Literatur und Quellen.

A. Literatur.

Biedermann, Fr. K., Deutschland im 18. Jahrhundert. Leipzig 1854—80.

Böttiger, K. A., Literarische Zustände und Zeitgenossen. Leipzig 1838.

Bücher, K., „Das Zeitungswesen" in der Kultur der Gegenwart. Leipzig und Berlin 1906.

Derselbe, Entwickelung der Volkswirtschaft. 1. und 2. Sammlung. Tübingen 1911 und 1918.

Czygan, P., Zur Geschichte der Tagesliteratur während der Freiheitskriege. Leipzig 1911.

Düntzer, Heinr., Charlotte v. Stein. Stuttgart 1874.

Ehrentreich, H., Die freie Presse in Sachsen-Weimar von den Freiheitskriegen bis zu den Karlsbader Beschlüssen. Halle 1907.

Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg: Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. Berlin 1887.

Falk, J. D., Kriegsbüchlein. Weimar 1815.

Feldmann, W., Justin Fr. Bertuch. Saarbrücken 1902.

Geiger, L., Aus Alt-Weimar. Berlin 1897.

Goldfriedrich, J., Geschichte des deutschen Buchhandels. Leipzig 1886.

Hettner, H., Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts. III. Teil. Braunschweig 1893.

Huck, W., Die kleine Anzeige. Dissert. Heidelberg 1914.

Kronfeld, Landeskunde des Großherzogtums Sachsen-Weimar. Weimar 1878—79.

Kotzebue, W. v., August von Kotzebue. Dresden 1881.

Lorenz, O., Goethes politische Lehrjahre. Berlin 1898.
Meyer, R. M., Die deutsche Literatur des 19. Jahrhunderts. Berlin 1900.
Müller, Fr. v., Erinnerungen aus den Kriegszeiten 1806—13. Braunschweig 1851.
Munziger, L.. Entwickelung des Inseratenwesens. Heidelberg 1901.
Prutz, R., Geschichte des deutschen Journalismus. Hannover 1845.
Salomon, L., Geschichte des deutschen Zeitungswesens. Oldenburg und Leipzig 1900.
Schwarzkopf, J. v., Über politische Zeitungen und Intelligenzblätter in Sachsen, Thüringen, Hessen usw. Gotha 1802.
Schulze, Fr., Weimarische Berichte und Briefe aus den Freiheitskriegen 1806—15. Leipzig 1913.
Stern, A., Geschichte Europas 1815—1871. Berlin 1894.
Treitschke, H. v., Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Leipzig 1897.
Wahl, H., Geschichte des „Teutschen Merkur". Berlin 1914.
Weimar und Jena im Jahre 1806 (Rich. Keil). Leipzig 1882.

B. Quellen.

a) Die in dem Geheimen Haupt- und Staatsarchiv in Weimar befindlichen Akten der Großherzoglichen Landesdirektion. Die betreffenden Aktenstücke sind in der Arbeit durch Angabe des Buchstabens und der Ziffer vermerkt.

b) Das Bertuch-Froriepsche Archiv, das im Goethe- und Schiller-Archiv aufbewahrt wird.

c) Die in der Arbeit behandelten Zeitungen und Zeitschriften, die auf der Bibliothek in Weimar vorhanden sind.

Inhalt.

		Seite
1. Kapitel:	Die Entstehung und das Wesen der Intelligenzblätter im 18. Jahrhundert	1
2. „	Der amtliche Charakter der Intelligenzblätter .	5
3. „	Die allgemeinen Vorbedingungen in Weimar .	11
4. „	Das erste Weimarische Intelligenzblatt von 1734	16
5. „	Weimar ohne Presse in den Jahren 1735—55	35
6. „	Die „Weimarischen Anzeigen" von 1755—1801	42
7. „	Die Publizistik in Weimar unter Herzog Carl August von 1775—1806	52
	a) Allgemeines	52
	b) Bertuchs Unternehmungen	54
	c) Andere Zeitschriften	66
	d) Die politischen Tendenzen	70
8. „	Die Weimarische Presse in den Jahren 1807 bis 1820	80
	a) Das „Weimarische Wochenblatt" . . .	80
	b) Das patriotische Blatt Weimars . . .	94
	c) Die politische Presse	100
	d) Weimars politisch-literarische Zeitschrift .	148
9. „	Die „Weimarische Zeitung" von 1811—1848 .	159
10. „	Der Druck des Bundestages und der Zensur in den Jahren 1830—1848	177
11. „	Die Revolutionsjahre 1848—1849	190

1. Kapitel.

Die Entstehung und das Wesen der Intelligenzblätter im 18. Jahrhundert.

Die Anfänge des Weimarischen Zeitungswesens können in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts nachgewiesen werden. Am 7. Januar 1734 erschienen die „Weimarischen Nachrichten", ein Intelligenzblatt, das seine Entstehung jener neuen Art der Nachrichtenvermittelung verdankte, die sich in Deutschland zu Beginn des Jahrhunderts entwickelt hatte. Um das Wesen, den Charakter und die Entstehung des ersten Weimarischen Zeitungsblattes klar zu erkennen, ist es notwendig, sich die Grundlinien dieser allgemeinen Entwickelung zu vergegenwärtigen.

Der Anstoß zu der Einrichtung des Intelligenzblätterwesens war von Paris ausgegangen. Hier hatte in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts der Arzt Renaudot ein „Bureau d'adresse et de rencontre" begründet. Wer etwas kaufen oder verkaufen, mieten oder vermieten wollte, wer Geld, Bediente oder Unterkunft suchte, gab dort sein Gesuch auf. Die Angebote und die Nachfragen wurden in Listen eingetragen, wofür eine Gebühr zu entrichten war. Diese Listen wurden Interessenten wieder gegen eine Gebühr zur Einsicht vorgelegt. Im Jahre 1633 kam Renaudot nun auf den Gedanken, diese Listen zu drucken und zu veröffentlichen. Sie erschienen unter dem Titel „Feuilles du

bureau d'adresse". Damit war das erste Intelligenzblatt begründet.

Eine Nachahmung erfolgte zunächst in London, wo 1637 der „Intelligencer" entstand. Von hier aus gelangte die erste Anregung nach Deutschland, und zwar in die mit London durch Handel und Verkehr am nächsten verbundene Stadt, nach Hamburg, wo sich 1673 der „Relations-Courier" als erstes deutsches Anzeigenblatt auftat. Erst im Jahre 1722 folgte Frankfurt a. M. als nächste Stadt, die ein Intelligenzblatt begründete, ebenso erhielt Hamburg ein zweites im Jahre 1724.

Diese ersten Intelligenzblätter, die von Frankreich über England in deutsche Handelsstädte gekommen waren, hatten den Zweck des persönlichen und kommerziellen Nachrichtenaustausches. Die privaten Anzeigen, die sie brachten, waren durch den lebhaften Handel und Verkehr bedingt, wodurch die Nachfrage und das Angebot von Geld, Reisegelegenheit, Unterkunft u. a. m. gefördert wurde. Dieses rege wirtschaftliche Leben hatte wiederum eine geistige Hebung der Bevölkerung zur Folge. Hierdurch wurde eine weitere Vorbedingung für das Gedeihen der Intelligenzblätter geschaffen. Denn sie konnten nur dort Bestand haben, wo man sich ihrer wirklich bediente, wo sie gelesen und verstanden werden konnten.

Die wirtschaftliche Gesundung in der Zeit nach dem 30jährigen Kriege und die geistige Hebung zu Beginn des 18. Jahrhunderts hatte sich in Deutschland aber nicht allein auf die großen Handelsstädte beschränkt, sondern sie machten sich allmählich im ganzen Lande und in der gesamten Bevölkerung geltend. Naturgemäß gingen beide Erscheinungen außerordentlich langsam

und stufenweise vor sich. Aber sie kamen schon häufig in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts im staatlichen und geistigen Leben zum Ausdruck. Sie sind — in Verbindung mit den französischen und englischen Vorbildern — als die Ursachen anzusehen, daß in zahlreichen deutschen Städten der Boden für die Entstehung von Intelligenzblättern vorbereitet war.

Ebenso wie die privaten Anzeigen der Intelligenzblätter durch Zeit und Umgebung beeinflußt wurden, hing auch die kommerzielle Nachrichtenvermittelung eng mit der Wirtschaftsweise des 18. Jahrhunderts zusammen. Das wirtschaftliche Leben kam damals noch in der Stadtwirtschaft zum Ausdruck. Vornehmlich in den Städten wohnten die zunftmäßigen Meister, die Handwerker und die Gewerbetreibenden; hier waren sie bei der Ausübung ihrer Tätigkeit durch bestimmte Vorrechte und Gesetze geschützt, andererseits aber auch durch das Innungs- und Gildenwesen an gewisse Vorschriften gebunden und in enge Grenzen gewiesen. Ein freier Handel war daher unmöglich. Infolgedessen bestand auch kein Warenverkehr und kein Güterumlauf, sondern nur die unmittelbare Kundenproduktion. Wer etwas brauchte, fand diese Ware entweder fertig bei dem betreffenden Handwerksmeister vor oder gab sie bei ihm in Bestellung. Das galt für den Bürger, der in der Stadt wohnte, wie auch für den Landmann, der an den Markt- und Meßtagen in die Stadt kam, um hier seine Produkte zu verkaufen.

Ein Bedarf nach Ware im heutigen Sinne bestand also im wirtschaftlichen Leben jener Zeit nicht. Daher war zunächst auch kein Bedürfnis vorhanden, Produzent

und Konsument zusammen zu führen. Erst die freie Volkswirtschaft schuf sich hierfür ein Mittel in dem Zeitungsinserat, das sich aus diesen ersten Intelligenzblättern allmählich entwickelt hat.

In den Intelligenzblättern des 18. Jahrhunderts fehlten infolge der vorher angedeuteten Wirtschaftsweise naturgemäß die Angebote und Nachfragen nach neuen Waren völlig. Aber unbewußt gaben sie doch den Anstoß zu einer Anregung und Förderung des wirtschaftlichen Lebens, indem sie zum erstenmal Kauf und Verkauf zu regeln suchten und Mitteilungen brachten, die für das geschäftliche und wirtschaftliche Leben einzelner Personen von Bedeutung sein konnten.

Außerdem blieb das Intelligenzblatt nicht einer besonderen Schicht vorbehalten, wie etwa die politischen Zeitungen, die nur von den oberen Klassen gelesen wurden. Das Intelligenzblatt verband alle Schichten der Bevölkerung miteinander, es war die erste Zeitung, die auch der Mann aus dem Volk in die Hand bekam. So erklärt es sich, daß es dort zunächst Boden gewann, wo es sich in den Dienst der Wirtschaft stellen konnte. In Hamburg und Frankfurt behielten die Intelligenzblätter länger ihren rein bürgerlich praktischen Charakter als dort, wo ein Fürstenhof der Stadtbevölkerung gegenüberstand: Berlin (1727), Dresden (1730), Weimar (1734).

In diesen deutschen Kleinstaaten, die alle absolutistisch regiert wurden, suchten die Regenten einen Einfluß auf die Intelligenzblätter zu gewinnen, indem sie diese zur Vermittelung zwischen sich und ihren Untertanen benutzten und ihnen dadurch einen amtlichen Charakter gaben.

2. Kapitel.

Der amtliche Charakter der Intelligenzblätter.

In Berlin war das 1727 gegründete Intelligenzblatt direkt vom Staat ausgegangen und wurde von ihm auch finanziell durch ein Anzeigenmonopol ausgebeutet. Soweit ging man in Dresden und Weimar nicht, jedoch versuchten auch hier die regierenden Fürsten, die entstandenen Intelligenzblätter ihren Zwecken dienstbar zu machen. Sie wurden von Anfang an dazu benutzt, um die amtlichen Anzeigen zu veröffentlichen.

Dieser Art Anzeigen fehlten sowohl in den „Frankfurter Frag- und Anzeigungsnachrichten", obwohl dieses Blatt ein besonderes Privileg vom Senat und vom Kaiser erhalten hatte, als auch bei den vom Senat priveligierten „Wöchentlichen gemeinnützigen Nachrichten von und für Hamburg". In Leipzig, wo das Zeitungswesen schon verhältnismäßig früh entwickelt war, wurden amtliche Anzeigen erst 1745 in der politischen „Leipziger Zeitung" veröffentlicht. Ein Intelligenzblatt, das ein Leipziger Buchhändler 1733 begründete, mußte schon nach wenigen Monaten eingehen, weil der Rat ihm dauernd Zensurschwierigkeiten bereitete[1]).

Ganz anders stellten sich die zwei zuerst genannten Blätter zu der Aufnahme einer anderen Art von Anzeigen, die zwar auch amtlicher Herkunft waren, aber

[1]) Goldfriedrich a. a. O. Bd. II, S. 64.

doch mehr den Charakter lokaler Nachrichten hatten. Es waren die Viktualien-Preislisten, die Toten-, Tauf- und Trau-Zettel und die Fremdenlisten. Ihre Veröffentlichung geschah lediglich im Interesse der Bürger, außerdem dienten sie zu ihrer Unterhaltung und zur Befriedigung ihrer Neugierde. Da die Intelligenzblätter auch für diese Zwecke begründet waren, so ist es erklärlich, daß diese Rubriken schon im ersten Jahrgange des Frankfurter Intelligenzblattes (Nr. 40 v. J. 1722) gebracht wurden.

Die Begriffsbestimmung „amtliche Anzeige" läßt sich auf Gesetze, gerichtliche Mitteilungen, Verordnungen, Ämterbesetzungen, Beförderungen anwenden, deren Veröffentlichung im Interesse der Regierung lag. Indem sie den Intelligenzblättern ihre Gesetze und Verordnungen zum Abdruck übergab, wurden diese de facto zu einer amtlichen Einrichtung, da sie dem Bedürfnis des Absenders dienten. Die anzeigende Stelle hatte ein Interesse daran, daß ihre Verordnungen den Untertanen bekannt, daß Steckbriefe, Versteigerungstermine rechtzeitig veröffentlicht und auch die neuernannten Beamten und beförderten Offiziere der Bevölkerung bekannt würden.

Die Intelligenzblätter der Residenzstädte brachten von vornherein diese amtlichen Anzeigen. Außerdem war noch etwas charakteristisch für sie: der fürstliche Hof stand im Mittelpunkt ihres Interesses. Alle Nachrichten über die fürstliche Familie, über Reisen und Besuche konnte man unmittelbar nur vom Hofe erlangen und sie erst abdrucken, wenn die ausdrückliche Genehmigung des Zensors erteilt war. Dadurch erhielten diese Intelligenzblätter vielfach einen offiziösen Charakter. Sie

haben sich dann später zu amtlichen Wochenblättern entwickelt, aus denen viele der noch heute bestehenden Regierungs- und amtlichen Verkündigungsblätter entstanden sind.

In Dresden erteilte Kurfürst August durch ein Patent vom 19. September 1730 die Genehmigung zur Gründung eines Intelligenzblattes. Schon am 1. September war die erste Nummer dieses „Königlichen Pohlnischen Churfürstlich Sächsischen Residentz-Stadt Dresden wöchentlicher Anzeiger oder Nachricht“ [1]) durch einen privaten Zeitungsschreiber herausgegeben worden. In dem Patent hatte sich der Kurfürst damit einverstanden erklärt, daß „neu publicierte Mandate und Verordnungen“ abgedruckt werden dürften, dagegen sollten sowohl die Kapitel „allerhand Markt-Taxen“ und die Totenzettel, als auch „von neuen Ämtern und Ehrenstellen“ und „Ankunft und Abgang Vornehmer Personen“ gänzlich weggelassen werden.

Hier kommt es deutlich zum Ausdruck, daß durch derartige Veröffentlichungen das absolutistische Gefühl des Fürsten verletzt wurde. Er empfand hier zum ersten Male eine Beaufsichtigung und Beobachtung seiner Hofhaltung durch diejenigen, welche diese Blätter lasen. Auch gegen die „vornehmen Personen“ selbst schien es einen Verstoß zu bedeuten, wenn jedermann auf der Gasse nachlesen konnte, wann und wohin sie sich begeben hatten. Unbewußt mag auch die Furcht vor der Kritik eine Rolle gespielt haben, die sich nun jeder erlauben konnte, etwa darüber, ob diese oder jene Stelle von dem Fürsten auch richtig besetzt worden sei. Denn das Ge-

[1]) Es ist heute der „Dresdener Anzeiger“ (vgl. Munziger a. a. O.).

druckte war nicht wieder rückgängig zu machen, während die bisherige Nachrichtenvermittelung — die Verlesung von der Kanzel oder Ausrufung — weit schneller wieder in Vergessenheit geriet.

Noch anders als in Dresden lagen die Verhältnisse in Weimar. Hier wurde das Intelligenzblatt auf Anordnung des Fürsten und in der ausdrücklichen Absicht begründet, die „hochfürstlichen Verordnungen und Edikte" dem Publikum bekannt zu machen und dadurch Handel und Verkehr zu fördern. In der Ankündigung des Weimarischen Intelligenzwerkes hieß es:

> „Da die Gesetze und derselben Publikation zu einer guten Polizei und Justice, diese aber zur Aufnahme der Commercien und der Nahrung in und außer dem Lande, zur Erhaltung des Kredits, zur Anlockung deren, die sich mit uns einlassen wollen, gehören, so hat man sie in diese Zeitungen setzen lassen".

Die amtliche Anzeige nahm daher im Weimarischen Intelligenzblatt einen besonders breiten Raum ein, nicht im Sinne der heutigen, kurzgefaßten, amtlichen Bekanntmachung, sondern meist als Veröffentlichung der langatmigen Gesetze des 18. Jahrhunderts, die durch Erläuterungen und Anmerkungen nicht gerade verständlicher wurden. Diese ersten Weimarischen Intelligenzblätter hatten schon durchaus den Charakter amtlicher Verkündigungsblätter.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet haben dieser Art Intelligenzblätter mit der Zeit fördernd und aufklärend in der Bevölkerung gewirkt. Genau so wenig

wie sie im Anfang Handel und Verkehr zu beleben vermochten, konnten sie auch jetzt sogleich auf das gesamte öffentliche Leben wirken. Auch der Inhalt und die gute Absicht der Verordnungen wird nicht allzuschnell Gemeingut des Volkes geworden sein. Aber unbewußt haben sie doch einen Anteil an der allmählichen Aufklärung des Volkes gehabt. Sie waren die einzigen Organe im 18. Jahrhundert, durch welche die Regierung zum Volke sprechen konnte. Das Volk anderseits konnte sich hier selbst davon überzeugen, daß es regiert wurde, daß Gerichte vorhanden waren, daß Preise reguliert wurden u. a. m. Dadurch wurde vielleicht zum ersten Male auch im niederen Volke, den hauptsächlichen Lesern der Intelligenzblätter, das Bewußtsein des Staatsbürgertums wach, das Gefühl, daß die Bevölkerung aufeinander angewiesen war und daß zwischen Stadt und Land gemeinsame Interessen bestanden. Auch die Bedeutung der Stadt selbst und dadurch des einzelnen Bürgers wurde durch das Intelligenzblatt, das in erster Linie lokalen Angelegenheiten diente, gehoben. Daß die Intelligenzblätter in vielen Städten ein besonderes Ereignis bedeuteten, ist sicher. Mit wie vielen Beweisen, Vergleichen, Gründen und überschwänglichem Lob wurde z. B. das Unternehmen in Weimar angekündigt!

Alle diese Wirkungen haben sich naturgemäß sehr langsam durchgesetzt, aber geweckt mußten sie einmal werden. Hier sind zweifellos Ursprünge der öffentlichen Meinung zu suchen.

Anderseits darf aber auch die Bedeutung der Intelligenzblätter nicht überschätzt werden. Ihre Herstellung, ihr Inhalt, die an sie gestellten Ansprüche waren

außerordentlich bescheiden. Von einem Journalismus[1]) kann bei ihnen keine Rede sein. Aber sie geben doch einen gewissen Einblick in das wirtschaftliche und kulturelle Leben der betreffenden Stadt oder Landschaft.

[1]) W. Kawerau: Kulturbilder aus dem Zeitalter der Aufklärung, Halle 1888 sagt (Bd. II, S. 51) über den Begründer des Hallischen Intelligenzblattes: „Wichtiger als der staatsrechtliche Publizist ist für eine Geschichte des Hallischen Literaturlebens der Journalist v. Ludewig, der als Geheimrat und Kanzler der Universität es nicht verschmähte, als Redakteur zu fungieren".

3. Kapitel.

Die allgemeinen Vorbedingungen in Weimar.

Wie in allen deutschen Staaten, so konnte sich auch in Sachsen-Weimar ein Intelligenzblatt erst durchsetzen, als die allgemeinen Voraussetzungen hierfür vorhanden waren: wirtschaftliche Gesundung, geistiger Aufstieg, ein Anstoß von außen und die Überwindung des fürstlichen Widerstandes.

Auch die thüringischen Lande waren durch den 30jährigen Krieg in wirtschaftlichen und politischen Verfall geraten. Die fortwährenden Teilungen, die Ansprüche, welche die verschiedenen regierenden Linien auf die einzelnen Landesteile erhoben, bewirkten eine Zersplitterung aller Kräfte und erschütterten den inneren Zusammenhalt. Dazu trug Thüringen die Lasten des langen Krieges besonders schwer, da alle Heere ihre Züge durch die im Herzen Deutschlands liegenden Staaten hatten nehmen müssen. Durch alle diese Einwirkungen waren am Schluß des Krieges nicht allein alle Werte des Bodens, jeglicher Handel und Wandel vernichtet, sondern auch im geistigen Leben war ein bedenklicher Tiefstand eingetreten. Ganz allmählich ist aber auch in Sachsen-Weimar wieder ein langsamer Aufstieg der wirtschaftlichen und geistigen Kräfte zu bemerken.

Die äußere Gestaltung des Fürstentums wurde dadurch befestigt, daß am Ende des 17. Jahrhunderts

der Jenaische mit dem Weimarischen Kreise zusammenfiel. Die Bevölkerung in Weimar ging hauptsächlich dem Ackerbau nach. Die einzige Industrie, die sich etwas höher entwickelt und für die sich eine Art Monopol herausgebildet hatte, war die Strumpfwirkerei [1]), die vornehmlich in Weimar und Apolda betrieben wurde.

---

[1]) Am Ende des 18. Jahrhunderts gingen in Weimar etwa 6,6% der Bevölkerung handwerksmäßigen Berufen nach. Von 523 Handwerkern waren 69 in der Strumpffabrikation tätig.

Die Handwerker waren in folgende 44 Innungen geteilt:

Kramer-Innung.	Büchsenmacher.
Gold- und Silber-Arbeiter.	Sporner.
Barbierer.	Schwertfeger.
Mahler.	Weißgerber-Handwerk.
Riemer und Drechsler.	Ziegeldecker-Handwerk.
Wagner-Handwerk.	Tüncher-Handwerk.
Schneider-Handwerk.	Leineweber-Handwerk.
Posamentierer- und Knopfmacher.	Glaser-Handwerk.
Mauer-Handwerk.	Hutmacher-Handwerk.
Peruquiers.	Böttcher-Handwerk.
Bäcker-Handwerk.	Schuhmacher-Handwerk.
Tuchmacher-Handwerk.	Schlosser-Handwerk.
Nadler- und Beutler-Handwerk.	Fleischhauer-Handwerk.
Seiler-Handwerk.	Seifensieder-Handwerk.
Tuchbereiter.	Lohgerber-Handwerk.
Zimmer-Handwerk.	Buchbinder-Handwerk.
Töpfer-Handwerk.	Sattler-Handwerk.
Huf- und Waffenschmiede.	Tischler-Handwerk.
Zeugmacher-Handwerk.	Zinn-Gießer.
Kürschner.	Gürtler.
Flaschner.	Kupferschmiede.
Messer-Schmiede.	Nagelschmiede.

Diese Gruppierung wurde nach den Weimarischen Anzeigen Nr. 4 des J. 1756) angeführt, weil die Zahl der Innungen, die das Intelligenzblatt auf Anordnung der Regierung halten mußten, einen ungefähren Anhalt für die Höhe der Auflage bieten kann. (Vgl. Seite 33).

Weimar selbst war seit der Mitte des 16. Jahrhunderts ununterbrochen die Residenz des regierenden Fürstenhauses gewesen. Es machte eher den Eindruck eines Dorfes als den einer Residenzstadt; noch um das Jahr 1770 nannte es Herder „ein Mittelding zwischen Hofstadt und Dorf". Am Ende des 18. Jahrhunderts betrug die Einwohnerzahl etwa 8000.

Die ersten Versuche zur Hebung der Stadt machte Herzog Ernst August, der zu Beginn des 18. Jahrhunderts durch Einrichtung von Schnellposten und durch Verleihung von Jahrmärkten auch Handel und Verkehr zu fördern suchte.

Weit schneller als das wirtschaftliche Leben ging der geistige Aufstieg in Sachsen-Weimar vor sich. Hierbei schritt die Universität Jena voran. Berühmte Professoren der Jurisprudenz, Medizin und Philosophie lehrten hier, und der Besuch aus allen Teilen Deutschlands war sehr bedeutend. Die Zahl der jährlich neu Inskribierten betrug von 1700—1713 durchschnittlich über 700[1]).

Es ist deshalb verständlich, daß in Jena schon verhältnismäßig früh eine politische Zeitung Boden finden konnte. Es war die „Jenaische Zeitung", die seit ihrem Gründungsjahr 1674 bis heute ununterbrochen fortbestanden und sich über 200 Jahre in dem Besitz der Familie Neuenhahn befunden hat.

Die Zeitung nannte sich:

1752 Privilegierte Jenaische Zeitungen,
1772 Wöchentliche Jenaische Frag- und Anzeigen,
1826 Jenaische wöchentliche Anzeigen,
1845 Privilegierte Jenaische Wochenblätter,

[1]) Kronenfeld a. a. O. Teil II., S. 270.

1850 Blätter von der Saale. Heute ist es die „Jenaische Zeitung".

Leider sind die ersten Jahrgänge bisher nicht aufgefunden worden und anscheinend verloren gegangen. Die Universitätsbibliothek Jena besitzt die „Jenaischen Zeitungen" seit dem Jahre 1729, der heutige Verlag hat erst Exemplare seit 1752.

Es ist nur das Privileg[1]) erhalten, das der in Jena residierende Herzog Bernhard, der Bruder des regierenden Fürsten, dem Bibliothekar Neuenhahn, der mit ihm von Eisenach nach Jena gekommen war, erteilt hat. Danach sollte „unserem Bibliothekario und lieben Getreuen, Joh. Ludw. Neuenhahn, die Wöchentliche Zeitung, vermittelst fleißig haltender Correspondenz, nachdem dieselben von einem hierzu genugsam geschickt erfundenen Subjekto allhier vorhero wohl durchgesehen und censiret worden, in unserer Residentz-Stadt Jena drucken zu lassen in Gnaden verstattet werden; nachdem er aber eines schädtlichen Nachdrucks sich hierbei befürchtet, und um des willen uns weiter unterthänigst gebeten, ihm und seinen Erben und Nachkommen ein Privilegium über besagten wöchentlichen Zeitungsdruck, gebrachten Traktätlein und Büchern dergestalt zu erteilen, damit niemand ihm einigerweise hierinnen eingreifen oder zu seinem höchsten Verderb dergleichen nachdrucken zu lassen sich unterstehen möge". Zum Schluß wird nochmal gesagt: „Niemand in unserem Territorio soll befugt sein, dergleichen einkommende Zeitungen und Avisen nachzudrucken oder nachdrucken zu lassen."

Es handelte sich hier also um ein politisches Nach-

[1]) Weimarisches Archiv, Bd. 6376.

richtenblatt, wie sie im 17. und 18. Jahrhundert an vielen Orten entstanden sind. Anzeigen nahm das Blatt erst 1752 auf; in diesem Jahre erteilte Herzog Friedrich dem Sekretär Neuenhahn eine „Concession zum Drucken eines wöchentlichen Intelligenzzettels". Dafür mußte der Regierung ein jährlicher Canon von 2 Talern gezahlt werden.

Da zwischen Jena und Weimar tägliche Verbindung und auch sonst reger, wechselseitiger Verkehr bestand, so kann als sicher angenommen werden, daß diese „Jenaische Zeitung" in Weimar bekannt war und dort gelesen wurde. In Weimar selbst war kein Boden für eine politische Zeitung. Die Zahl der politisch Interessierten war zu gering, als daß sich hierdurch allein die Begründung einer Zeitung gelohnt hätte. Außerdem war für die Residenzstadt in erster Linie die Entscheidung des Regenten ausschlaggebend. Daß man auch in Weimar das Zeitungswesen zunächst noch mißtrauisch betrachtete, beweist ein Patent des Herzogs Ernst August vom Jahr 1726, worin er das Zeitungsschreiben geradezu verbietet mit der ausdrücklichen Bemerkung „dieweil wir keine Raisonneurs zu Unterthanen haben wollen"[1]). Obwohl eine eigene Ansicht und erst recht eigenmächtiges „Raisonnieren" mit dem Charakter der Zeitungen jener Periode überhaupt nicht vereinbar war, so bestand in Regierungskreisen doch eine geheime Furcht vor den „Gazetten". Erst die jetzt überall entstehenden Intelligenzblätter haben diese Furcht allmählich zu beseitigen vermocht und auch dem Weimarischen Intelligenzblatt den Weg freigemacht.

[1]) Sächsischer Volkskalender 1878.

4. Kapitel.

Das erste Weimarische Intelligenzblatt von 1734.

Das Weimarische Intelligenzwerk und in Verbindung damit das erste Weimarische Intelligenzblatt wurde am 18. Dezember 1733 in einer achtseitigen Bekanntmachung angekündigt. Dieses „Avertissement" trug den Titel, „das auf Hochfürstlich gnädigen Befehl zu Weimar aufgerichtete Intelligenzwerk, und die daher entstehende wöchentliche Policey- und Commercien-Gazette oder Zeitung betreffende. Zu finden bey Siegmund Heinrich Hoffmann, Fürstl. Sächs. privilegierten Buchhändler. Anno 1733".

Der Ausdruck „Policey-Gazette" findet sich in Verbindung mit den Commercien häufig zur Bezeichnung der Intelligenzblätter der damaligen Zeit. Da „Policey" ursprünglich die Handhabung solcher Dinge bedeutete, auf welchem die Wohlfahrt und Sicherheit des Staates beruhte, so war darunter in Verbindung mit dem Begriff „Gazette" zu verstehen, daß diese Zeitung das dem Staate und der Bevölkerung Dienliche zu veröffentlichen und bekannt zu machen hatte. Darunter fielen also nicht allein polizeiliche, gerichtliche oder rechtliche Verordnungen, sondern auch Mitteilungen, welche die Volkskraft, den Gesundheitszustand, den Nahrungszustand, die Produktion, die Bodenwirtschaft, den Ackerbau, die Viehzucht u. a. m. betrafen. Über alles hatte die Policey zu wachen; sie hatte für die Bauweise und Bauordnung

in Stadt und Land zu sorgen, sie hatte die Aufsicht über die Gesundheit der Nahrungsmittel, sie war verantwortlich für die Ordnung in den Straßen, für Schutz des Besitzes und der Person, und auch für das geistige und religiöse Leben im Staat. So sah man z. B. alle Gesetze über das Schul-, Kirchen- und Handwerks-Wesen als der Policey unterstehend an, und nannte die sie veröffentlichenden Blätter vielfach „Policey-Gazetten" Das Intelligenzwerk in Weimar wurde als eine öffentliche Anstalt angesehen, die der Policey und der Obrigkeit unterstand.

Erst nach langer, schwülstiger Einleitung, in die sogar religiöse Gedanken mit verflochten werden, wird den Lesern der Sinn und die Bedeutung des Intelligenzwesens auseinandergesetzt. „Das sogenannte Intelligenzwesen ist ein sehr nützliches Unternehmen, indem solches dahin gerichtet ist, die Unwissenheit zu heben und die Curiosität der Menschen auf was nützliches zu führen .... und dadurch gantzen Ländern zur Aufnahme guter Policey, derer Commercien, der Nahrung, des Handels und des Wandels, und zugleich zu Verbesserungen zur Cultur der Gemüther, derer Wissenschaften, Künste und Professionen, neuen Erfindungen und anderen nützlichen Geschäften behülfflich zu seyn."

Als Vorbild hatte vor allem das Intelligenzblatt gedient, das im Jahr 1729 in Halle von dem Kanzler der Universität, Joh. Peter v. Ludewig, gegründet worden war. Ludewig[1]) nahm seinerzeit in praktisch-publizistischer Tätigkeit eine hervorragende Stellung ein und hatte auch „in einer absonderlich gedruckten Schrifft"

[1]) A. D. B. Bd. 19. S. 397.

— wie das im Avertissement des Weimarischen Blattes besonders betont wurde — seine Ansichten über die Intelligenzblätter niedergelegt. Diese Schrift erschien 1729 in Halle unter dem Titel: „Unterricht von denen wöchentlichen Anzeigen durch die sogenannten Intelligenzzettel angeordnet." Ihre Hauptpunkte gipfelten in der Ansicht, daß Politik dem gemeinen Manne nur schädlich sei, der Intelligenzzettel dagegen für den Bürgers- und Bauersmann außerordentlich nützlich. Sodann wird aufgezählt, was er alles enthalten müsse, um seinen Zweck zu erfüllen.

Nach diesen Vorschlägen war auch der Inhalt des Weimarischen Intelligenzblattes angeordnet. Folgende 28 Rubriken sollten in dem Blatt behandelt werden:

1. Hochfürstliche Edicte, neue Verordnungen und Anstalten.
2. Citationes Creditorum.
3. Edictal-Citationes flüchtiger Personen.
4. Alles, was im Weimarischen gerichtlich zu verkaufen.
5. Alles, was außer dem Sachsen-Weimarischen gerichtlich zu verkaufen.
6. Alles, was im Weimarischen außer gerichtlich an beweglichen und unbeweglichen Güthern zu verkauffen.
7. Alles, was außer dem Weimarischen an beweg- und unbeweglichen Güthern zu verkauffen.
8. Alles, was im Weimarischen zu vermiethen oder zu verpachten.
9. Alles, was außer dem Weimarischen zu vermiethen usw.

10. Wo Geld zu verleihen.
11. Von wem und wo Geld gesuchet wird.
12. Sachen, die gestohlen worden.
13. Sachen, die verlohren worden.
14. Sachen, die gefunden worden.
15. Bediente, die man verlanget.
16. Personen, so Dienste suchen.
17. Neue Bedienungen, Chargen und Charakteurs.
18. Was vor Professionen, Künstler und Handwercker verlanget werden.
19. Waaren und Güter, so verlanget werden.
20. Allerhand neue Gelehrte, Kunst- und andere Erfindungen, wie auch Observationes und gelehrte Anmerkungen.
21. Andere gelehrte Sachen und neue Schrifften.
22. Ankommende Personen in der Residenzstadt Weimar.
23. Gebohrene und Getauffte.
24. Copulirte.
25. Gestorbene.
26. Getrayde-Preiß, in Weimar, Jena, Erffurt, und Buttstedt.
27. Woll-Preiß.
28. Bier-, Brod-, Fleisch- und Mehl-Taxe, u. dergl.

Dieses Programm klang vielversprechend und sah sehr umfangreich aus. Aber bei der einfachen Wirtschaftsweise und bei den geradezu kleinlichen Verhältnissen, wie sie damals in jeder Beziehung bestanden, war es natürlich, daß jede Nummer nur wenige dieser Abschnitte bringen konnte. Im Durchschnitt umfaßte das einzelne Blatt 8—10 der aufgezeichneten Rubriken.

Besonders hervorgehoben wurde, daß in dem Intelligenzblatte die fürstlichen Verordnungen bekannt gemacht werden sollten. Sie standen immer an erster Stelle und nahmen infolge der langatmigen Bürokratensprache des 18. Jahrhunderts und der ebenso schwülstigen Bemerkungen den Hauptteil der Blätter ein. Daneben sollte das Intelligenzblatt aber noch andern Zwecken dienen. Darüber hieß es in dem Avertissement: „Unser Gnädigster Regierender Landesfürst, der Durchlauchtigste Hertzog Ernst August, die sich das Aufnehmen Ihrer Lande, der Commercien und der Nahrung, auf alle Weise Glorwürdig angelegen sein lassen, haben dannenhero nach Dero großen Regenten-Weisheit und Einsicht, in Dero Fürstenthum und Landen ebenfalls die Gnädigste Veranstaltung gemacht, daß eine solche Commercien- und Policey-Gazette wöchentlich in Dero Residenz Weimar gedruckt werden sollte, worinne solche Fragen und Nachrichten, die nicht nur von Weimar, sondern Dero sämtlichen Landen und denen benachbarten Gegenden handeln, so damit einigen Verkehr, im Handel und Wandel haben, sowohl hier als an anderen benachbarten Orten bekannt gemacht werden."

Ebenso wie das ganze Unternehmen auf „hochfürstlichen Befehl" zu stande gekommen war, wurde auch eine fürstliche Kommission eingesetzt, die dem Intelligenzwerk vorstand. Das „Adreß-Comptoir" unterstand dem Postmeister Zöllich. An ihn mußten die Anzeigen mündlich oder schriftlich gesandt werden. „Jedoch dieses letzte Franco, versiegelt und das Couvert mit dem Buchstaben J bezeichnet."

Ein Aktuar hatte „ein ordentlich Protokoll" zu

führen, in das die Nachfragenden Einblick tun durften. Die Eintragungen, die innerhalb einer Woche gesammelt wurden, stellte man zusammen. Sie ergaben dann die Anzeigen des wöchentlichen Intelligenzblattes.

Vor dem Druck unterstand es der Zensur, die an den harmlosen Anzeigen wohl kaum etwas auszusetzen haben mochte. Dagegen war es auch Aufgabe der Kommission, das Blatt hinsichtlich des Textes zu überwachen, der neben den Anzeigen zu finden war. So wurden sowohl die fürstlichen Gesetze und Verordnungen durch Bemerkungen, Zusätze und Vergleiche dem Leser erklärt, als auch umfangreiche Buchbesprechungen veröffentlicht. Wer diese „redaktionellen Beiträge" geliefert hat, ist nicht festzustellen, wahrscheinlich fürstliche Beamte und Gelehrte aus Weimar. Die Erläuterungen der Gesetze waren ganz im Sinne der betreffenden Verordnung selbst verfaßt, nirgends trat eine Kritik zutage, sondern nur Lob und Zustimmung. Ebenso hielten sich die Buchbesprechungen von der Kritik fern, meist waren sie nur eine Inhaltsangabe der betreffenden Schrift. Daß gerade sie von Gelehrten geschrieben worden sind, ist dem Stil und den vielen philosophischen Fachausdrücken, die in ihnen vorkommen, zu entnehmen. In Nr. 2 (vom 14. Januar 1734) wurde sogar mitgeteilt: „Im übrigen wird Herr Reinhard (Rektor des Weimarischen Gymnasiums) hinfort viele philosophische und exegetische Observationes diesen Gazetten einverleiben, wie denn andere Gelehrte ebenfalls ersuchet werden, diesem gütigen Erbieten mit ihrem Beytrag künftig beizutreten."

Die erste Nummer trug den Titel: „Weimarische

Nachrichten und Anfragen von Policey-Commercien und andern dem Publico dienlichen Sachen, welche auf Hochfürstlich gnädigsten Befehl wöchentlich, das dahin gehörige anzeigen". Sie erschien am Donnerstag den 7. Januar 1734. Am Kopf fand sich das Herzoglich Weimarische Wappen. Das Format war Quart, der ganze Jahrgang wurde durchnummeriert. Der Umfang jeder Nummer betrug 8 Seiten, der Preis des einzelnen Blattes 1 Groschen, das Quartal — pränumerando zu entrichten — kostete 12 Groschen.

Den Verkauf hatte die Buchhandlung Hoffmann, deren Laden sich am Markte befand. Hier war das Blatt jeden Donnerstag fertig gedruckt zu haben und mußte dort selbst von den einzelnen Interessenten und Abonnenten abgeholt werden.

Die Gerichte, Innungen und Gemeinden mußten das Blatt halten — ein Zeichen, daß es von vornherein als amtliches Verkündigungsblatt angesehen wurde. Den Gemeinden, die es nicht rechtzeitig abholten, wurde es am Freitag früh durch einen Boten zugetragen, der auch etwaige im Adreß-Comptoir abgegebene Briefe auf das Land mitnahm.

Auch außerhalb der Stadt und des Kreises Weimar hatte das Intelligenzblatt Abonnenten. An sie wurde es mit der Post verschickt; so gelangte es z. B. nach Jena, Halle, Naumburg, Erfurt und Kassel.

Die einzelnen Rubriken des Blattes hoben sich nur dadurch äußerlich hervor, daß ihre Überschriften fett gedruckt wurden; sonst war der gesamte Text fortlaufend gesetzt. Auch die Anzeigen erschienen als gewöhnlicher

Text. Deutlich spricht aus ihnen die schon vorher angedeutete Wirtschaftsweise des 18. Jahrhunderts.

Betrachtet man die privaten Anzeigen ihrer Art und Gattung nach, so ergibt sich etwa folgendes Bild:

1. Die Anzeigen, die den Kauf und Verkauf regeln sollten, waren entsprechend dem kaum vorhandenen Güterverkehr außerordentlich wenig zahlreich. Es geht aus ihnen hervor, daß der Inserent nicht Handel treiben, sondern nur etwas für ihn nicht mehr Nutzbares abstoßen oder veräußern wollte.

Die Verkaufsangebote von Immobilien infolge Verzugs oder eines Todesfalles standen an der Spitze. Es handelte sich hier um Häuser, Grundstücke, Wiesen, Äcker, Mühlen und dergleichen. Im ganzen fanden sich in der Zeit vom Januar bis August 1734 54 Angebote, darunter 29 Immobilien. Der Rest verteilte sich unter mehrmals angebotenen Landwein, Wolle, Arzeneien, 1 Weinkelter, 2 Pferde, 2 Kutschen, Acker- und Wagengeschirr. Die Inserenten nannten bei diesen Anzeigen meist ihren Namen und die Geldsumme des Objektes, das in der Stadt oder im Kreise Weimar zu verkaufen war. Außerhalb Weimars wurden zwei Inserate eingesetzt: 1 Apotheke in Naumburg, 1 Gut im Kurfürstentum Sachsen.

Die Vermietung und Verpachtung betraf fast nur Weimar und die engere Umgebung. Auch hier waren alle 20 Angebote Immobilien, zweimal befand sich eine Wohnungsvermietung darunter, ein in jener Zeit noch selten zu findendes Inserat. Der Preis wurde hier meist nicht angegeben, da man dem Meistbietenden das Objekt überließ.

Weit seltener als die Verkaufsangebote waren die Kaufgesuche. Auch hier waren es nicht neue Waren nach denen man verlangte, sondern zweimal alte Möbel, einmal frisches Heu. Die Käufer, welche diese alten Möbel und sonstige gebrauchte Gegenstände suchten, benutzten zur Vermittelung das Adreß-Comptoir, ein Brauch, der damals allgemein üblich war.

Dieser Ausweg wurde auch stets von Privatleuten eingeschlagen, die Geld suchten. Die öffentlichen Behörden dagegen nannten sich ruhig in den Anzeigen: „Der Magistrat Neumarck will 130 Thaler erborgen." Auf diese Art konnten sie am sichersten damit rechnen, daß sich Geldgeber für sie fanden.

Eine besondere Stellung nahmen in den „Weimarischen Nachrichten" von vornherein die Bücheranzeigen ein, die unter der Rubrik „Neue Schriften und gelehrte Sachen" erschienen. Das erklärt sich aus dem engen Zusammenhang mit Jena, wo durch die Universität ein umfangreiches, gelehrtes Schrifttum, und in Verbindung damit zahlreiche Druckereien und Buchhandlungen bestanden, die zugleich auch den Verlag darstellten.

Es läßt sich mit ziemlicher Sicherheit feststellen, welche Bücher von den Verlegern „angezeigt" und welche auf Veranlassung der Redaktion von Gelehrten besprochen wurden. Im ersteren Fall waren es Anzeigen von wenigen Zeilen, in denen das Buch kurz empfohlen und vor allem der Verfasser, der Titel, der Preis, das Format, der Erscheinungsort und Verlag deutlich bezeichnet wurde. So nannten sich z. B. Jenaische, Weimarische, Hallische, Leipziger Buchhandlungen. Bei den Besprechungen handelte es sich um weitschweifige

Gelehrtenabhandlungen, wie sie schon vorher (S. 21) charakterisiert wurden. Besonders häufig wurden natürlich die Schriften und Dissertationen der Jenaischen Gelehrten besprochen. Im ganzen fanden sich nach dieser Gliederung 34 Anzeigen und 37 Besprechungen.

So war auch in dem Weimarischen Intelligenzblatt das Buch die einzige neue Ware, welche die Vermittelung zwischen Hersteller und Verbraucher suchte. Es lag daran, daß „das Buch die erste Ware modernen Stils“ [1]) war. Da es in Massen hergestellt werden mußte, um sich zu rentieren, wurde die Kundenproduktion im Buchhandel undenkbar. Um bei der Massenherstellung die Ware auch wirklich zu veräußern, benutzte der Produzent die Nachrichtenvermittelung der Zeitungen. Diesem Zweck diente auch das Mittel der Subskription oder Pränumeration, die auch in einzelnen Anzeigen des Weimarischen Intelligenzblattes von den Buchhandlungen angeboten wurden.

Infolge dieser vielen Bücheranzeigen erscheint die Frage berechtigt, warum die Buchhändler ihre Bücheranzeigen, und warum der Verfasser des Blattes die Besprechung so vieler Schriften in dem Weimarischen Intelligenzblatt, das doch nur lokale Bedeutung hatte, für berechtigt und angebracht hielten? Beide müssen sich doch einen Nutzen davon versprochen haben. Für wen? Sicherlich nicht für den Bürger und Landmann. Also wollte man auch gelehrten und gebildeten Kreisen

[1]) Bücher, a. a. O. Entstehung der Volkswirtschaft. II., S. 215. Schon im Avertissement des Weimarischen Intelligenzblattes wurde gesagt: „Gelehrte Sachen gehören heutigen Tages ebenfalls unter die Waren.“

in Weimar das Lesen der Intelligenzblätter schmackhaft machen. Anderseits ist hierbei noch etwas charakteristisch, was auch bei andern Intelligenzblättern jener Zeit festgestellt werden kann: Die Rubriken „Neue Schriften und gelehrte Sachen" oder „Allerhand Anmerkungen und Erfindungen" dienten vornehmlich als Lockmittel und zur Kundenwerbung nach auswärts. Auswärtigen Lesern konnten die in den Blättern befindlichen Rubriken meist ganz gleichgültig sein. Dagegen waren Bücher und gelehrte Abhandlungen das einzige Mittel, auch außer Landes den Absatz des Intelligenzblattes selbst zu fördern und dadurch auch dem Interesse des anzeigenden Verlegers zu dienen. Dies lag gerade in den Städten, nach denen die „Weimarischen Nachrichten" versandt wurden, besonders nahe (Halle, Jena, Erfurt, Kassel).

2. Ebenso wie sich in den Anzeigen von Sachgütern die Stadtwirtschaft des 18. Jahrhunderts deutlich bemerkbar machte, so ist das auch aus den Anzeigen, die den Arbeitsmarkt regelten, zu erkennen. Wenn dort das Angebot neuer Waren fehlte, so würde man hier nach einem Angebot gewerblicher Stellen vergeblich suchen, da Arbeit innerhalb eines Gewerbes nur durch die örtliche Zunft vergeben wurde.

Unter den Anzeigen, die persönliche Dienste suchten, ist keine einzige aus Weimar selbst. Das lag an den kleinen Verhältnissen der Stadt, wo man sich untereinander kannte und seinen Bedarf an etwaigen Dienstboten durch persönliche Nachfrage regelte. Die drei derartigen Inserate, die in dieser ganzen Zeit erschienen, suchten einen Kutscher, ein Mädchen, eine Amme; die Inserenten waren vom Lande aus dem Weimarischen

Kreis. Außerdem verlangte noch eine Gemeinde einen Hirten.

Wenn in Weimar selbst keine Inserate gewerblicher Stellen denkbar waren, so fanden sich Stellengesuche von auswärts um so zahlreicher. Allerdings waren sie nur möglich, weil die Gemeinden, die solche Handwerker suchten, im Weimarischen Gebiet selbst lagen. Dadurch wurde die Arbeit und der Verdienst dem Lande nicht unmittelbar entzogen. Weimar war eben auch der gewerbliche Mittelpunkt für das gesamte Fürstentum, und diejenige Stadt, wo am ehesten gelernte Handwerker zu bekommen waren. Darum ist es auch nicht erstaunlich, daß die Stadt Bürgel ein Gesuch um Zeug- und Strumpfwürker in die „Weimarischen Nachrichten" setzen durfte, obwohl Weimar gerade im Wirkgewerbe eine Art Monopol besaß; Bürgel fing erst mit diesem Gewerbe neu an, und da mußte es sich geschickte Handwerker sichern. Der Magistrat versprach daher auch in seiner Anzeige freies Bürgerrecht und drei Jahre Freiheit von allen bürgerlichen Steuern.

Auch andere Berufe wurden mit solchen Anpreisungen gelockt. „Wegen großer Bevölkerung wird in Apolda guter Verdienst sein" oder „Die Handwerksmeister werden Hülfe und Freiheit vom Magistrat zu erwarten haben" — lauteten die Versprechungen. Im ganzen wurden von auswärtigen Gemeinden mehr als 25 Handwerker gesucht.

3. Entsprechend den kleinen örtlichen Verhältnissen war auch die Zahl der übrigen privaten Inserate, die nur einen Vorteil für den Absender hatten, außerordentlich gering. Unter „gestohlenen Sachen" befanden sich

zwei behördliche Anzeigen, in denen Belohnung zugesagt wurde. „Sachen, so verlohren worden", kamen gar nicht vor, dagegen wurden zwei verloren gegangene Kinder, eine entlaufene diebische Magd und ein durchgegangener Ehemann unter dieser Rubrik angezeigt. Auch hierbei handelte es sich um außerweimarische Inserenten.

Das Gebiet der amtlichen Anzeige in den „Weimarischen Nachrichten" wurde schon verschiedentlich gestreift. Der Zweck der Veröffentlichung „Hochfürstlicher Edikte, aller gedruckten und ungedruckten Justiz-, Kirchen-, Policey- und Militär-Gesetze" war, sie wieder der Bevölkerung in Erinnerung zu bringen. Zweifellos war das ein nützliches Mittel, weil die Öffentlichkeit diese Gesetze zum ersten Male in die Hand bekam, wenn sie auch noch lange nicht von jedem einzelnen gelesen wurden. Aber sie konnten doch z. B. in den Innungsversammlungen vorgelesen und besprochen werden. So wurde z. B. die Geschichte und die Entwickelung des allgemeinen Kaiserlichen Handwerks-Ediktes dargelegt und im Anschluß daran auch das Sachsen-Weimarische Handwerksgesetz veröffentlicht. Daneben standen Jagd-, Brau-, Acker-, Feuer-, Flur-Verordnungen, Vorschriften gegen Viehseuchen, gegen Unzucht, Bettelei u. a. m. Teilweise sind diese Gesetze volkswirtschaftlich und kulturhistorisch außerordentlich interessant. Wie eng war der Ring, den die absolutistische Periode um das gesamte Wirtschaftsgebiet der Stadt oder des Kreises legte, wie war wiederum in der Stadt alles gebunden und jede freie Betätigung durch Verbote und Satzungen unmöglich gemacht! Die gleichen Verhältnisse bestanden auf dem Lande. Das Intelligenzblatt klagte darüber, daß

in der Landwirtschaft unzählige Verbesserungen gemacht werden könnten, um den Wohlstand zu heben. Der Grund lag jedoch nicht daran, daß „die Leute zu schläfrig und einfältig" waren, sondern an der abgeschlossenen Wirtschaftsweise und der Einengung durch die bestehenden Gesetze.

Kulturhistorisch geben die Verordnungen ein Bild, wie außerordentlich grausam noch alle Vergehen bestraft wurden. Die Strafen wurden vielfach in bildlicher Darstellung an den Grenzen des Fürstentums auf Tafeln mitgeteilt, da noch viele des Lesens unkundig waren. So wurde unrechtmäßiges oder mutwilliges Fällen von Bäumen mit Abhauen einer Hand geahndet. Rädern, Spießrutenlaufen und Steigriemen waren übliche Strafarten.

Einen großen Umfang unter den amtlichen Anzeigen nahmen sodann die öffentlichen gerichtlichen Ladungen (Edictal-Citationes) und die gerichtlichen Verkäufe von Häusern und Grundstücken in Stadt und Kreis Weimar ein. Von ersteren wurden im ganzen 17 angekündigt, von letzteren 103! Es sind Zeichen, wie die Verschuldung in jener Zeit einen ungeheueren Umfang angenommen hatte und wie unsicher die wirtschaftlichen Grundlagen vielfach waren. Diese gerichtlichen Bekanntmachungen wurden neben der Veröffentlichung im Intelligenzblatt auch noch bei den betreffenden Magistraten angeschlagen.

Ämterbesetzungen wurden im ganzen dreimal aufgeführt; sie erschienen unter der Rubrik „Neue Bedienungen und Chargen".

Endlich wurden auch verschiedentlich fürstliche Familienangelegenheiten erwähnt: die Vermählung des Her-

zogs Ernst August am 7. April 1734, anschließend daran ein Preisgedicht, ferner Geburtstagsfeiern des Herzogspaares im fürstlichen Gymnasium zu Weimar.

Unter die Veröffentlichungen lokalen Charakters fielen die standesamtlichen Nachrichten, Fremdenlisten und Viktualien-Preise. In ersteren wurden die Geborenen, Gestorbenen, Getrauten namentlich angeführt. Auch ihr Beruf, Alter und sogar die Todesart wurde angegeben; Familienanzeigen kannte das Blatt noch nicht.

Die Fremdenlisten nahmen neben den amtlichen Anzeigen den größten Raum ein; sie erschienen regelmäßig in jeder Nummer unter der Rubrik: „Ankommende und passierende Personen" und zeigen, daß Weimar schon damals einen verhältnismäßig starken Fremdenverkehr hatte. Es war Durchgangspunkt für die meisten Posten in Mitteldeutschland und den ganzen Verkehr von Frankfurt nach Erfurt, Halle, Naumburg und Leipzig. Vielfach machten die Reisenden in Weimar über Nacht Station. Die Fremdenlisten geben hierüber z. T. Aufschluß. Fremde, die von Westen kamen, passierten das Erfurter Tor, vom Osten (besonders von Jena) das Kögel-Tor, vom Norden (von Naumburg, Halle und Leipzig) das Jakobs-Tor, vom Süden das Frauen-Tor. An den Toren mußten sie ihren Namen, Beruf und Herkunft angeben; alles das wurde in das Tor-Buch eingetragen. Die eigenartigsten Bezeichnungen fanden sich darunter; so galt die Bezeichnung „ein Jude aus Gotha" als Berufsbestimmung[1]), ebenso die Nationalität; es hieß „ein Tyroler oder ein Italiener

[1]) Jeder durchreisende Jude mußte (bis 1811) eine Geleitsabgabe — den sog. Leibzoll — zahlen.

aus Gera". Der Verkehr war im Januar des Jahres 1734 am geringsten, im Mai erreichte er den Höhepunkt; im Januar kamen 122, im Mai 316 Fremde.

Diese verteilten sich folgendermaßen:

	Fremdenzahl:	Es passierten Weimar:	In Gasthöfen logierten:	Privat logierten:	Zurückkehr. Einwohner und Soldaten:
Jan. 1734:	122	24	65	30	3
Mai 1734:	316	70	120	109	17

Die meisten Reisenden waren Beamte, Handelsleute, Bürger, Handwerker und Studenten. Bei Kaufleuten, die ihre Ware mit sich führten, wurde dies besonders vermerkt: „Ein Kaufmann von Cöln nebst 3 Gespann Kaufmannsgut" oder „Jakob Beyer nebst seinen Consorten von Fulda mit leinen Tuch". Von den Handwerkern und Gesellen, die in Weimar über Nacht blieben, logierten nur ganz wenige im Gasthof; sie fanden meist Unterkunft in der Herberge, wo zugleich ihr Arbeitsnachweis geregelt wurde; auch erhielten sie bei den Meistern ihres Handwerkes Aufnahme und Kost.

Ganz selten war es auch noch Sitte, daß Frauen reisten. Im ganzen wurden nur drei allein reisende Frauen eingetragen, meist waren es adelige Damen. Die Frau eines Oberhofmeisters, die im Gasthof zum Elephanten logierte, wurde in einer Torliste als „seine Frau Liebste" bezeichnet.

Der Reiseverkehr von Weimarer Bürgern selbst war sehr bescheiden. Die nach Weimar zurückkehrenden

Einwohner waren Beamte, die aus Jena kamen, oder Soldaten des Weimarischen Regiments. Einmal bietet ein Bürger aus Apolda eine Gelegenheit an, mit einem zweispännigen Wagen eine Reise nach dem Rhein ins kaiserliche Lager zu unternehmen.

Bei der Festsetzung der Viktualienpreise war der Umstand maßgebend, daß die Stadt und der Kreis Weimar als abgeschlossene Wirtschaftseinheit angesehen und danach Preise, Gewicht und Maß bestimmt wurden. Da Getreide, Hopfen und Wolle auch auf auswärtigen Märkten eingehandelt wurden, so wurden die hier üblichen Preise angegeben, so von Buttstedt, Jena, Naumburg, Erfurt, Sulza. Die Taxe für die in Weimar selbst erzeugten Produkte wie Bier, Brot, Mehl, Fleisch, Öl wurde von der Polizei festgesetzt. So wurde eine einheitliche Preisregulierung innerhalb des Stadtgebietes ermöglicht. Im allgemeinen blieben die Preise unverändert, meist handelte es sich nur um Schwankungen von wenigen Pfennigen. Aus diesem Grunde erschienen die Taxen nicht regelmäßig in jeder Nummer, sondern nur bei Änderungen. Eine größere Differenz stellte sich nur bei Wolle ein, für die in Weimar infolge seiner Wirkereien ein besonders lebhafter Markt war. Wegen der Sommer-Schafschur war die Wolle im August um 1 Taler 3 Groschen billiger als im Januar 1734.

Diese behördlich festgesetzten Taxen erschienen von Anfang an in den Intelligenzblättern, die ja neben dem amtlichen Charakter auch dem wirtschaftlichen Leben dienen sollten. Sie bildeten die Grundlage zu dem Handelsteil der modernen Zeitung, wie er sich im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelt hat.

Es ist schwer, über die finanziellen Verhältnisse des Weimarischen Intelligenzblattes eine klare Anschauung zu gewinnen, da hierfür keine bestimmten Unterlagen vorhanden sind. Ein Ertrag kann wohl nur von den privaten Anzeigen angenommen werden. Für jede Anzeige waren von Einheimischen 2 Groschen, von Auswärtigen 1 Groschen zu entrichten. Im Durchschnitt brachte jede Nummer zwei Anzeigen von einheimischen oder von auswärtigen Inserenten. Demnach hätten die Inserate jeder Nummer etwa 8 Groschen gebracht. Die Zahl der Käufer und Abonnenten muß sehr niedrig bemessen werden. Nimmt man eine Auflage von 100 Exemplaren an, so würde sich folgende Jahreseinnahme ergeben:

Anzeigen . . . . . 18 Taler
Abonnenten und Käufer . . . 200 Taler.

Diese Summe wäre immerhin für damalige Verhältnisse ziemlich hoch gewesen. Ob sie ganz in den Kosten für Druck, Papier, Botenlohn und Entschädigungen aufgegangen ist oder ob noch etwas übrig blieb, ist fraglich. Im allgemeinen wurden etwaige Überschüsse nicht als Einnahme für den Fürsten angesehen, sondern für öffentliche Anstalten verwendet; so wurden an vielen Orten aus den Überschüssen des Intelligenzwesens die Stadtlaternen unterhalten.

Dieses erste Intelligenzblatt in Weimar war also zweifellos dem beabsichtigten Zweck gerecht geworden. Es ermöglichte zum ersten Male, daß „sich Leute der Stadt und des Landes eine publique correspondenz unter sich und mit benachbarten Städten und Ländern, mit denen sie Verkehr haben, handeln und wandeln,

oder sich doch in mehrern Verkehr setzen sollten, in solchen Sachen so dahin gehören, führen"[1]). Damit war damals doch noch nicht die richtige Zeit für ein solches Unternehmen in Weimar gekommen. Wohl sahen einzelne Innungen und Gemeinden nach und nach ein, daß „die in den Gazetten gegebenen Nachrichten ihnen zu ihrem Handel und Wandel höchst nützlich wären"[2]). Anderseits bestand aber auch noch allerhand Abneigung gegen das neue Nachrichtenmittel. Unterobrigkeiten, Beamte und Räte versuchten „die Absicht des Intelligenzwerkes durch Nachlässigkeit oder allerhand vorgefaßte Meinungen zu verhindern"[2]).

Vielleicht hing es damit zusammen, daß die „Weimarischen Nachrichten" schnell wieder eingegangen sind. Wann sie ihr Ende gefunden haben, ist nicht bestimmt festzustellen, da nur 32 Nummern (vom 7. Januar bis 12. August 1734) erhalten geblieben sind. Zweifellos hat das Blatt noch darüber hinaus fortbestanden. Andernfalls wäre in einem Avertissement auf die Beendigung hingewiesen worden. Es ist nur ein Zufall, daß diese 32 Exemplare gerettet wurden während die noch folgenden verloren gegangen sind. Schwarzkopf berichtet Näheres[3]) darüber: „Die 32 vorhandenen Nummern würden vielleicht ganz unbekannt sein, wenn sie nicht in einer Winkelauktion zu der Herzoglichen Bibliothek durch den Herrn Rat und Bibliothekar Spilker erstanden worden wären".

[1]) Avertissement des Weimarischen Intelligenz-Werkes 1733.
[2]) Bekanntmachung in der Nr. v. 5. August 1734.
[3]) a. a. O.

5. Kapitel.

Weimar ohne Presse in den Jahren 1735—1755.

In den vorigen Abschnitten wurde gezeigt, wie gering die Wirkung des Intelligenzblattes als Nachrichtenvermittelung und auch als Bildungsmittel sein konnte. Das hing einerseits mit der bestehenden Wirtschaftsweise zusammen, da die Notwendigkeit, Käufer und Verkäufer zusammen zu bringen, noch gar nicht bestand. Anderseits lag es nicht im Wesen dieser reinen Anzeigenblätter, sich so auszugestalten, daß sie auch der Bildung und dem geistigen Fortschritt des Volkes hätten dienen können. Erst eine andere Bewegung mußte hier tiefer in das Volk eindringen und den Boden schaffen, auf dem dann allmählich der geistige Aufstieg gedeihen konnte. Es war die Aufklärung, die im 18. Jahrhundert die höheren Schichten in Deutschland erfaßte und mit der Zeit auch dem niederen Volk neue geistige Kraft zuführte.

Dadurch wurde das gesamte Leben des Volkes gehoben, der Blick geweitet und der Umkreis der Interessen größer. Das vollzog sich — genau wie in der Zeit nach dem 30 jährigen Kriege — sehr langsam, gewissermassen stufenweise von Jahrzehnt zu Jahrzent. Aber es fand seinen Niederschlag in dem ganzen politischen und geistigen Leben und kam auch zum Ausdruck in dem Zeitungswesen jener Periode, das um die Mitte des 18. Jahrhunderts einen besonderen Charakter erhielt.

Die politischen Zeitungen bestanden in der bisherigen Art als reine Nachrichtenorgane weiter, immer noch eingeengt durch die Fesseln der Zensur. Neben ihnen waren seit Anfang des 18. Jahrhunderts Wochen- und Monatsschriften entstanden, die sich mit den politischen Zeitvorgängen befaßten, und vor allem bei den Gebildeten Eingang fanden. Das Volk, das nur wenig Zeit zum Lesen hatte, verstand nichts von politischen Dingen. Wenn man das geistige Niveau des Volkes heben wollte, so mußte man sich hier an Herz und Gemüt wenden und für die breite Masse etwas Verständliches und Gutes zum Lesen und Denken schaffen.

Das geschah in den moralischen Wochenschriften, die seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts in Deutschland entstanden und ihre höchste Blüte um 1740–1750 erlebten. Sie traten für die Erziehung der Kinder, für deutsche Bildung und Sitte, für religiöses Familienleben und Hebung der Schule ein. Ihr Verdienst war es, daß sich diese neuen Ideen in den Städten und auf dem Lande verbreiteten, wodurch sie dem Volke Ratgeber auf sittlichem und geistigem Gebiet wurden. Sie erreichten das, indem sie alles gelehrte Beiwerk fortließen und nur durch ihre volkstümliche Sprache und unverfängliche Schreibart wirkten.

In der Zeit von 1713 bis 1775 entstanden etwa 190 solcher moralischen Wochenschriften in Deutschland. Besondere Verbreitung fanden sie von Hamburg und Leipzig aus, aber auch in vielen kleineren Städten wurden sie begründet. So hatte z. B. Halle in den Jahren 1738 bis 1759 sieben Wochenschriften, Erfurt zwischen 1748 bis 1755 vier, Eisenach im Jahre 1745 eine, und Jena

im Jahre 1747 und 1752 je eine; gerade von diesen Orten haben sie zweifellos auch Eingang in Weimar gefunden[1]).

Von einem geistigen Leben in Weimar während dieser Jahre ist so gut wie nichts bekannt. Und auf alle Fälle ist es merkwürdig, daß sich die Mode der moralischen Wochenschriften nicht auch hierher übertrug. Anscheinend stand hierin Weimar wieder hinter dem geistig überlegenen Jena, wo die Universität die Führung hatte, zurück. Schuld daran werden dann eher die engherzigen, noch vom Geiste des 17. Jahrhunderts befangenen fürstlichen Räte Weimars gewesen sein, als der regierende Herzog Ernst August. Denn dieser war ein aufgeklärter Fürst, und trotz seiner rücksichtslosen Strenge und seines geradezu gewalttätigen Despotismus doch ein Mann von großer geistiger Freiheit. So wandte er sich z. B. auf das nachdrücklichste gegen ein Verbot, das sein Regierungskollegium und Konsistorium ohne sein Wissen gegen die „ketzerischen" Schriften des Philosophen Jakob Böhme erlassen hatten. In einem Dekret[2]) vom 15. Mai 1741 bestimmte er, daß dem „Buchführer Hoffmann aufgelegt wird, sowohl die alte als neue editiones von diesem Buch zu führen. Diese Schrift, die doch lauter wahres Licht in sich halten und nicht für tumme Saalbader, die das richtige Feuer nicht verstehen, sondern für kluge und gescheite Leute geschrieben sind".

Eine Zensur wurde schon bei dem Intelligenzblatt

[1]) Die Erfurter Wochenschrift „Der Untersucher" wurde beispielsweise durch eine Anzeige in den Weimarischen Anzeigen (1756) angeboten.

[2]) Weimarisches Archiv Bd. 7480.

von 1743 erwähnt. Keine Schrift durfte ohne „revision" zum Druck gelangen, und 1743 bestimmte eine Regierungsverfügung[1]), daß neben dem Generalsuperintendenten Weber auch die Fürstliche Oberregierung die Zensur „von denen Carminibus und anderen gedruckten Sachen übernehme". Trotzdem konnte von einer geregelten Aufsicht nicht die Rede sein, denn zeitweise gab es keinen bestimmten Zensor, weil man bei dem Ableben eines solchen Beamten nicht daran dachte, wieder einen zu ernennen. Und was gab es schließlich viel zu beaufsichtigen? Man befand sich in der Zeit des Absolutismus, in der die Gewohnheit des Gehorchens so tief eingewurzelt war, daß sich eine eigene Meinung überhaupt nicht geltend machte, am wenigsten im Schriftwesen.

Dies trat auch in den moralischen Wochenschriften in die Erscheinung, indem sie sich etwa bis 1740 von der Erörterung öffentlicher und politischer Dinge völlig fernhielten. Mit dem Regierungsantritte Friedrichs des Großen änderte sich das. Man begann jetzt, auch das staatliche Leben zu erörtern und auf Gesetz, Recht und Bürgerpflicht hinzuweisen. Wenn der König den Grundsatz der Freiheit des Individuums in religiöser Beziehung anerkannte, wenn er eine größere Bewegungsfreiheit der Presse gewährte und auf die Zeitungen und Wochenschriften als Mittel auch der Volksbildung hinwies, so lag in alledem eine Aufforderung, daß der einzelne Staatsbürger selbständig und frei über alles urteilen, sprechen und schreiben dürfte.

---

[1]) Weimarisches Archiv Bd. 5096.

Als dann diesen theoretischen Ideen des Königs auch praktische Taten und seine kriegerischen Lorbeeren folgten, wurde das Interesse des ganzen deutschen Volkes an den politischen Vorgängen der Zeit und in ihrer Umwelt wach. Das übertrug sich auch auf das geistige Gebiet. Man war des ewigen Moralisierens und des lehrhaften Tones der moralischen Wochenschriften müde. Auch hier wollte man von Taten und praktischer Lebenserfahrung hören! Das kam deutlich zum Ausdruck, als z. B. Justus Möser, der große Publizist des 18. Jahrhunderts, im Jahre 1755 schrieb [1]: „Ich weiß nicht, woran es liegt, allein mit der ewigen Sittenlehre, sie mag nun aus einem harten oder weichen Ton gesungen werden, wird doch in der That nicht soviel ausgerichtet, als sich die Herren Verleger und ihre gelehrten Tagelöhner vorstellen."

Mit diesem Zeitpunkt etwa war auch der Höhepunkt der moralischen Wochenschriften schon überschritten. Ihr moralisierender Ton und ihre langweilige Prosa genügten der Zeit nicht mehr; schließlich gingen sie in der Sturm- und Drangperiode der deutschen Literatur, die sich langsam vorzubereiten begann, völlig unter. Ihre Spuren haben sich jedoch noch lange Zeit erhalten, weil sie auch auf das Zeitungswesen Einfluß zu gewinnen vermochten. Noch in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts läßt sich ihre Einwirkung auf die Intelligenzblätter nachweisen.

Der Charakter des Intelligenzblattes änderte sich zu dieser Zeit. Bisher waren sie reine Verkündigungs-

[1]) Werke, Bd. III, S. 86: „Ein neues Ziel für die deutschen Wochenschriften."

und Anzeigenblätter gewesen, die wohl hier und da einen kommerziellen und landwirtschaftlichen Artikel für ihre Leser brachten. Jetzt konnten auch sie sich nicht mehr vor den Ereignissen der Zeit und den herrschenden geistigen Strömungen verschließen. Sie wurden eine Mischung von Anzeigen- und politischem Nachrichtenblatt und moralischer Wochenschrift.

Sie paßten sich damit den Bedürfnissen ihrer Leser an. Denn auch diese waren andere geworden. Das Volk in seiner breiten Masse strebte danach, sich mit bürgerlichen, öffentlichen Dingen zu befassen. Um 1740 trat allmählich der Mittelstand hervor, jene gebildete Klasse zwischen Adel, Gelehrtentum und der Menge des gemeinen Volkes, die an dem staatlichen Leben bald tätig und mit Interesse Anteil nehmen sollte. Diese Leser wollten nun auch von den politischen Weltvorgängen etwas erfahren, daneben sich aber auch an einer Fabel, einer Satire oder einem Gedicht erfreuen, wenn sie nach des Tages Arbeit zu ihrem Wochenblatt griffen. Diesem Bedürfnis trugen die Intelligenzblätter Rechnung, indem sie sich durch Einbeziehung politischer Nachrichten und von Unterhaltungsstoff zeitgemäß umgestalteten.

Alle diese Wandelungen sind auch an Weimar nicht spurlos vorübergegangen. Nach den langen Jahren, in denen Weimar ohne jegliche Nachrichtenvermittelung war, mußte sich jetzt auch hier das Bedürfnis nach einem eigenen Blatt wieder geltend machen. Jena hatte seine alte politische Zeitung, die seit 1752 einen eigenen Intelligenz-Zettel erhielt. In demselben Jahr wurden auch in Eisenach, das seit 1741 mit dem Fürstentum Weimar

endgültig vereinigt worden war, „Wöchentliche Nachrichten" und eine italienische Zeitung, die der Sprachmeister Albinus de Sales herausgab[1]), begründet. Weimar konnte als Residenzstadt nicht länger zurückstehen und erhielt endlich im Jahre 1755 wieder eine neue Zeitung.

[1]) Weimarisches Archiv. Eisenacher Polizeiakten 244.

6. Kapitel.

Die „Weimarischen Anzeigen" von 1755—1801.

Die Genehmigung zur Herausgabe eines neuen Blattes erteilte der Herzog Franz Josias von Koburg, der auf Befehl des Kaisers die Verwaltung des Fürstentums Weimar für den minderjährigen Herzog führte. Da der regierende Fürst in Weimar fehlte, so ging die treibende Kraft, die Interesse an der Gründung eines neuen Blattes hätte haben können, nicht von oben aus. Diesmal war es ein reines Privatunternehmen, und es bestand keinerlei Zwang für die Behörden und Gemeinden, es zu halten. In einem „Avertissement" vom 1. März 1755 bezeichnete sich der Fürstliche Commissions- und Landschaftssekretair Joh. Heinrich Meyer als „redacteur". Also doch wieder ein fürstlicher Beamter! Dementsprechend erhielt auch das Blatt von Anfang an einen gewissen amtlichen Charakter, und die amtlichen Regierungsverfügungen standen — wie bei dem Intelligenzblatt von 1734 — an erster Stelle.

Auch sonst sollten die schon 1734[1]) angeführten Rubriken wieder in ähnlicher Weise gebracht werden. Das neue Blatt sollte für die Bekanntmachung der „in Stadt und Land fürkommenden Vorfallheiten sorgen. Es wird wöchentlich ein halber Bogen, unter der Aufschrift „Weimarische Anzeigen" in dem hiesigen

[1]) Vgl. S. 18 und 19.

privilegierten Hofmannischen Buchladen am Markt an die Liebhaber das Stück um 3 Pfennige oder quartalweise gegen Erlegung von 3 Groschen ausgegeben, auch damit sogleich den Montag nach bevorstehenden Osterfest den Anfang gemacht werden."

Die erste Nummer erschien am 5. April 1755. Der Umfang betrug jedesmal 4 Seiten. Auch sonst war die äußere Aufmachung, Druckanordnung, Papier ganz in der üblichen Art der damaligen Intelligenzblätter gehalten. Von Nr. 2 ab trug das Titelblatt eine Vignette des fürstlichen Wappens, darunter die Bemerkung: „Mit hoher Erlaubnis". Auch nannte es sich jetzt „Wöchentliche Weimarische Anzeigen", vom Jahre 1760 an „Weimarische Wöchentliche Anzeigen", 1764 „Weimarische Wöchentliche Frag- und Anzeigen", von 1775 an wieder „Weimarische Wöchentliche Anzeigen".

Diese wöchentlichen Anzeigen sind über ein halbes Jahrhundert lang fast unverändert geblieben. Ihre äußere Entwickelung mag hier in kurzen Zügen dargestellt werden.

Zunächst blieb das Blatt die ganze Zeit hindurch im Verlag der Buchhandlung Hoffmann. Den Druck besorgte bis 1762 Leonhard Mumbach, von da ab wurde er dem privilegierten Hofbuchdrucker C. J. L. Glüsing übertragen.

Mit Beginn des Jahres 1757[1]) übernahm an Stelle des Sekretärs Meyer der Fürstliche Landschaftskassen-Schreiber Schrön die Ausgabe der Anzeigen; er war ununterbrochen bis zu seinem Tode im Jahre 1811 Herausgeber des Blattes. Daraus ist es zu erklären,

[1]) Schwarzkopf a. a. O. gibt hier fälschlich das Jahr 1762 an.

daß es während dieser ganzen Zeit den gleichen Charakter bewahrte. Anderseits zeigt sich auch, daß die Zusammenstellung des Intelligenzblattes für den Beamten nur eine Nebenbeschäftigung und daß von einem eigentlichen Journalismus gar keine Rede sein konnte. Selbst eine Redaktion war höchst selten notwendig; meist handelte es sich nur um eine Auswahl von Stoff und um ein Aneinanderreihen tatsächlicher Nachrichten.

Trotzdem muß dem Herausgeber zugestanden werden, daß er Geschick und Verständnis an den Tag legte. Das galt besonders für den Teil, in dem sich der Einfluß der moralischen Wochenschriften bemerkbar machte. Mindestens eine Seite des Blattes diente zur Unterbringung belehrender Sachen und zur Unterhaltung der Leser. Hier brachte Schrön vor allem kleine Erzählungen, Fabeln, moralische Gedichte von Gellert oder in dessen Manier. Daneben erschienen Übersetzungen Horazischer Oden, auch moralische und belehrende Aufsätze, wie z. B. eine Abhandlung über „die Begräbnisse der alten heidnischen Inwohner Deutschlands" oder über „das Marienbild an dem inneren Frauenthor in Weimar".

Diese Beiträge machten schon bald eine Erweiterung des Blattes notwendig. Vor allem wollte Schrön auch ökonomische Aufsätze besonders berücksichtigen; zu ihrer Abfassung hatte er sich „in solcher Wissenschaft erfahrene in- und ausländische Personen" gesichert. Um nun alle ihre Ausführungen auch wirklich drucken zu können, entschloß er sich, das Blatt zweimal wöchentlich, Mittwochs und Sonnabends, herauszugeben. Das erste Mittwochsblatt erschien am 4. April 1764. Jetzt wurde es außer im Hoffmannischen Buchladen auch am Tage

nach dem Erscheinen auf der Weimarer Kaiserlich reitenden Post-Expedition ausgegeben. Von hier aus ging auch der Versand nach auswärts vor sich.

Neben dem unterhaltenden Teil erhielt das Blatt auch sehr bald politische Nachrichten. Natürlich wurden meist nur Zeitereignisse und Kriegsnachrichten aus fernliegenden Ländern gebracht, wie aus Spanien und Italien. Während des 7jährigen Krieges jedoch wurden sie durch die Nachrichten der einheimischen Kriegsvorgänge verdrängt. Die Meldungen über die Erfolge des Königs von Preußen, die Bewegungen seiner Armeen, die Kriegsbeute standen jetzt im Mittelpunkt des Interesses. Selbst nach Kriegsende fand die Veröffentlichung des Allianz-Vertrages zwischen der russischen Kaiserin und Friedrich von Preußen, die in mehreren Nummern des Jahrganges 1764 erfolgte, noch Platz. Die Kriegsjahre selbst spiegelten sich auch in den Bücheranzeigen, in denen zahlreiche patriotische Dichtungen angeboten wurden, wie die „Ode an die preußische Armee", „Siegeslied der Preußen nach der Schlacht bei Roßbach" u. a. m. Man durfte also in Weimar seine Sympathien für Preußen offen zur Schau tragen!

Was aus der Stadt selbst berichtet wurde, waren unbedeutende Neuigkeiten, wie ein niedergegangenes Gewitter, die feierliche Ankunft einer Fürstlichkeit. Diesen Mangel an einheimischen Nachrichten hat auch der Herausgeber oder „Schriftleiter" sehr lebhaft empfunden. Schon 1755 versprach er, Nachrichten aus andern Zeitungen zu bringen, „um dem gemeinen Mann, der keine Zeitung liest, einen Dienst zu erweisen". Am 27. Dezember erschien so zum erstenmal ein Auszug

aus der „Prager Zeitung" über die Entdeckung neuer Quellen in Teplitz. Überhaupt nahmen Mitteilungen über merkwürdige Begebenheiten, über Raub, Mord und Feuersbrünste den Vorrang ein. Besonders ausgiebig wurde das Erdbeben in Lissabon behandelt.

Diese Auszüge wurden „Zeitungsextrakte" genannt. Der Verfasser des Intelligenzblattes entnahm sie zweifellos den politischen Zeitungen, die er selbst oder andere in Weimar[1]) hielten, etwa der Leipziger, Jenaischen, Frankfurter Zeitung. Neben diesen Blättern werden noch die Utrechter, Hanauer, Hamburger, Altonaer, Erlanger, Koburger, Bayreuther, Gothaer Zeitungen genannt.

Bemerkenswert ist, daß diese Zeitungen auch von dem niederen Volk gelesen und dadurch das allgemeine Verständnis für alle öffentlichen Dinge gefördert wurden. Wieweit dieses Interesse ging, beweist eine Mitteilung der „Weimarischen Anzeigen" im Jahre 1755. Danach gingen ihn „Personen geringeren Standes" an, zu dem 200jährigen Jubelfest des Religionsfriedens zu Augsburg etwas mitzuteilen. Das geschah dann auch in drei Aufsätzen.

So trat der Drang, sich belehren zu lassen und andere zu bilden, auch in diesen Blättern zutage, die trotz alledem noch unbedeutend und bescheiden genug blieben. Sicherlich konnte der Herausgeber, wenn er vom Jahre 1758 ab „mit gnädigster Erlaubnis" den damaligen Hof- und Zivil-Etat nach und nach zum

[1]) Verschiedene Anzeigen im Jahre 1764 suchten Weimarer Bürger, die sich am Mitlesen und Halten von Berliner, Bayreuther und Frankfurter Zeitungen beteiligen wollten.

Abdruck brachte, auf weit mehr Interesse und Neugier seiner Leser rechnen, als wenn er statt dessen Politisches gebracht hätte. Und doch handelte es sich dabei nur um eine Aufzählung von Namen und Titeln.

Obwohl die „Weimarischen Anzeigen" nicht als amtliches Blatt gegründet waren, erhielten sie doch ganz von selbst dadurch einen amtlichen Charakter, daß sich die Regierung, die städtischen und polizeilichen Behörden von Anfang an des Blattes zur Veröffentlichung ihrer Verordnungen bedienten. Als zum erstenmal dem Jahrgang 1770 ein „Verzeichnis der darin enthaltenen hochfürstlichen Befehle und Verordnungen" beigegeben wurde, wurde dadurch gewissermaßen dokumentiert, daß aus dem ursprünglichen Privatunternehmen ein amtliches Verkündigungsblatt geworden war. Das trat noch deutlicher in die Erscheinung, als fünf Jahre später der nun großjährige Herzog Karl August die Regentschaft übernahm. Seine Neigung, in allen Regierungs- und Verwaltungsgeschäften Ordnung zu schaffen, trat auch hier zutage. In einer Verfügung [1]) an die Polizeidirektion verlangte er die Wiedereinführung der Zensur der „Weimarischen Wochenblätter". Als Zensor war seit 1763 der Oberkonsistorial-Präsident von Hendrich für „alle gedruckt werden sollenden Schrifften und Werke" bestimmt, desgleichen auch für die Wochenblätter. Seit seinem Tode ruhte die Zensur, — „solches aber der guten Ordnung widerspricht". Der Herzog forderte auch, daß „diese Absicht dem Casse-Sekretär Schrön, als Verfertiger der Wochenblätter, gehörig bekannt gemacht werde".

[1]) Weimarisches Archiv Bd. 5222.

Außer der Rücksicht auf die „gute Ordnung" lag aber wohl kaum ein Grund vor, den „Weimarischen Anzeigen" eine Zensur aufzuerlegen. Zwar hatten sie sich in den Jahren 1765—1770 insofern verändert, als sie, dem Zuge der Zeit folgend, alle gelehrten und moralischen Beiträge fortließen und nun statt dessen eine Flut von politischen Nachrichten brachten. Aber wie sollten diese gefährlich werden, da sie — aus andern Zeitungen entnommen — schon mehrfach zensiert und zurechtgemacht waren?

Auf alle Fälle aber hatte das Blatt durch diese trockenen Berichte an seinem früheren lebendigen Inhalt verloren; es sank immer mehr zu einem reinen Anzeigen- und Nachrichtenblatt herab.

Eine Betrachtung der Anzeigen des Blattes zeigt, daß die alte gebundene Wirtschaftsweise des 18. Jahrhunderts noch fortbestand. Im Vergleich mit dem Anzeigenteil des Intelligenzblattes vom Jahre 1734 ist ein Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiet nirgends zu verzeichnen.

Da ein Adreß-Comptoir nicht mehr bestand, so wurde die Vermittelung der Anzeigen von dem Herausgeber des Wochenblattes übernommen. Es fehlte die Stelle, welche die vorliegenden Anzeigen systematisch — wie es im Adreß-Comptoir geschah — zusammenstellte. Deshalb wurden sie nicht nach Rubriken geordnet, sondern willkürlich untereinander gereiht. Wer etwas verkaufen wollte oder etwas suchte, gab seine Anzeige auf. Das Objekt wurde als besondere Rubrik behandelt und gab für diese die Überschrift: „Stroh, so zu verkaufen ist" oder „Garten, so jemand pachten will".

Der eigentliche Charakter des Intelligenzblattes, das eine scharfe Scheidung und Rubrizierung der einzelnen Anzeigen vornahm, wurde dadurch verwischt.

Diesen Mangel der Nachrichtenvermittelung durch das Blatt empfand der Verleger selbst, indem er folgendes bekannt machte: „Nachdem man zeithero wahrgenommen, daß sich allhier Personen gefunden, welche Quartiere gesuchet und keine finden können; andere hingegen Quartiere vermiethen wollen, und keine anständigen Miethleute bekommen können: so erbietet sich Herr Sekretair Meyer, daferne sich beyderley Personen an ihn wenden wollen, einem jeden diensame Nachricht davon zu ertheilen" (1756).

Der Verfasser konnte als Privatunternehmer über den Inhalt des Blattes nach seinem Belieben verfügen. So ließ er z. B. auch die standesamtlichen Listen fort, die erst wieder um 1770 auftauchten. Statt dessen erschienen einzelne Anzeigen, die halb amtlichen, halb privaten Charakters waren, wie etwa folgende: „Gestern Abends ist des hiesigen Herrn Hof- und Cammer-Rats Scheibens ältere Mademos. Tochter zum innigsten Leidwesen des gesamten vornehmen Hauses, in der schönsten Blüte ihrer Jahre, sanft und seelig verschieden". Anscheinend wurden diese Anzeigen mit Genehmigung der Familie eingerückt. Meist handelte es sich um Todesanzeigen „hochgeborener Herrschaften". Wirkliche Anzeigen von Familienmitgliedern, die sich mit vollem Namen unterzeichneten, finden sich zuerst im Jahre 1800.

Neu waren die Lotterie-Anzeigen, ferner die Angebote ausländischer Produkte, wie französische Liköre und Weine, Seefische aus England, und Südfrüchte — durch

Weimarische Geschäftsleute. Das hing mit dem Import zusammen, der sich seit Mitte des 18. Jahrhunderts in Deutschland bemerkbar machte.

Seit den Bestehen der „Anzeigen" gab es auch eine wirtschaftliche Berichterstattung, indem die Weimarer Marktpreise veröffentlicht wurden. Daneben erschienen von Zeit zu Zeit die amtlich festgesetzten Mehl- Brot- und Fleischtaxen. Später — etwa von 1770 ab — wurden auch die Getreidepreise auswärtiger Märkte mitgeteilt. Ebenso erschien zuerst im Jahre 1764 die Bekanntmachung des Hamburger und Leipziger Geld-Cours, doch verschwand sie bald wieder. Die Veröffentlichung aller dieser Handelsnachrichten geschah überhaupt nicht regelmäßig, sondern ohne einheitlichen Plan und ganz willkürlich.

Seit 1770 bestand eine eigene Rubrik „Neue Bücher", in der jedoch keine Besprechungen mehr gebracht wurden, sondern sie enthielt richtige Bücherverzeichnisse, die der Hofbuchhändler Hoffmann bekannt gab.

Vornehmlich waren die amtlichen Anzeigen und die politischen Nachrichten in dem Blatte seit 1770 vorherrschend. Erstere brachten nicht mehr die langatmigen Gesetze, sondern wurden kürzer und straffer, und näherten sich schon der heutigen amtlichen Bekanntmachung. Daneben wurden natürlich auch alle „Promotions und Ordinations" mit einer Fülle von Titeln und Namen, ferner gerichtliche und polizeiliche Verordnungen mannigfachster Art zum Abdruck gebracht.

Überblickt man diese „Weimarischen Anzeigen" in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in ihrer Gesamtheit, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sie bei

aller Bescheidenheit doch vollkommen ihren Zweck erfüllten. Sie brachten für die Stadt und den Kreis Weimar die amtlichen Bekanntmachungen, sie genügten dem damaligen Wirtschaftsverkehr und versorgten die Leser mit hinreichenden politischen Nachrichten. Unbekümmert um die Zeitströmungen und die infolgedessen auftauchenden Zeitungsunternehmungen konnte das Blatt ruhig seinen Weg gehen, da es in seinem Leserkreis vorläufig keine Schwankungen zu befürchten brauchte.

Eine Änderung im Wesen der Intelligenzblätter trat erst ein, als die Wirtschaftsweise eine andere wurde. Damals lag noch das gesamte deutsche Wirtschaftsleben in den alten Fesseln. Erst die geistigen und politischen Bewegungen des letzten Vierteljahrhunderts schufen die Grundlage zu der wirtschaftlichen Befreiung, die sich um die Jahrhundertwende durchzusetzen begann.

7. Kapitel.

Die Publizistik in Weimar unter Herzog Carl August von 1775—1806.

a) Allgemeines.

Daß gerade von Weimar aus das ganze geistige Leben Deutschlands seine Erneuerung erfuhr, lag an dem Zusammenwirken jener Persönlichkeiten, die ihre Anschauungen und Ideen zu einer großen Harmonie zu vereinen vermochten. Wenn Wieland auf kritischem, ästhetischem und literarischem Gebiet nach Vollendung strebte, so erschloß Goethes dichterischer Genius der Welt neue ungeahnte Schönheiten. In Herder war der Geist der Aufklärung lebendig und er suchte eine Verbindung zwischen Natur und Mensch in der Kunst, der Geschichte, der Sprache und dem Leben der Völker. Und der Herzog Carl August selbst verband mit der hohen persönlichen Auffassung seines Berufes ein ungewöhnliches Interesse für die geistigen und politischen Strömungen seiner Zeit. Als begeisterter Freund und Bewunderer des Königs von Preußen huldigte er dem aufgeklärten Absolutismus; seine liberalen Anschauungen ermöglichten in seinem Lande eine ungehinderte Entwickelung des Pressewesens.

Da alle diese Strömungen von einem weiten Kreise Gebildeter in Weimar aufgenommen wurden, wurde die

Stadt naturgemäß der Anziehungs- und Sammelpunkt eines geistig bewegten und tief innerlichen Lebens. Nur von einem Ort, in dem selbst ein so reiches Leben pulsierte, konnte auch der Anstoß zu neuen geistigen Schöpfungen ausgehen.

Die oberen aufgeklärten Schichten verlangten nach Zeitschriften, die nicht allein ihren ästhetischen, literarischen und politischen Neigungen entsprachen, sondern die auch über Weimar und seine engere Umgebung hinaus die Fühlung und den Anschluß an die große Welt suchten.

Das Gemeinsame, das alle die vorher gekennzeichneten Geistesströmungen zunächst in Weimar selbst, dann darüber hinaus in Deutschland vereinigte, war jenes Weltbürgertum, das dann in der französischen Revolution seine höchste Blüte erhoffte. Gerade die geistigen Schichten Deutschlands betrachteten sich als Bürger der Welt, mit allen Menschen durch das Band der Aufklärung verknüpft. Es galt ihnen als das Höchste, nach Vollendung und Veredelung durch philosophische Bildung zu streben, deshalb suchte man vor allem die Wissenschaften, die bildenden Künste und die schöne Literatur zu pflegen. Nicht die Tageszeitung war hierzu das Mittel, sondern die Zeitschriften und Journale, die in den letzten drei Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts auch in Weimar einen bedeutenden Aufschwung genommen haben.

Sie hatten alle keinen eigentlich örtlichen Charakter, aber Weimar war doch ihr geistiger Ursprungsort. Indem sie den hier sprudelnden Quell des Lebens, der Kunst, der Kultur, des liberalen Staatsbürgertums zu verwerten verstanden, gelang es vielen von ihnen, ihren Wirkungskreis weit über Weimar hinaus auszudehnen

und ganz Deutschland mit Bildung und Aufklärung zu bereichern.

Die erste Zeitschrift, die allen diesen Bestrebungen sogleich in vorbildlicher Weise gerecht wurde, war Wielands „Teutscher Merkur“ [1]), der seit 1773 in Weimar im Selbstverlage des Dichters erschien. Wieland schuf damit eine Zeitschrift, die als Typus dafür angesehen werden kann, daß sie die gesamten Bildungsideale jener Zeit zusammenzufassen verstand. Es war sein Verdienst, daß er in der Geschichte des Journalismus „den entscheidenden Schritt von der Belehrung zur Lektüre, von der Gelehrsamkeit zur Unterhaltung und Bildung tat“ [2]). Der Dienst, den er damit der Residenzstadt Weimar selbst erwies, war von größter Wirkung. Denn der „deutsche Merkur trug nicht wesentlich zu dem Rufe der Stadt bei, wo er herausgegeben wurde“ [3]).

b) Bertuchs Unternehmungen.

Ein besonderes Schicksal war es, daß neben den geistigen Schöpfern und Mitarbeitern dieser Zeitschriften ein Mann in Weimar auch die wirtschaftliche Seite des neuaufsteigenden Zeitungsgewerbes erkannte. Das war Justin Friedrich Bertuch, einer der ersten und bedeutendsten Unternehmer auf dem Gebiete des Schrift- und Zeitungswesens am Ende des 18. Jahrhunderts. Ein Weimarer Kind, wurde er seit seinem zwölften Lebensjahre im Hause seines Oheims, des Rats Schrön

[1]) Hier muß auf die ausführliche und tiefgründige Arbeit von Hans Wahl, Geschichte des Teutschen Merkur, Berlin 1914 verwiesen werden.

[2]) Wahl a. a. O. S. 42.

[3]) Goethe in Dichtung und Wahrheit. W. A. Bd. 28, S. 316

erzogen, welcher der Herausgeber der „Weimarischen Anzeigen" war. Nach einigen Studienjahren in Jena wurde er 1775 in Weimarische Staatsdienste übernommen, und zwar fiel ihm die Verwaltung der Privatschatulle des Herzogs zu; erst nach zwanzig Jahren (1796) schied er wieder aus dem Staatsdienst aus.

Sein besonderes Interesse gehörte von Anfang an geschäftlichen Unternehmungen aller Art. Nur von diesem Gesichtspunkt aus kann sein Leben und Wirken verstanden werden. Seine eigene literarische Betätigung war ihm nur Zeitvertreib und Nebensache, und er hat da auch nichts Bleibendes zu schaffen vermocht. Aber auf wirtschaftlichem Gebiete besaß er erstaunliche Fähigkeiten. Er wollte kein Gelehrter sein, er war ein „betriebsamer Handelsmann[1])". Sein ungeheuerer Bekanntenkreis, ein ausgedehnter Briefwechsel über ganz Deutschland verschafften ihm überall Beziehungen und neue Anknüpfungspunkte.

Sein erstes Unternehmen in Weimar selbst war die geschäftliche Leitung des „Teutschen Merkur." Das brachte ihn auf den Gedanken, im Jahre 1774 mit Wieland eine Verlagsbuchhandlung zu gründen. Der Plan zerschlug sich aber, und Bertuch gründete in seinem Hause eine Fabrik künstlicher Blumen, die ihm reiche Erträge abwarf. Sein Interessensgebiet blieb aber doch das Zeitschriftenwesen, in das er sich durch die Leitung des „Merkur" immer mehr hineinarbeitete. Als er im Jahre 1785 auch Mitbegründer und Besitzer der „Allgemeinen Literatur-Zeitung" in Jena wurde,

[1]) J. H. Voß an seine Frau (Brief vom 6. 6. 1794).

faßte er auch neue Pläne für Weimar. Er beabsichtigte die Herausgabe eines Modejournals mit Kupfern und Abbildungen. Zu diesem Zweck gründete er im Jahre 1785 in seinem Hause eine Buchdruckerei und Kunstanstalt mit Zeichnern, Kupferstechern und vielen Arbeitern, in der seit 1786 auch ein „Journal der Moden" erschien, in dem er wiederum für seine künstlichen Blumen eifrig Reklame machte.

Die Unternehmung Bertuchs entwickelte sich von Jahr zu Jahr mit steigendem Erfolg. Bald aber gliederte er ihm auch ein besonderes geographisches Institut an, in dem Landkarten von großer Vollendung und Klarheit gestochen wurden. Daneben nahm er auch die Herstellung von Manufakturen und Fabrikaten an, so daß seine gesamten Unternehmungen etwa dem Betriebe eines modernen Warenhauses zu vergleichen waren. Etwas Ähnliches hat ihm wohl auch zweifellos vorgeschwebt, als er im Jahre 1790 sie alle zu einem „Industrie-Comptoir" vereinigte, für das er bald darauf vom Herzog ein Privilegium erhielt. Was er darunter verstanden wissen wollte, hat er selbst in einem Aufsatz in seinem „Journal des Luxus und der Moden," August-September 1793", „Uber die Wichtigkeit der Landes-Industrie-Institute für Teutschland" dargelegt. „Ich verstehe unter einem Landes-Industrie-Institut eine gemeinnützige oder öffentliche Privatanstalt, die sichs zum einzigen Zweck macht, teils die Natur-Reichtümer ihrer Provinz aufzusuchen und ihre Kultur zu befördern, teils den Kunstfleiß ihrer Einwohner zu beleben, zu leiten und zu vervollkommnen."

Da man seinen Ideen aber noch kein Verständnis

entgegen zu bringen vermochte, so beschränkte er sein Unternehmen schließlich doch auf Verlagsbuchhandel und Kunstdruck. Im Jahre 1798 erschien eine neue, reich ausgestattete Zeitschrift „London und Paris" in seinem Industrie-Comptoir, und 1802 übernahm er auch den Verlag des „Teutschen Merkur." Damals erwirkte er auch vom Herzog die Genehmigung, sein Unternehmen „Landes-Industrie-Comptoir" zu nennen.

Bertuch hat durch seine unermüdliche Tätigkeit und seine Gabe, immer etwas Neues zu erfinden, ein großes Vermögen erworben. Er erkannte früh die Bedeutung von Zeitschriften-Unternehmungen, wenn sie vor allem den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt wurden. Langsam kam ja damals Bewegung in das bisher starre und gebundene Wirtschaftsleben Deutschlands. Als einer der ersten Verleger erkannte Bertuch diese allmähliche Befreiung und nutzte sie aus, indem er seine Zeitschriften der wirtschaftlichen Reklame öffnete.

Seine erste Zeitschrift, die „Allgemeine Literatur-Zeitung" [1]) in Jena, erschien seit 1785 täglich mit einem besonderen Intelligenzblatt, das allerdings gemäß ihrem Charakter nur literarische und Bücheranzeigen brachte. Schon das „Modejournal" (1786) enthielt dann

[1]) Über Entstehung und Geschichte der A. L. Z. vgl. Schönfuß: Das erste Jahrzehnt der A. L. Z. Dissert. Leipzig 1914.

Eine Vorgängerin der A. L. Z. waren die „Jenaischen Gelehrten Zeitungen", die 1749 gegründet, am 31. Dezember 1789 letztmalig erschienen. Diese Zeitschrift war 9—10 mal monatlich in Oktav herausgekommen. In ihr besprachen Jenaische Gelehrte alle erschienenen Werke, nach den Erscheinungsorten geordnet. Sie brachte auch kurze Notizen über wissenschaftliche Gesellschaften und Hochschulen.

aber wirtschaftliche Reklameanzeigen im modernen Sinne, die in einem jeder Nummer beigefügten Intelligenzblatt Aufnahme fanden. Hier wurden Anzeigen von Fabriken und Künstlern über ihre Neuigkeiten, Arbeiten und Preise veröffentlicht, für die eine „geringe Inseratengebühr" zu entrichten war. So erschienen Geschäftsanzeigen und Empfehlungen von Uhren, Tapeten, Gipsbüsten, künstlichen Blumen aus Leipzig, Weimar, Jena, Erfurt und andern Städten. Außer diesem Intelligenzblatte hatte Bertuch auch eine Art Korrespondenz mit dem Journal verbunden. Diese vermittelte zwischen den Lesern und Geschäftsleuten aller Länder den Austausch von Modellen, Adressen, Zeichnungen usw.

Daß Bertuch von ausländischen Geschäftsleuten Anzeigen annahm und vermittelte (z. B. aus London, Mailand, Straßburg in den betreffenden Landessprachen), wurde ihm von einzelnen „teutschen Biedermännern" sehr verargt. „Das Journal von und für Deutschland" (1. Stück 1786) kritisierte dies scharf und schrieb: „Hätten die Herausgeber dieses Journals einen Augenblick bedacht, welchen Schaden ihre Schrift tun würde, wie viele Summen durch Bekanntmachung solcher Gegenstände aus großen und kleinen Städten Deutschlands nach Frankreich würden gejagt werden — just zu einer Zeit, wo dieses die Einfuhr aller unserer Produkte verbietet, zu einer Zeit, wo die politische Verbindung ohnehin eine Stockung in dem Geldumlauf und einen Geldmangel verursachen, sie würden ihren Plan, wo nicht aufgeben, doch gewiß nur — auf deutsche Künste und Erfindungen beschränkt haben."

Bertuch dagegen glaubte, durch die Aufnahme aus-

ländischer Geschäftsanzeigen den Verkehr mit dem Auslande zu heben und dadurch auch die deutsche Industrie anzuspornen und zu beleben. Auch wollte er dadurch den „Großen das Vorurteil nehmen, daß nur das, was uns das Ausland liefert, schön sey“ [1]). Nur verlangte er dazu noch mehr Mitteilungen und Anzeigen durch die deutschen Künstler, Handwerker und Fabrikanten.

Das „Modejournal“ selbst war — nach dem Zeugnis Wielands — auf die „Eitelkeit, Frivolität und Anekdotensucht des Publikums fundiert“ [2]). Gerade deshalb hatte es in Verbindung mit der neu auftretenden wirtschaftlichen Reklame einen ungeheuern Erfolg und erhielt eine internationale Bedeutung. Der leichte Ton der Unterhaltung, die Briefe über das elegante Leben und die Moden der beiden Weltstädte London und Paris, die farbigen Kupfer, die zur Erklärung der Artikel Abbildungen von Kleidern, Öfen, Lampen und Schuhen und vielen Luxussachen brachten, — das alles war etwas Neues für die Gebildeten aller Länder. So erfreute sich dieses „Journal [3]) des Luxus und der Moden“ einer außerordentlichen Beliebtheit und hatte seine ständigen Leser selbst in Frankreich, im Elsaß, den Niederlanden und England. Viele andere deutsche Zeitungen und Zeitschriften druckten Auszüge oder ganze Aufsätze daraus ab.

Diese beiden ersten Zeitschriften-Unternehmungen

---

[1]) „Journal des Luxus und der Moden“ vom Dezember 1786, S. 463.

[2]) Geiger, a. a. O. S. 30.

[3]) Näheres über das Journal vgl. Feldmann, a. a. O. und Salomon, Bd. I, S. 255.

brachten Bertuch auch wirtschaftlich großen Erfolg. Er konnte hohe Honorare bestreiten und sich fast überall eigene Korrespondenten halten. So hatte z. B. die „Allgemeine Literatur-Zeitung" nach sechs Monaten schon 600, nach einem Jahre 1100 Abnehmer. Bei dem „Modejournal" wuchs die Zahl der Bezieher ständig, obwohl der Jahrespreis von 4 Thalern nicht gering war.

Noch höher stellte sich der Bezugspreis für die Zeitschrift „London und Paris[1])" (1798). Er betrug jährlich 6 Rheinthaler 8 Groschen, da sie zahlreiche bunte Karrikaturen und Spottbilder brachte. Es war ein kulturhistorisches Journal, ein Gegenstück zum Modejournal. Auch hierfür hatte Bertuch in Paris und London eigene Korrespondenten, und er nahm überhaupt nur Orginalbeiträge auf.

Von dieser Zeitschrift hielt Bertuch Anzeigen fern, denn es sollte „ein Magazin nur für die gebildetsten Kreise des In- und Auslandes sein". Sie sollte vergnügen, scherzen, erzählen, was heute in Paris, gestern in London zu sehen war. Deshalb ließ er auch die Politik aus dem Spiele.

Im September 1802 ging Wielands „Teutscher Merkur" in Bertuchs Verlag über. Jedoch war dieses Journal lange nicht mehr auf seiner früheren Höhe, es fristete noch bis zu seinem Ende (1810) — ohne jeglichen Verdienst für Bertuch — sein kümmerliches Dasein.

---

[1]) Näheres über das Journal vgl. Feldmann a. a. O., Salomon, Bd. II, S. 59 und Geiger, a. a. O. S. 153.

Das lebhafte Interesse, das Bertuch neben seiner literarischen Tätigkeit[1]) den wirtschaftlichen und geschäftlichen Strömungen seiner Zeit entgegenbrachte, veranlaßte ihn endlich sogar dazu, eine rein kaufmännische Zeitung zu übernehmen. Es war das die seit 1784 in Gotha erschienene Handelszeitung, die von dem Kaufmann Joh. Ad. Hildt herausgegeben wurde.

Die Handelszeitungen, die am Ende des 18. Jahrhunderts in verschiedenen Städten aufkamen, hingen mit den Intelligenzblättern eng zusammen. Nur waren sie nicht wie diese für die Allgemeinheit bestimmt, sondern im besonderen für den Kaufmannsstand. Deshalb war ihr Charakter nicht lokaler Natur, sondern sie brachten Nachrichten aus allen Ländern der Welt, die besonders den Fabrikanten und Manufakturisten nützlich sein konnten. Sie sind charakteristisch für die Anfänge der kameralistischen Wissenschaft in Deutschland zu Ende des 18. Jahrhunderts und für die Entfaltung eines freieren wirtschaftlichen Lebens.

Mit dem Jahr 1800 hatte Hildt seine Zeitung nach Weimar verlegt, wo sie zunächst im Druck und Verlag der Gebrüder Gädicke wöchentlich einmal

[1]) Bertuch zeichnete als Herausgeber des Modejournals, für das er, ebenso wie später für London und Paris, bis 1804 die gesamte Korrespondenz führte. Im Juli 1804 übernahm diese Geschäfte sein Sohn Karl Bertuch. Auch für die „Allgemeine Literatur-Zeitung" schrieb Bertuch anfangs, da es an Stoff für das täglich erscheinende Blatt mangelte, Rezensionen, und war dadurch oft bis spät in die Nacht hinein beschäftigt. Über alle diese für eine spätere Biographie Bertuchs wichtigen Arbeiten kann erst ein Aufschluß erfolgen, wenn das Bertuch-Froriepsche Archiv in Weimar zur Forschung und Erschließung des reichen Materials freigegeben ist.

erschien. Der Preis betrug jährlich 2 Taler 16 Groschen. Das Unternehmen kam aber erst richtig in Gang, als Bertuch 1803 den Verlag übernahm. Er wandelte die Zeitung zu einem Journal um, das als „Magazin der Handels- und Gewerbekunde" erschien. Auch hier wurde jedem Heft ein Intelligenzblatt beigefügt, das gegen eine geringe Gebühr alle an den Verlag eingeschickten Inserate aufnahm. Sachverständige wurden als Mitarbeiter herangezogen und mußten für folgende 5 Rubriken Beiträge liefern:

Geschichte und Fortschritt des Handels in und außer Europa.
Kunstfleiß in Fabriken und Manufakturen eines Landes oder einer Stadt.
Waren-Kunde.
In- und ausländische Literatur der Handelswissenschaften.
Korrespondenz und vermischte Nachrichten.

Jeden Monat erschien ein Heft mit Karten und Kupfern, 6 Hefte bildeten einen Band. Das Ganze war als Handbibliothek des Kaufmanns gedacht; der Jahrgang kostete 6 Rheintaler.

Aus allen diesen Unternehmungen kann fast geschlossen werden, daß Bertuch bereits die Bedeutung des Inseratenwesens als wirtschaftliches Rückgrat einer Zeitschrift oder Zeitung erkannte. Daß bei der großen Verbreitung und der hohen Auflage seiner Zeitschriften die Einnahmen durch die Anzeigen und Reklamen bedeutend gewesen sein müssen, ist als sicher anzunehmen. Leider wird meist nur von einer „geringen Gebühr" gesprochen. Ein Überblick über die gesamten geschäft-

lichen Unternehmungen Bertuchs wird erst möglich sein, wenn die hierfür vorhandenen Belege nach Öffnung des bereits erwähnten Familienarchivs (vgl. S. 61, Anm. 1) zu übersehen sind.

Ein ungefährer Anhalt ist bei dem „Journal des Luxus und der Moden" zu gewinnen. Um die Interessenten zum Inserieren zu ermuntern, nahm Bertuch vom Jahre 1787 an in das Intelligenzblatt Anzeigen von 18 Zeilen oder ½ Oktav-Seite unentgeltlich auf. Wahrscheinlich erhielt er daraufhin solchen Zulauf, daß er von 1790 ab wieder eine neue Taxe festsetzte. Jetzt kostete die Petitzeile 8 Pfennig sächs. Jedes Intelligenzblatt umfaßt etwa 16 Seiten zu 42 Zeilen. Jede Seite ergab also rund 1 Taler Gebühren, mithin jede Nummer 16 Taler, jeder Jahrgang rund 192 Taler. Das war immerhin eine Einnahme, die beträchtlich war, zumal die Anzeigen ständig zunahmen; schon 1800 hatte das einzelne Intelligenzblatt oft 20, 24 und 30 Seiten Umfang. Aber auch noch auf andere Weise wußte Bertuch seine Einnahmen zu steigern. Er übernahm es, Verkaufsgegenstände gegen „höchst mäßige Insertionskosten" in Kupfer stechen und für das Intelligenzblatt abdrucken zu lassen — eine wirtschaftliche Reklame, die man damals sonst noch kaum kannte.

Seit etwa 1800 verschwanden die rein kaufmännischen Anzeigen aus dem Modejournal. Das mochte mit den aufgetretenen Handlungs- und ökonomischen Zeitungen zusammenhängen, die nun als Fachblätter diese Anzeigenvermittelung übernahmen. An ihre Stelle traten Bücheranzeigen, die von zahlreichen Verlagsbuchhandlungen eingesandt wurden. Jedoch lehnte

Bertuch alle Rezensionen ab, da es seit kurzer Zeit Mode geworden war, daß einzelne Buchhandlungen förmliche Rezensionen anstatt der gewöhnlich üblichen, einfachen Inhaltsangaben machten oder machen ließen und sie gegen die Insertionsgebühren zum Einrücken an die Expedition sandten. Diesen Unfug wollte er in seinen Journalen nicht dulden.

Wie hoch Bertuch selbst die Bedeutung der wirtschaftlichen Reklame stellte, geht aus den unzähligen Anzeigen hervor, mit denen er für seine eigenen Verlagsartikel in allen Zeitungen, Journalen und selbst in verschiedenen Intelligenzblättern warb. Unermüdlich schickte er Exemplare seiner Zeitschriften an Bekannte und Freunde, ließ sie rezensieren, empfehlen und forderte zum Kauf oder Abonnement auf. In den meisten Zeitungen jener Zeit sind Anzeigen des „Fürstl. privileg. Industrie-Comptoirs zu Weimar" zu finden.

Wie gewaltig dieses Unternehmen mit der Zeit geworden war, und welche Arbeitslast infolgedessen auf Bertuch als dem verantwortlichen Leiter häufig ruhte, beweist ein Brief, den er am 30. November 1805 nach Dresden an Böttiger richtete[1]): „In der Tat, liebster Freund, habe ich jetzt manche Sorgen und kummervollen Stunden über meine Geschäfte, welche der totale Mangel an barem Gelde und das Stocken und Außenbleiben aller Zahlungen in und seit der Michaelis-Messe, unendlich schwierig machen. Ich habe wöchentlich an 500 Rheintaler Arbeitslohn zu zahlen, und nirgends ist bares Geld! Das ist eine abscheuliche Lage. Auf eine Unterstützung von oben herab — obgleich ich über

[1]) Öffentliche Bibliothek, Dresden.

450 Menschen in Weimar ernähre — kann ich garnicht rechnen".

Dies waren aber nur vorübergehende Sorgen, die ihren Grund in der unsichern politischen Lage Ende 1805 hatten. Das Industrie-Comptoir überstand trotz alledem die kommenden Jahre und erreichte nach den Freiheitskriegen wieder einen besonderen Aufschwung.

Beurteilt man die wirtschaftlichen Tendenzen, denen diese Zeitschriften — abgesehen vom Buchhandel — dienstbar gemacht wurden, so handelte es sich hier um Waren, die aus den sogenannten Manufakturen und Fabriken hervorgingen. Schon aus der Art der Waren (Tapeten, Gipsbüsten, Glas, Luxus- und Modeartikel) ist ersichtlich, daß sie nicht von zunftmäßigen Handwerkern hergestellt wurden. Da sie auch nicht zum Bedarf der Stadt und des Landes notwendig waren, gingen sie meist außer Landes. Ihr Angebot erfolgte dementsprechend auch in diesen Zeitschriften, die überall verbreitet und gelesen wurden. Eine Anzeige im lokalen Intelligenzblatt hätte ihrem Absatz kaum genützt.

Eher als im Intelligenzblatt tritt hier in Zeitschriften das Bestreben zutage, Produzenten und Konsumenten zusammen zu bringen. Es sind die ersten Anzeichen der Volkswirtschaft: an die Stelle der Kundenproduktion tritt die Warenproduktion! Die in den Fabriken reichlich vorhandene Ware mußte abgestoßen und Absatzmöglichkeiten für sie gesucht werden. Durch diese Entwickelung des Wirtschaftslebens wurde auch in das Zunftwesen die erste Bresche gelegt und der Gewerbefreiheit, die sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts durchzusetzen beginnt, die Wege gebahnt.

c) Andere Zeitschriften.

Im Zusammenhang mit diesen kameralistischen Strömungen stand auch eine periodische Wochenschrift, die im Juli 1786 im Verlag Hoffmann gegründet wurde. Sie hieß „Weimarisches Magazin", und sollte zur Beförderung der Ökonomie, Policey, Statistik und des Handels dienen. Es hieß ausdrücklich, daß die minder interessanten gerichtlichen Anzeigen, Ediktalien, Steckbriefe und andere Anzeigen fortbleiben sollten. Dazu war das Intelligenzblatt da. Dafür wurden Reisebriefe, Länderbeschreibungen und Erfindungen gebracht. Auch über Opern, Theater, Bücher und Journale wurde berichtet, wofür u. a. Jagemann und Vulpius Beiträge lieferten. Aber was sollte eine vorwiegend ökonomische Zeitung jetzt in Weimar? Die Wechsel- und Geldkurse, die Getreidepreise aus den verschiedensten Städten, welche das Magazin in mehreren Spalten brachte, waren schon im „Weimarischen Wochenblatt" zu finden. Diese eine Veröffentlichung genügte bei dem geringen Handel vollkommen. Zwei Blätter hielt sich der Bürgersmann oder Bauer nun schon gar nicht. Und die Gebildeten hatten seit kurzem Bertuchs Modejournal, das bei weitem reizvoller für sie war. Das Magazin mußte deshalb von vornherein zum Untergang bestimmt sein. Trotz seines niedrigen Preises — der Jahrgang kostete 2 Taler — ging es auch schon nach wenigen Monaten ein. Auf der Bibliothek in Weimar befindet sich als letztes Stück die Nummer vom 27. 12. 1786 (Nr. 26). Die Wochenschrift muß aber noch etwa bis Mitte 1787 bestanden haben, da das

Register noch Seitenzahlen bis über 800 aufweist, der vorhandene Band aber nur 416 Seiten umfaßt.

Weit mehr Erfolg hatte eine vornehmlich literarische Zeitung, die zwar den Namen Weimars trug, aber weit darüber hinaus ihren Leserkreis hatte. Es war das die in italienischer Sprache erschienene „Gazetta di Weimar", die am 6. Januar 1787 erstmalig von dem Bibliothekar an der Weimarischen Hofbibliothek, Christ. Jos. Jagemann, herausgegeben wurde. Jede Woche brachte ein Blatt im Umfang von 8 Seiten.

Jagemann war ein ausgezeichneter Kenner und ein Liebhaber der italienischen Sprache und Kultur. Um diese dem gebildeten Deutschland zu vermitteln, begründete er dieses Unternehmen. In Deutschland und besonders in Weimar war das Interesse für Italien und die antike Kultur durch Goethe, der sich auf seiner ersten italienischen Reise befand, von neuem belebt. Seine Hauptarbeit wandte Jagemann daher dem literarischen Teil zu. Er besprach selbst die zeitgenössische italienische Literatur, daneben erschienen zahlreiche Gedichte und Novellen, welche die Schönheit und den Glanz der italienischen Landschaft und einzelner Städte verherrlichten. Auszüge aus italienischen Zeitungen und Berichte über die kulturellen und staatlichen Verhältnisse des Landes machten die Zeitschrift zu einem lebendigen Spiegelbild des damaligen Italien.

Jagemann erbot sich auch dazu, Aufträge auf italienische Bücher und Kupferstiche zu vermitteln. Er führte die Wünsche der Besteller in Italien aus und ließ die Bücher in großen Packungen zweimal im Jahr, im Frühjahr und Herbst, auf dem Seewege kommen.

Die Besteller erhielten dann ihre Bücher zum italienischen Preis mit Hinzufügung des Portos, das sehr mäßig war, und mit 10% Provision.

Die Zeitung hatte in ganz Deutschland ihre Bezieher, aber ihre geringe Zahl vermochte nicht die Unkosten zu decken. Der Herausgeber schloß die letzte Nummer vom 27. 6. 1789 mit den bescheidenen Worten: „Ich bitte um Verzeihung, wenn dieses das letzte Blatt sein wird; gleichzeitig teile ich den Beziehern mit, sich von den Postanstalten die Hälfte des Jahresbezugspreises wieder geben zu lassen, wenn sie den ganzen Jahrgang voraus bezahlt haben, da ich nur für das erste Halbjahr den Bezugspreis erhielt".

Eine vorwiegend literarische Zeitschrift, die aber schon durch Einbeziehung der Politik dem Zeitgeschmack Rechnung zu tragen versuchte, war ein bisher noch nicht beachtetes Journal, das seit Januar 1800 bei den Gebrüdern Gädicke in Weimar erschien. Es trug den Titel: „Janus", eine Zeitschrift auf Ereignisse und Tatsachen gegründet. Das Titelblatt schmückte der doppelköpfige Janus, auf der einen Seite ein alt gewordenes Gesicht, das in die Vergangenheit schaute, auf der andern das ewig junge Antlitz der Gegenwart und Zukunft.

Monatlich erschien ein Stück von 5—6 Bogen in Groß-Oktav, der Preis für den ganzen Jahrgang betrug 4 Rheintaler. Wer der Herausgeber dieses Journals war, konnte nicht festgestellt werden. Auch die Verfasser der darin enthaltenen Erzählungen und Briefe unterzeichneten nur selten ihre Namen. Der Inhalt wurde zumeist einer ausgebreiteten Korrespondenz entnommen

und bezog sich auf „Tatsachen und Ereignisse in der bürgerlichen, politischen und literarischen Welt". Wahrheit, Freimütigkeit und Laune sollten das Gepräge der Aufsätze sein.

Die Zeitschrift war sehr unterhaltend und wurde jeder Geschmacksrichtung gerecht. Leichte Erzählungen wechselten mit politischen Briefen ab, die sich vornehmlich mit der französischen Revolution und der Persönlichkeit Bonapartes beschäftigten. Die klassische Literatur wurde besonders beachtet, und einzelne Szenen aus Goethes „Mahomet" und Schillers „Wallenstein" und andern deutschen Dramen abgedruckt. Ein Hauptgebiet der Zeitschrift war das Theater, und zahlreiche Korrespondenzen berichteten über die verschiedensten deutschen Bühnen. Besonders eingehend wurde das Weimarer Hoftheater behandelt.

Mit dem Jahr 1801 ging die Zeitschrift in den Jenaischen Verlag des Buchhändlers Göpfert über. Der Herausgeber blieb in Weimar.

Als letzte Zeitschrift gehört hierher noch die seit dem Januar 1805 „mit höchster Erlaubnis" erschienene Wochenschrift „Weimarisches Allerlei". In Quart erschien jeden Sonnabend ein Stück von 8 Seiten, der Jahrgang kostete 2 Thaler. Es sollte eine Wiedererweckung der längst überlebten moralischen Wochenschriften sein, eine Art Familienzeitschrift, die unterhaltend und erzieherisch wirken wollte. Sie brachte daher nur Novellen, Gedichte, Anekdoten, kleine Artikel, Rätsel und ähnliches mehr. Die Politik fehlte ganz.

Naturgemäß war für solche Journale in dieser Zeit gar kein Interesse mehr vorhanden. Dazu kamen jetzt

die geschäftlichen Schwierigkeiten, die schon Bertuch Verdruß bereiteten. Aus allen diesen Gründen konnte sich diese Zeitschrift nicht lange halten, trotzdem der große Vulpius ihr „unsterblicher Verfasser“ [1]) gewesen sein soll. Auf der Bibliothek in Weimar fanden sich nur die Nummern 22, 37—44 (letztere vom 9. Nov. 1805) vor.

d) Die politischen Tendenzen.

Weimar selbst wurde erst am Ende dieses Zeitabschnittes unmittelbar in die politischen Umwälzungen hineingezogen. Das Interesse für die politischen Fragen war — wie bereits dargelegt — schon durch das Zeitalter Friedrichs des Großen angeregt. Gerade der Herzog Carl August spielte in der politischen Geschichte der 80er Jahre eine besondere Rolle, und sein Hof war der Mittelpunkt großer politischer Pläne. Daß selbst ein Mann wie Goethe sich dem politischen Leben nicht entziehen konnte, beweist, wie das gebildete Weimar neben den künstlerischen Interessen auch die Weltgeschichte nicht vergessen hatte.

Diesen allgemeinen Bildungsinteressen war — wie ebenfalls schon gesagt — in erster Linie Wielands „Merkur“ gerecht geworden. Wenn er auch vornehmlich die ästethische und literarische Richtung pflegte, so behandelte er doch auch von Anfang an politische Fragen, allerdings nur in Form von chronologischen Übersichten und Revuen, ohne jedes politische Raisonnement.

Erst die französische Revolution gab dem „Neuen teutschen Merkur“, wie er von 1790 an hieß, politische

[1]) Karl von Stein in einem Brief an seine Mutter (Düntzer, a. a. O. II, 255).

Bedeutung. Diese Bewegung wurde von vielen aufgeklärten Männern[1]) in Deutschland mit Begeisterung begrüßt. Auch in Weimar verschloß man sich ihren fortschrittlichen Ideen nicht. Der Rufer im Streite wurde jetzt Wieland in seinem „Merkur", der in den Jahren 1789—1795 auch politisch die führende Zeitschrift in Deutschland wurde. Für ihn war Frankreich nunmehr das wahrhafte Ideal, die Souveränität des Volkes erschien ihm als die höchste Staatsauffassung. Er preist die Revolution als Beginn einer neuen Epoche der Menschheit.

„Ein lebhafteres Tempo beherrschte den Redaktionsbetrieb. Posttäglich liefen die Nouveautés du jour in Gestalt von Flugblättern, Broschüren und Journalen (Moniteur, Journal de Paris, Chronique du mois, Annales politiques) von Paris über Straßburg ein. Fast jedes Monatsheft brachte eine oft entschiedene, immer aber wohl abgewogene Meinungsäußerung des Redakteurs. Im Nu war auch der „Merkur" im politischen Fahrwasser, in dem alle fortschrittlichen Journale in deutscher, französischer oder unsichtbarer Cosmopolitenflagge segelten" — so stellte sich der Charakter des Merkur im Jahre 1789 dar[2]).

Durch die Aufsätze Wielands wurde das Interesse an den welterschütternden Ereignissen der Gegenwart in Weimar von neuem angeregt. Es blieb weiterhin vorherrschend und drängte selbst die literarischen Bestre-

[1]) Schiller war so fortgerissen, daß ihm die deutschen Zeitungen mit ihren spärlichen Nachrichten nicht genügten. Er hielt sich daher den „Moniteur", das französische amtliche Organ.

[2]) Wahl, a. a. O. S. 204.

bungen in den Hintergrund. Das war deutlich zu erkennen an der Ablehnung, die sowohl Schillers „Horen" (1794—1797), als auch Goethes „Propyläen" (1798 bis 1800) zu Teil wurde, weil sie die Politik aus ihrem Programm ausschalteten. In ganz Deutschland war der Höhepunkt der ästethischen Liebhaberei überschritten; das beginnende 19. Jahrhundert führte in die großen europäischen Verwickelungen und damit in die unmittelbare Anteilnahme am politischen Leben hinein.

Kaum eine Zeitschrift konnte sich vor den Weltvorgängen und vor dem gewaltigen Manne, der sie nun zu beherrschen begann, verschließen. Selbst im „Weimarischen Wochenblatt" regte es sich; die Nachrichten aus Paris und Frankreich füllten ganze Spalten. So wurde z. B. am 20. Januar 1800 aus Paris über eine Flugschrift: „Das bonapartisierte Frankreich" berichtet: „Mit welcher Strenge verfolgte nicht Bonaparte den Römischen Nepotismus während seines Aufenthaltes in Italien? Der französische Bonapartismus übertrifft den römischen Nepotismus jetzt schon weit. Die zahlreiche Familie des Groß-Konsuls und seine Anhänger teilen sich in alle Stellen; alles wird bonapartisiert; er wird auch bald mit der neuen Generalität verwandt sein; die Menschen bleiben sich immer in vielen Stücken, nur unter andern Formen und Benennungen, gleich".

Die erste Zeitschrift in Weimar, welche die aufsteigende Macht Napoleons zu fühlen bekommen sollte, war „London und Paris". Obwohl sie Anfangs jede politische Erörterung abgelehnt hatte, brachte sie im 12. Band des Jahrganges 1803 eine Karrikatur, welche die Knebelung der Presse in Frankreich darstellte. Zu-

gleich wurde ein in Frankreich streng verbotenes Buch „Napoleon Bonaparte" als „heilsam" gerühmt. Das genügte der französischen Regierung, um das Journal mit einem Verbot zu bedrohen.

Der Weimarischen Regierung standen keine Schutzmittel gegen den übermächtigen französischen Herrscher zur Verfügung. Bertuch verlegte aber schnell entschlossen im Jahre 1804 „London und Paris" in seine neugegründete Societäts-Buch- und Kunsthandlung nach Halle, wo er sich unter dem Schutz der preußischen Regierung sicher fühlte.

Dem Aufstieg Napoleons und seiner immer fühlbarer werdenden Macht stand man in Weimar mit gemischten Gefühlen gegenüber. Auf der einen Seite empfand man die Knebelung der staatlichen und rechtlichen Freiheit und das eigenmächtige Schalten und Walten in den deutschen Staatsgebieten durch den emporgekommenen, französischen Kaiser als drückend und unerträglich, auf der andern Seite machte sich gerade in Weimar eine Franzosenschwärmerei geltend, die sich nur erklären läßt aus der Bewunderung und Furcht, die jene Kreise gleichermaßen vor Napoleon empfanden. Die ersten Weimarischen Staatsmänner nannten ihn den „Großen", den „Einzigsten". Goethes Stellung Napoleon und den Franzosen gegenüber ist bekannt; Wieland, der einen weiten Blick für politische Fragen hatte, sah die Ohnmacht der deutschen Staaten ein und wünschte, daß der große Kampf zugunsten Frankreichs ausgetragen werde.

Ganz anders war die politische Gesinnung des Herzogs. Carl August war durchaus deutscher Patriot,

und er ließ sich in seinen Ansichten auch nicht durch die drohenden Schatten des großen Emporkömmlings schwankend machen. Freilich war er als kleinstaatlicher Fürst machtlos und mußte sich wohl oder übel Napoleons Weisungen fügen, um nicht sein Land und seinen Thron aufs Spiel zu setzen. Zum ersten Male hatte er diesen Eingriff in innere Angelegenheiten durch die Belästigung von „London und Paris" erfahren! Er sah das Heil für Deutschland nicht in Napoleon, sondern allein in dem Zusammenschluß aller deutschen Staaten, wie er ihn schon im deutschen Fürstenbund von 1786 angestrebt hatte. Diese Ansicht des Herzogs teilte von Anfang an der aufrechte Bertuch. Er hatte die Verhimmelung Napoleons nie mitgemacht; er beurteilte alle Ereignisse und Vorgänge mit nüchterner Klarheit und Sachlichkeit.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus nahm er im Januar 1805 eine politische Zeitschrift in seinen Verlag, deren Herausgeber ihm an objektiver Beurteilung nahe stand. Bertuch war besonders stolz auf dieses neue Kind seines Industrie-Comptoirs, und viele seiner Bekannten ersuchte er um Mitteilung, wie die neue Zeitschrift aufgenommen sei.

Diese „Zeiten" oder Archiv für die neueste Staatengeschichte und Politik war eine Monatsschrift in Oktav. Jede Nummer umfaßte 120 bis 140 Seiten. Besonders reich war die Ausstattung mit Karten von großer Vollendung, die in Bertuchs geographischem Institut hergestellt wurden.

Es handelte sich hier um ein Unternehmen ganz neuer Art: zum ersten Male wurden die unmittelbaren

Ereignisse der Gegenwart kritisiert, beleuchtet, in ihren Zusammenhängen dargestellt und zergliedert. Auch Aufsätze über Regenten und Höfe, über Ministerien und Kabinette, Staatsverfassung und Verwaltung brachte die Zeitschrift. Sie kann als eine der ersten und besten historisch-politischen Zeitschriften auf wissenschaftlicher Grundlage bezeichnet werden. Noch heute wird man die einzelnen Abhandlungen mit Genuß und Gewinn lesen. Sie hat vor allem für die Kriegsjahre 1805—1807 dokumentarischen Wert, weil sie alle Kriegsberichte, Bulletins, Aufrufe der französischen und preußischen Armeen brachte. Auch der Verlauf der Feldzüge, der Stand der Armeen wurde an Hand von umfangreichem Kartenmaterial eingehend besprochen.

Die Herausgabe besorgte der Professor an der Universität Halle, C. D. Voß, ein Mann von außerordentlicher Klarheit und größter Unparteilichkeit. Er wollte die „Zeiten" nicht zu einem Schauplatz für „politische Hahnengefechte" machen. Sein Streben nach Sachlichkeit ging soweit, daß er es z. B. vermied, während des tobenden dritten Koalitionskrieges für eine der kämpfenden Parteien einzutreten. Bei der Beurteilung des Preßburger Friedens schreibt er: „Es kann kein erfreuliches Geschäft sein, die Bedingungen des Friedens darzustellen, der auf der einen Seite von der Hand des Unedelmuths, und auf der andern von der Erniedrigung unterzeichnet wurde, und in welchem eine mächtige Monarchie. ja ein ganzer Welttheil seine Schande erblickt. Indessen erlaubt die Pflicht nicht, sich ihm zu entziehen, auch nicht ein milderndes Licht über dieselben zu verbreiten"[1]).

[1]) Zeiten, März 1806, S. 251.

Auch der Untergang des tausendjährigen Reiches wurde nicht bejammert, sondern die historische Notwendigkeit dieses und der sich daraus ergebenden Ereignisse mit voller Klarheit erkannt. Voß schrieb darüber: „Wer von dieser Täuschung (der Macht des deutschen Reiches) frey war, den konnte seine Auflösung nicht sehr befremden; auch konnte sie kein sehr eingreifendes Interesse erregen. Das Einzige, was dabey verwunderungswerth schien, war, daß sie nicht ein halbes, ein ganzes, ja bereits zwey, drey Jahrhunderte früher erfolgt war" [1]).

Naturgemäß fand die Zeitschrift vor allem in wissenschaftlichen und gelehrten Kreisen Beachtung. In Weimar wurde sie von fast allen Staatsmännern und Ministern gelesen. Als der Herzog Ende 1806 dem Rheinbunde beitrat, wurde auch der Verlag der „Zeiten" nach Halle verlegt.

Sachsen-Weimar war — ebenso wie Preußen — im Jahre 1805 noch nicht unmittelbar an dem großen europäischen Konflikt beteiligt. Obwohl alle Geschäfte schwer unter dem Druck der Zeit litten (vgl. den Seite 64 angeführten Brief Bertuchs), war es noch ein Friedensjahr für Weimar. Aber es gehörte Mut dazu, jetzt eine neue Zeitschrift zu begründen. Gleichwohl erblickte in Weimar am 1. Januar 1806 eine Zeitung für Poesie, Kunst und neuere Zeitgeschichte das Licht der Welt. Ihr Herausgeber, der Hofrat J. D. Falk, nannte sie „Elysium und Tartarus". Es war in erster Linie eine literarische Streit- und Zeitschrift, die alle jene harmonisch Gesinnten in Weimar

[1]) Zeiten, September 1806. S. 365.

zu einer engeren Verbindung zusammenfassen wollte, denen das Interesse einer besseren und höheren Menschenbildung am Herzen lag. Daneben trat die Zeitschrift[1]), die wöchentlich zweimal erschien, mit großer Entschiedenheit für Deutschlands Einheit und Freiheit ein. Ihre eigentliche politische Bedeutung erlangte sie jedoch erst vom September 1806 ab, als der Krieg mit Frankreich unmittelbar bevorstand. Besonders die Sprache gegen den Unterdrücker Napoleon wurde immer kühner. Ein Gespräch im Reich der Toten zwischen Friedrich dem Großen und seinen Generälen wurde geschildert. Auf die Frage Ziethens, was jetzt wohl die erste und heiligste Pflicht der deutschen Nation sei, antwortete der König: „Frankreich mit seinen eigenen Waffen zu bekriegen suchen".

Aber diese patriotischen Ausbrüche, so gut sie gemeint waren, mußten dem Lande und der Stadt unendlich schaden, wenn sie Napoleon zu Gesicht bekam. Aus diesem Grunde sah sich Goethe, der die schwerwiegenden Folgen derartiger Schreiberei voraussah, zu seinem scharfen Billett an den Staatsminister von Voigt veranlaßt, der sodann das Weitererscheinen der Zeitschrift verbot[2]).

[1]) Näheres siehe bei Geiger, a. a. O. S. 161 ff.

[2]) Goethe am 13. Oktober 1806 an Voigt: „Ew. Exzellenz ersuche ich in so vielen Übeln, daß Falken verboten werde, sein „Elysium und Tartarus" fortzusetzen, bey Strafe gleich eingesteckt zu werden. Die Übel sind zu groß, so ein Narr kann sie noch vermehren." Briefe, Weimarer Ausgabe, Bd. 13, S. 435.

Voigts Erlaß vom 13. Oktober lautete: „Dem Rath Falk wird hierdurch (vielleicht zum Überfluß, da derselbe gewiß nicht so unvorsichtig sein dürfte) die Verordnung gegeben, sein Journal nicht fortzusetzen. Außerdem wird die Vertretung auf seine eigene Persön-

Damit war es mit der politischen Publizistik auf lange Jahre hinaus in Weimar vorbei. Die Verhältnisse waren in jeder Beziehung unsicher [1]), eine freie Meinungsäußerung war gar nicht möglich. Die Stadt und das Land litten schwer unter den Schrecken des Krieges. Jeder weitere Widerstand war nutzlos. Der Herzog Karl August, der auf ausdrücklichen Wunsch Friedrich Wilhelms III. die preußische Armee verlassen hatte, trat am 15. Dezember 1806 dem Rheinbunde bei und schenkte dadurch seinem Lande den Frieden. Damit begann aber auch die Knebelung alles geistigen Lebens, die auch Weimar während der nun folgenden Fremdherrschaft zu spüren bekam.

Trotz der geschilderten vielseitigen Publizistik in Weimar während dieser ganzen Zeit hatte sich niemand zur Begründung einer großen politischen Tageszeitung entschließen können. Der rechte Mann dazu wäre wohl Bertuch gewesen. Anscheinend hat er sich auch mit solchen Plänen getragen [2]), aber vorerst ließen

lichkeit ganz allein zurückfallen und diese Verordnung zur diesseitigen Legitimation gereichen." Geiger, a. a. O. S. 165. Anm.

[1]) Als „Elysium und Tartarus" im Oktober 1806 ihr Ende fand, wollte Falk den Bibliothekar Fernow überreden, die Zeitschrift wieder neu zu erwecken und fortzusetzen, wofür Fernow sich aber bedankte. „Lieber wollte ich selbst in den Tartarus hinabsteigen, als in diesen calabrischen Zeiten ein Journal auf meine eigene Faust redigieren. Wahrscheinlich würde ich Verfasser, Käufer und Leser zugleich sein müssen. Dieu m'en garde! Das ist zu viel auf einmal." Böttiger, a. a. O. II, S. 259 und 276.

[2]) Bertuch sprach in einem Brief an Schütz, dem Herausgeber der „Allgemeinen Literatur-Zeitung", von einem „ganzen Plan", von dem das Modejournal nur ein Stück sei. Scheinbar strebte er danach, durch seine Zeitschriften eine herrschende Stellung in Deutschland zu gewinnen. Feldmann, a. a. O. S. 93.

ihm seine andern Geschäfte keine Zeit dazu. So haben ihm andere den Rang abgelaufen.

Im Jahre 1798 gründete Cotta seine „Allgemeine Zeitung", und Rudolf Zacharias Beckers „Nationalzeitung der Deutschen" in Gotha wurde das Blatt, das vom patriotischen Standpunkte aus den Kampf „gegen die Gleichgültigkeit der Deutschen untereinander" aufnahm. Beide Zeitungen wurden in Weimars gebildeten Kreisen eifrig gelesen. Auch Goethe hielt die „Allgemeine", wennschon er oft monatelang nicht hineinsah. Wer sich aber mehr als der große Dichter für Politik interessierte, dem boten diese beiden Blätter reichen Stoff. Ihre Verbreitung und Blütezeit um die Jahrhundertwende zeigt, daß die politische Tageszeitung über die periodische Presse den Sieg davon getragen hatte, bis die französische Fremdherrschaft auch ihre freie Meinungsäußerung brutal unterdrückte[1]).

Den Bedürfnissen des kleineren Bürgertums und der niederen Volksschichten genügte noch immer das „Weimarische Wochenblatt" vollauf. Obwohl sie am schwersten unter der Not der Zeit zu leiden hatten, war auch bei ihnen das Interesse an den Weltereignissen nicht eingeschlafen. Erst als auch die politischen Nachrichten aus dem Wochenblatte fortbleiben mußten und ihr dadurch das letzte Mittel zu ihrer Unterhaltung genommen wurde, gaben es viele auf[2]).

[1]) Seit dem Jahre 1805 geriet auch die „Allgemeine Zeitung" völlig unter französischen Einfluß.

[2]) Vgl. S. 84.

8. Kapitel.

Die Weimarische Presse in den Jahren 1807—1820.

a) Das „Weimarische Wochenblatt".

Die bisherigen „Wöchentlichen Weimarischen Anzeigen" (vergleiche Seiten 42—51) waren insofern verändert in das neue Jahrhundert eingetreten, als sie vom Jahre 1801 ab den Titel „Weimarisches Wochenblatt" erhalten hatten. Im übrigen war alles unverändert geblieben. Der Rat Schrön, der das Blatt seit 1757 herausgab, war noch immer in gleicher Weise tätig. Der amtliche Charakter, den das Blatt seit dem Regierungsantritt des Herzogs Carl August angenommen hatte, wurde schon vorher gestreift (vergl. S. 47); er wurde jetzt dadurch offiziell bestätigt, daß sich die Regierung des Wochenblattes annahm. Sie sorgte vor allem dafür, noch bei Lebzeiten des alten Schrön einen geeigneten Nachfolger sicherzustellen. In einem Schreiben[1]) des Staatsministers v. Voigt vom 18. November 1801 hieß es, daß der Herzog beschlossen habe „zu einiger Convenienz der zubezüglichen Redaktion und besonders in Rücksicht auf Verbesserungen dieses Wochenblattes nach dem Ableben des Rats Schrön die Redaktion dem Cammer-Archivar Kruse konzessionsweise zu überlassen, weil sich Ihro Durchlaucht hiervon einen

[1]) Weimarisches Archiv Bd. 7683.

großen Erfolg versprechen. Vor der Hand soll die Sache silentieret werden". Auf Wunsch des Herzogs mußte Kruse sich sogleich in die Redaktion und die Verbreitung des Wochenblattes einarbeiten.

Auch für den Druck sorgte jetzt die Regierung, indem sie ihn dem Hofbuchdrucker Glüsing übertrug. Schon seit 1759 bestand ein Vertrag [1]), der Glüsing verpflichtet, alle Patente, Mandate, Edikte, öffentliche Ausschreiben, allgemeine Gebote und alles, was von ihm an Herrschaftlichen Sachen gedruckt würde und nur einen Bogen ausmachte, gegen Abreichung des erforderlichen Papieres umsonst zu drucken. Alle Schriften mußte er zensieren lassen, und je ein Exemplar der Regierung, dem Consistorium und der Weimarer Kirchen-Bibliothek einreichen. Dafür erhielt er die Erlaubnis, mit Büchern zu handeln, alle Schulbücher in Weimar und auf dem Lande allein zu drucken und außerdem bezog er jährlich 75 Eimer Bier aus der Schloßbrauerei für sein Haus. Dieser Vertrag wurde am 21. April 1803 erneuert, in der Form, daß Glüsing „den Druck des hiesigen Wochenblattes, insofern es seine jetzige Gestalt behält, desgleichen der öffentlichen Auktions-Katalogen, der Programmen, Kirchenzeddel allein besorgen solle, unter der Voraussetzung und dem Vorbehalt, daß die Inhaber der Hofbuchdruckerey billige Preise machen".

Erst die Fremdherrschaft der Franzosen rief auch im Wochenblatt eine wichtige Änderung hervor: es mußte alle Nachrichten fortlassen, die es bis dahin anderen Blättern entnahm; dadurch verlor es noch die letzte Anregung, die es seinen Lesern hatte bieten können.

[1]) Weimarisches Archiv Bd. 7575.

Mitbestimmend für diesen Entschluß war die Lage, in der sich die Weimarische Regierung befand.

Napoleon war dem Herzogtum keineswegs freundlich gesinnt. Nicht mit Unrecht vermutete er in Carl August einen heimlichen Gegner seiner Herrschaft, mehrere Handlungen des Herzogs hatten in ihm den Verdacht erregt, als wollte er Weimar zum Herde einer antifranzösischen Bewegung innerhalb des Rheinbundes machen. Die französische Behörde in Erfurt, das Frankreich für sich behalten hatte, um im Herzen Deutschlands einen sicheren Übergangsposten zu haben, hatte dem Herzog ihre Beschwerden und Warnungen schon im Frühjahr 1808 mitteilen lassen. Im Jahre 1809 erließ der französische Geschäftsträger Bacher in Frankfurt a. M. ein Zirkular[1])

[1]) Circulaire, Francfort, 1. II. 1809. Monsieur le Conseiller intime! Sa Majesté Impériale et Royale a été frappée du mauvais esprit qui continue de présider à la rédaction de la plupart des feuilles publiques imprimées en Allemagne, et même dans les Etats confédérés du Rhin, elle vient en conséquence de m'ordonner de nouveau, d'exercer la surveillance la plus suivie et la plus assidue sur toutes les Gazettes qui se publient dans les Etats avec lesquelles je suis en rélation officiel. Sa Majesté est tellement persuadée des facilités que ses agens trouveront à cet égard dans toute l'étendue de la Confédération du Rhin qu'elle les a rendus personellement reponsables de tous les articles dangereux ou perfides, dont ils auroient négligé de prévenir l'insertion dans les feuilles publiques qui s'y impriment. Apres avoir vu épuiser tous les moyens que la censure met à la disposition des Souverains, il ne me reste plus, qu'à proposer aux Gouvernements des Etats de la Confédération du Rhin, d'adopter la derniere et seule mésure. — Qui puisse devenir efficace dans les circonstances actuelles, c'est de statuer, que tout Gazetier, qui inserera dans sa feuille un article „qui ne sera pas dans le sens de l'intérét politique du Protecteur et des Etats confédérés, en deviendra perso-

an alle dem Rheinbund angehörenden Regierungen, in dem jedem Zeitungsschreiber Unterdrückung und Bestrafung angedroht wird, wenn er etwas gegen die Politik des Rheinbundes schriebe.

Darauf verfügte[1]) Carl August am 16. Februar 1809 daß in die „Wöchentlichen Anzeigen" zu Weimar und Jena durch Einrücken bekannt gemacht werde, daß „auch in den Herzoglichen Landen jeder Zeitungsschreiber welcher in das von ihm redigierte öffentliche Blatt einen politischen Artikel aufnimmt, der nicht dem Sinne des politischen Interesses des erhabenen Protektors und der conföderirten Staaten angemessen ist, dafür persönlich verantwortlich seyn, sein desfalsiges Privilegium verlieren, und daß folglich die von ihm verlegte Zeitschrift unterdrückt werden soll".

Am 5. August 1810 wurde durch ein Dekret Napoleons die Zensur offiziell eingeführt. Schon vorher, am 3. August, erschien ein kaiserliches Edikt, nach dem es in Frankreich in Zukunft nur noch eine Zeitung in jedem Departement geben sollte, und gleichzeitig verlangte Napoleon, daß auch die Rheinbundfürsten ähnliche Maßnahmen träfen. Alle diese Umstände bestimmten die Weimarische Regierung, klare Verhältnisse zu schaffen.

---

nellement reponsable, s'exposera à perdre son privilege, et avoir par consequent sa Gazette supprimée". — Je vous prie, Monsieur le Conseiller intime, de vouloir bien mettre ma lettre sous les yeux de Son Altesse Serenissme, et de me faire connaitre les dispositions qu' elle aura jugé à propos de faire, pour concourir à l'exé-cution de la mésure qui en fait l'objet, à fin que je puisse en réndre compte à ma cour. J'ai l'honneur .... Weimarisches Archiv Bd. 5384a.

[1]) Weimarisches Archiv. Bd. 5384a.

Sie ordnete daher an, daß die Wochenblätter zu Weimar und Eisenach vom Anfang des Jahres 1811 ab „unter einem schicklichen Titel" als offizielle Amtsblätter erscheinen sollten, da sie bisher „mehr für ein Privat-Institut zu achten gewesen sind und haben kein offizielles Ansehen gehabt. Da Wir dieses aber für notwendig und nützlich ansehen, damit, wenn jede Gemeinde ein Exemplar hält, die öffentlichen Verfügungen besser zur allgemeinen Kenntnis gelangen, wogegen die politischen Zeitungsartikel ganz wegbleiben können"[1]).

Welchen Nachteil diese Umgestaltung für den Herausgeber eines solchen Wochenblattes haben konnte, geht aus einer Beschwerde der Witwe Ramissin hervor, die den Vertrieb der „Eisenacher Nachrichten" hatte, welche ihr Sohn seit 40 Jahren herausgab. Dieses Blatt, das seit 1811 „Eisenachisches offizielles Wochenblatt" hieß wurde von vielen, die es schon seit 30 Jahren hielten, abbestellt, da es für sie ohne Nachrichteninhalt kein Interesse mehr hatte. Zudem nahmen die vielen Regierungsverordnungen den Platz fort, und bezahlte Privat-Anzeigen konnten deshalb nicht eingerückt werden. Um diesen Ausfall auszugleichen, verlangte die Besitzerin die Bezahlung der amtlichen Verordnungen und der standesamtlichen Bekanntmachungen (Getaufte, Copulierte), was ihr auch vom 2. August 1814 ab gewährt wurde[2]).

Nach obiger Verfügung begann also das amtliche Weimarische Regierungsblatt mit dem Jahr 1811. Die erste Nummer trug den Titel: „Weimarisches

[1]) Weimarisches Archiv. Bd. 5387 d.
[2]) Weimarisches Archiv. Bd. 5387 d.

offizielles Wochenblatt aufs Jahr 1811". Darunter fand sich die Bemerkung, daß ein Register „den Hauptinhalt an gesetzlichen Anordnungen und gemeinnützigen Aufsätzen" nachweist. An der äußeren Form hatte sich nichts geändert. Der Umfang jeder Nummer betrug meist vier, manchmal acht Seiten. Die Ausgabe des Blattes erfolgte, wie bisher, an den Weimarer Wochenmarkttagen, Mittwochs und Sonnabends. Für die Anzeigen war eine Gebühr zu entrichten, deren Höhe jedoch nicht bekannt ist. Das Jahres-Abonnement auf das Blatt betrug jetzt 1 Thaler 16 Groschen, eine einzelne Nummer kostete 5 Pfennige. Der Druck erfolgte in der Glüsingschen Hofbuchdruckerei, die im März 1813, nach Glüsings Tode, von seinem Schwiegersohne Christ. Friedrich Albrecht übernommen wurde und seitdem Albrechtsche Druckerei hieß. Herausgeber war jetzt Leopold Kruse, der den Titel eines Herzoglichen Rates und Hofmarschallamtsassessors hatte. Steuerrat Schrön war am 3. Januar 1811 gestorben; seine Todesanzeige stand im Wochenblatte vom 5. Februar 1811.

Von einer Redaktion im heutigen Sinne war natürlich auch jetzt noch keine Rede. Das einlaufende Material wurde zusammengestellt, wahrscheinlich von einem Beamten oder Sekretär aus Kruses Kanzlei; letzterer nahm sodann lediglich die Überprüfung vor. Die Gelder, die für das Blatt und die Anzeigen einliefen, waren sehr gering und gingen meist in Druckkosten und in Botenlohn auf. Ein etwaiger Überschuß konnte nur selten gebucht werden, meist mußte der jeweilige Redakteur sich um die Eintreibung der Gebühren noch persönlich kümmern.

So erschien z. B. nach Schröns Tode im Wochenblatt vom 18. Mai 1811 eine Mahnung an diejenigen Personen und Gemeinden, die Schröns Nachlaß noch Wochenblattsgelder oder Insertionsgebühren schuldeten.

An der Spitze der ersten Nummer stand eine Bekanntmachung (Publicanda), in der mitgeteilt wurde, daß auf Beschluß des Herzogs das bisherige „Weimarische Wochenblatt" geschlossen sei, und daß mit vorliegender Nummer vom 2. Januar 1811 „ein in öffentlichen Angelegenheiten offizielles Wochenblatt" erscheinen solle. Jede Gemeinde hatte die Verpflichtung, ein Exemplar desselben zu halten: „Ein Schultheiß oder Vorsteher jeden Orts soll das Wochenblatt in einer Gemeindeversammlung deutlich vorlesen oder vorlesen lassen" — hieß es in der Bekanntmachung. Und ferner: „Die Verbindlichkeiten der Gemeinden des Amts Jena und der einbezirkten Gerichte, das „Jenaische Wochenblatt" künftig zu halten, fällt weg, indem das „Weimarische Wochenblatt" das einzige offizielle seyn soll".

Die zahlreichen Bekanntmachungen der Regierung standen an der Spitze jeder Nummer. Es waren Verordnungen über Rekrutenaushebungen, Steuerleistungen, Kontributionen, epidemische Krankheiten, Seuchen usw. Ihnen folgten die Anordnungen der Unterobrigkeiten der Hauptstadt Weimar wie auch auswärtiger Gemeinden.

Diese Bekanntmachungen bildeten den offiziellen Teil des Wochenblattes, über den übrig bleibenden verfügte die Redaktion. Er umfaßte den Inseratenteil[1]) und die Rubrik „Haus- und Landwirtschaft". Über letztere ließ

[1]) Über den Inseratenteil wird im Zusammenhang gehandelt; vgl. S. 163 ff.

sich die Redaktion folgendermaßen aus: „Der jedesmal übrige Raum des halben Bogens wird mit gemeinnützlichen kurzen Aufsätzen und Nachrichten aus der Gesundheitskunde, Haus- und Landwirtschaft, über Handel und Gewerbe usw. angefüllt sein. Man wird dabei eine passende Auswahl von demjenigen, was über diese Gegenstände, in dahin einschlagenden deutschen und ausländischen Schriften, als neu oder weniger bekannt vorkömmt, beobachten, und nur solche Sachen mitteilen, die den größten Teil der Leser interessieren und vorzüglich auf unsere Gegend Bezug haben. Zugleich wird auf die jedesmaligen Jahreszeiten und Zeitverhältnisse insofern Rücksicht genommen, daß die gegebenen Nachrichten nur dann vorkommen werden, wenn sie zunächst anwendbar und nützlich sein können." So wurde hier den Lesern als Ersatz für die fortgefallenen politischen Nachrichten wieder etwas Nützliches und Neues geboten.

Besonderen Anteil nahm das Blatt naturgemäß an allen Ereignissen, die die herzogliche Familie betrafen. Durch Gedichte oder Huldigungsworte wurde die Geburt einer Prinzessin, der erste Kirchgang der Mutter, der Erbprinzessin von Weimar (15. November 1811) u. a. m. gefeiert. Diese Anzeigen eröffneten das betreffende Blatt und wurden dadurch gewissermaßen Vorläufer jener Rubrik, die sich unter der Bezeichnung „Vom Hofe" bis in unsere Tage in der amtlichen „Weimarischen Zeitung" an dieser Stelle erhalten hat.

Eine politische Haltung des Wochenblattes kam natürlich gar nicht in Frage. Einzelne Nachrichten, die auch gebracht werden mußten, gingen von dem französischen Oberbefehlshaber in Erfurt aus. So etwa die

Aufforderung zu einem Napoleonsfest, das am 15. August 1811, an Napoleons Geburtstag, in Erfurt stattfand. Auch diese stand an der Spitze der betreffenden Nummern. Ihr Stil und Inhalt war sehr pathetisch: „Das Große und Erhabene hat in sich seine Beglaubigung, und es wird uns Freude sein, durch seltenen Genuß eines Tages Feier zu erhöhen, der dem Großen gilt und dem Erhabenen."

Auch in Weimar mußte dieser Tag festlich begangen werden, worüber das Wochenblatt am 20. August 1811 berichtete: „Das Geburtstagsfest Seiner Majestät des Kaisers und Königs wurde hier feierlich begangen. Eine zu allgemeiner Fröhlichkeit weckende Musik vom Balkon des Rathauses begrüßte den Tag; der herzogliche Hof feierte ihn an einer großen Mittagstafel und in abendlicher Cour. Bei eintretender Nacht sah man das Rathaus, das Stadthaus und den Markt reichlich illuminiert. Der Magistrat gab in dem Stadthaus einen glänzenden Ball für 400 Personen, und es fehlte nirgends an Aufmunterung zur Freude, wie sie des großen Tages würdig war." Auch die Ankunft des französischen Gesandten St. Aignan in Weimar wurde zeitgemäß begrüßt: „Dies diene zu einem öffentlichen Beweis des glücklichen Einvernehmens, worin die herzoglich sächsischen Häuser sich gegen den erhabensten Beschützer des Rheinbundes befinden." (11. Februar 1812). So mußten sich die Rheinbundstaaten vor ihrem „Protektor" demütigen!

Trotz der Franzosenschwärmerei, die zum Teil in Weimar herrschte, war doch in vielen der Wunsch lebendig geblieben, die Dinge nicht nur französisch gefärbt zu sehen, sondern auch die eigene Meinung zu

äußern und andere Meinungen zu hören. Unvorsichtigerweise äußerte man derartige Ansichten während der französischen Besetzung zu laut. Daher finden sich im Wochenblatt verschiedentlich Strafandrohungen gegen alle Gespräche, Urteile und Streitigkeiten über Politik und Kriegsbegebenheiten. Und als sich der Zuchthauswächter Lucas wirklich einmal zu dem Schreckensruf „Jetzt kommt die französische Retirade, es geht alles Kopf oben, Kopf unten" verleiten ließ, wurde er dafür mit 12 Hieben bestraft, und dies im Wochenblatt vom 2. März 1813 zur Warnung für Jedermann bekannt gemacht.

Das neuerwachende Interesse an der Politik und den Zeitereignissen ließ sich trotzdem nicht mehr eindämmen. Wie mächtig es auch in Weimar wieder auflebte, beweisen Anzeigen des Leseinstituts, in dem folgende auswärtige Zeitungen und Journale geführt wurden: Leipziger politische Zeitung, Hamburger Zeitung, Frankfurter deutsche und französische Zeitung, Allgemeiner Anzeiger, Gothaer Zeitung, Nürnberger Correspondent, Leipziger, Hallische, Jenaische Literaturzeitung, Morgenblatt, Freimütige, Elegante Zeitung. (Wochenblatt v. 2. Juli 1813).

Das Jahr 1813 brachte auch Weimar in eine schwere Lage, da alle Kriegszüge die Stadt und das Land auf das schlimmste mitnahmen. Der Herzog war noch mit Napoleon verbündet und konnte sich noch nicht Rußland und Preußen anschließen. Erst nach der Schlacht bei Leipzig näherten sich die Verbündeten Weimar. Am 22. Oktober war noch ein letztes Gefecht in den Straßen Weimars, seitdem ließ sich dort kein französisches Militär

mehr sehen. Nun hatte auch für Weimar die Befreiungsstunde geschlagen, und der Anschluß an die Verbündeten ließ sich nun verwirklichen. Anfang Dezember trat ihnen der Herzog offiziell bei, nachdem ein am 22. November von ihm unterzeichneter „Aufruf an die Freywilligen" am 3. Dezember im Wochenblatt veröffentlicht worden war. Sie sollten „der Landwehr und selbst den Linientruppen als ein lebendiges Muster der Tapferkeit und Kriegszucht, des rastlosen Eifers und der tüchtigsten Gesinnungen vor Augen gestellt werden".

Nach der Befreiung von der französischen Herrschaft erschienen auch im Wochenblatt wieder die ersten Berichte über militärische und politische Ereignisse. Es waren Auszüge aus anderen Zeitungen, aber auch offizielle Berichte der Hauptquartiere und Heeresleitungen der verbündeten Truppen. Die erste Nachricht in Nr. 84 vom 2. November 1813 gab eine eingehende Darstellung der Leipziger Schlacht, die fast drei Spalten füllte. Darauf folgte eine Mitteilung aus Eisenach vom 27. Oktober, die ausführlich den Aufmarsch und die Stärke der verbündeten Heere und einzelner Truppenabteilungen beschrieb.

Regelmäßig brachte das Wochenblatt allerdings die Nachrichten aus anderen Zeitungen nicht. Im Jahre 1813 hörten sie schon am 12. November auf, im Jahre 1814 brachte es gar keine; erst 1815 finden sich — in Nr. 52 — wieder Nachrichten aus Brüssel, Heidelberg, Aachen, Köln und Frankfurt über die Niederlage Napoleons bei Belle-Alliance. Die meisten kamen aus Frankfurt. Dort wurden sie von dem preußischen Geschäftsträger Frh. v. Otterstedt gesammelt und in

Form von amtlichen Kriegs- oder Zeitnachrichten veröffentlicht.

Aber auch sonst spiegelten sich im Wochenblatte die kriegerischen Ereignisse. Die amtlichen Bekanntmachungen enthielten vor allem Leistungen für die Heere, Einquartierung und Requisitionen. Auch die Anzeigen und Familiennachrichten zeigten deutlich, wie der Krieg alle Gemüter bewegte. So standen z. B. die Bücher- und Kunstanzeigen ganz unter dem Einflusse des Krieges. Neu erschienene Bücher über die Freiheitskriege und die Schlacht bei Leipzig, politische Betrachtungen, Stimmen der Zeit wurden angekündigt. Ferner fanden sich Angebote von Bildern und Kupferstichen bedeutender Persönlichkeiten, vor allem der Heerführer. Aufrufe zu Beiträgen für die Freiwilligen in Weimar wurden veröffentlicht, und über 4000 Taler für Ausrüstung freiwilliger Jäger, die trotz der Not der Zeit aufgebracht wurden, quittiert (21. und 31. Dezember 1813). Eine Gesellschaft patriotischer Frauen hatte ein Hospital errichtet, um verwundete Offiziere dort aufzunehmen und zu pflegen (17. Dezember 1813). Wie verheerend neben aller Not und Armut auch noch Seuchen und Krankheiten die Stadt und das Land heimsuchten, zeigt die erschütternde Todesanzeige des Hofrats Falk, des einstigen Herausgebers von „Elysium und Tartarus“:

Den 3. November 1813 endete Guido Falk, geboren den 9. Juni 1810, am Scharlachfieber. 8 Tage früher hauchte unsere sanfte Eugenie Falk, ihres Alters 6 Jahre, ebenfalls am Scharlachfieber, ihre stille Engelseele aus.

8 Tage vor ihr starb Cäcilie Falk, ebenfalls am

Scharlachfieber. 3 Monate früher verloren wir nach 3monatlichem, schweren Leiden unser viertes und jüngstes Kind, Rodrich Falk. Wir bitten alle unsere Freunde und Bekannten, wenn ihnen dieses Leidensverzeichnis zu Gesichte kommt, von ihrer innigsten Teilnahme bei so harten Schlägen des Schicksals überzeugt, um Schonung in unserem nur allzu gerechten, namenlosen Schmerz. Die gebeugten Eltern.

(Wochenblatt vom 5. 11. 1813).

Es war daher keinesfalls übertrieben, wenn der Kanzler Fr. von Müller im Jahre 1814 schrieb[1]): „Der Hauptinhalt unseres gemeinnützigen Wochenblattes besteht seit einem Jahre größtenteils aus Steuerpatenten und öffentlich zum Verkauf angeschlagenen Grundstücken. An diese erste Rubrik schließt sich die zweite, die der Totenlisten".

Ein bedeutsames geschichtliches Ereignis für Weimar fiel in das Jahr 1815. Das Herzogtum wurde auf dem Wiener Kongreß zum Lohn für die deutsche Haltung des Herzogs und die schweren Opfer, die sein Land in den langen Kriegsjahren gebracht hatte, um das Doppelte vergrößert und zum Großherzogtum erhoben. Das Wochenblatt zeigte diese Tatsache in Form einer amtlichen Bekanntmachung an, die besonderen Wert darauf legte, daß die großherzogliche Familie jetzt berechtigt wäre, den Titel „Königliche Hoheit" zu führen. Auch wurden alle Ämter und Ortschaften aufgezählt, die der Großherzog nunmehr besitzen würde.

Die Vergrößerung des Herzogtums machte sich auch im Wochenblatte bemerkbar. Die amtlichen Verfügungen

[1]) Fr. v. Müller: Erinnerungen aus den Kriegsjahren 1806—13.

nahmen von jetzt an einen bedeutend größeren Raum ein, und der Umfang der einzelnen Nummern betrug infolgedessen oft 8 bis 12 Seiten. Um den Behörden eine fortlaufende Sammlung der Regierungsverfügungen zu ermöglichen, wurde dem Wochenblatt durch Patent vom 17. März 1817 eine besondere Beilage unter eigener Redaktion als „Großherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachisches Regierungsblatt" beigegeben. Diese Blätter erschienen etwa 20 mal im Jahre; sie hatten eigenes Register und waren für sich nummeriert und paginiert. Sie enthielten alle erschienenen Gesetze, Verordnungen, Beförderungen, Auszeichnungen und offiziellen Nachrichten über das Fürstenhaus, das Land und den Landtag.

Das amtliche Wochenblatt sollte nur noch die einer einmaligen Bekanntmachung bedürfenden Verordnungen enthalten, die dann im nächsten Regierungsblatte wieder abgedruckt werden mußten. Ebenso sollten die gerichtlichen Bekanntmachungen, Polizeinachrichten und die übrigen Rubriken wie bisher ins Wochenblatt gesetzt werden.

In dem Patent war angekündigt worden, daß das „Weimarer Wochenblatt" auch Nachrichten über Zeitereignisse und Erfindungen, Aufsätze über Kunst und Wissenschaft bringen würde. Diese Zusage wurde jedoch vorläufig noch nicht erfüllt. Es blieb ein trockenes und nüchternes Amts- und Verkündigungsblatt. Infolgedessen vermochte es freilich auch die Zeiten der Preßkonflikte in Weimar unangefochten zu überstehen.

b) Das patriotische Blatt Weimars.

In engem Zusammenhange mit dem amtlichen Organ, dem Wochenblatte, stand ein Blatt, das in seiner nationalen und patriotischen Haltung ein getreues Spiegelbild der deutschen Gesinnung Weimars in damaliger Zeit gibt. Vom 30. August 1815 ab erhielt das „Weimarer Wochenblatt" eine wöchentliche Beilage, die das Organ des Landsturms sein sollte und deshalb den Titel: „Landsturmsblatt"[1]) erhielt. Jede Nummer hatte vier Seiten und erschien zunächst für die Abonnenten des Wochenblattes unentgeltlich. Da sie das handliche Oktavformat hatten, so wurden sie monatlich oder quartalsweise gesammelt, gebunden und aufbewahrt. Das Blatt sollte den Landsturm überall im Lande in Leben und Tätigkeit erhalten; es sollte die nahen und fernen Bezirke miteinander in stete Berührung setzen. Da es die Veränderungen im Personal, die Berichte über Übungen, Sitzungen des Ausschusses usw. brachte, wurde es in den meisten Ortschaften des Weimarischen Bezirkes[2]) gehalten.

Rasch führte sich das Blatt auf das Günstigste ein. „Gleichwie der Sturm, der durch das Land hinfährt, die bösen Nebel verjagt, und die dürren Blätter von den Bäumen schüttelt, so sollen auch die Landsturmblätter von Zeit zu Zeit die Dünste verscheuchen, die die Sonne des Vaterlandes umdüstern". Als Pflicht des einzelnen wurde es hingestellt, „ein Weimarer

[1]) Vom 3. Januar 1816 ab: Landsturmblatt.

[2]) Seit dem 1. Januar 1816 erschien auch ein „Eisenachisches Landsturmblatt" für den dortigen Bezirk.

Vaterland zu ehren, ohne ein gemeinsames Deutschland aus den Augen zu verlieren". Auch für deutsche Handelsinteressen wurde eingetreten: Die Regierung müsse den inländischen Fabriken helfen, damit sie vom englischen Handel nicht ganz verdrängt und abhängig würden. Das Blatt hatte solchen Erfolg, daß es von 1816 ab von der Hofbuchhandlung Hoffmann gegen eine Bezahlung von 4 Groschen für das Vierteljahr auch einzeln abgegeben wurde. Von jeder Nummer erschienen etwa 350 Exemplare. Es war neben dem Wochenblatt namentlich auf dem Lande am meisten verbreitet, da es sich besonders die Aufklärung der niederen Volksschichten über die politischen und nationalen Dinge angedihen sein ließ.

In den meisten Dörfern wurde bis dahin nichts weiter als das Gesangbuch und der Kalender gelesen. Letzterer bildete die Grundlage der Volksbildung und unterstand daher der Zensur und Aufsicht der Behörden; er brachte im allgemeinen nur praktische Anweisungen für den Landmann. Nun bot das „Landsturmblatt" dem kleinen Manne neue Belehrungen und Anregungen, indem es die politischen Tagesereignisse behandelte. Vor allem suchte es aufklärend für die neue Verfassung der Landstände, die der Großherzog als erster deutscher Fürst am 5. Mai 1816 seinem Lande bewilligt hatte, zu wirken. An die Nachricht, daß sich Hamburger und Frankfurter Zeitungen lobend über die Weimarsche Verfassung ausgesprochen hätten, knüpfte das Blatt die Mahnung: „Die Menschen aus den niederen Klassen sind noch gar nicht daran gewöhnt, zu fühlen, daß sie nicht bloß ihrem Hause, ihrem Dorfe, ihrer Erdscholle,

sondern auch dem Staate angehören, daß sie jetzt etwas seyn sollen in diesem Staate". Und in einem Artikel „Das Vaterland über alles" heißt es: „Es muß auch einem Weimaraner nirgends lieber sein als auf der Erde, wo man deutsch spricht, und hier wieder am liebsten zu Hause in seinem eigenen Vaterland. In der Tat, wo wäre auch irgendwo in Europa ein Land, da es uns besser gefallen könnte, als in unserem Weimar?" Auch für die Zustände im Lande selbst und die geistige Bildung des Volkes hatte das Blatt reges Verständnis. „In unseren Schulen wird alles und allerlei gelehrt, daß es aber an einem Unterricht in der Landesgesetzgebung noch überall fehlt, der doch so not täte!" „Wie gut wäre es, wenn der Bauer wenigstens soviel in der Schule lernte, was ein Testament, was ein Consens, ein Pachtcontract ist." (Nr. 49 v. Jahr 1816.) An anderer Stelle wurde sogar Goethes Festspiel „Des Epimenides Erwachen" eingehend gewürdigt, weil Goethe in Weimar lebte und die Richtung des Stückes „zum echt Deutschen und Volkstümlichen ist."

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand die ebenfalls durch die Verfassung gewährte Preßfreiheit. Sie wurde geradezu gefeiert. „Wir wollen den geistigen Verkehr, den Austausch politischer Berührungen im deutschen Volke als eine beginnende National-Streitmacht preisen und befördern". Die Regsamkeit in Deutschland wurde gerühmt und dazu aufgefordert, über alles freimütig zu reden und zu schreiben. Die Furcht vor Revolution, die auf diese Weise erregt werde, sei eine bloße Gespensterfurcht. Es hat Revolutionen gegeben, ehe es Zeitungen, Clubs und Preßfreiheit gab. Aller-

dings müßte sich jeder, der in Zeitungen schreibe, seiner großen Verantwortung bewußt bleiben. Die Forderungen des Württembergischen Preßgesetzes, daß Vorschläge für Verbesserungen und Abhilfe von Beschwerden nur dann erlaubt sein sollten, wenn sie in einem ruhigen Ton geschrieben sind, seien nicht immer zu erfüllen. Denn „wo sind die Grenzen zwischen einem ruhigen Ton und einem nicht ruhigen? Soll man aus Liebe zum Guten nicht einmal warm werden dürfen? Ist das ein stehenbleibender oder ein fortgehender Geist?"

Am 2. Februar 1817 fand in Weimar die Eröffnung des ersten verfassungsmäßigen Landtags statt. Über den Sinn und die Bedeutung der Anträge und Verhandlungen unterrichtete das „Landsturmblatt" seine Leser eingehend. „Das Heil des Vaterlandes ist überall das höchste Gesetz; Umreißen und Zertrümmern bringt keinen Segen, das sehen wir an Frankreich. Sollte daher der Gipfel des Zieles nicht sofort erreichbar sein, so denken wir an die Worte der Thronrede: Weimar wird keinen Rückschritt tun in den Einrichtungen seines Gemeinwesens". Die politische Lage in Vergangenheit und Gegenwart wurde dem Volk in Leitartikeln klar gemacht. So wurde z. B. erklärt, was es für verschiedene Arten von Kriegen gibt. Wenn Deutschland sich erhöbe, um Elsaß und Lothringen wieder zu nehmen, was sonst zum deutschen Reich gehört hat, so wäre das ein Wiedereroberungskrieg. „Es ist kein Zweifel, daß derselbe von der Gesamtheit der deutschen Nation ausgehen würde." Der politische Weitblick des Verfassers der Leitartikel ist oft erstaunlich. Er glaubte, daß dem deutschen Volk alle Gefahr von Frankreich drohe. Des-

halb schlug er vor, man solle die Franzosen ihre Rückstände bezahlen lassen und die Heere von dem Gebiet Frankreichs zurückziehen. „Ist es nicht besser, den Franzosen, in ihrem dermaligen gereizten Zustande, jeden Anlaß zum Kriege zu entziehen, damit sie sich lieber in sich selbst austoben und wie ein brennender Vulkan in sich selbst verkohlen mögen?"

Besonders das Jahr 1817 gab dann viel Gelegenheit zu Rückblicken und Ausblicken anläßlich der 300jährigen Jubelfeier der Reformation. Über Luther-Feiern, Luther-Erinnerungen und Luther-Worte wurde geschrieben. „Die Erinnerung an die großen Geister soll im Volk lebendig erhalten werden". Das Wartburgfest wurde begeistert angekündigt: „So begeht die Blüte von Deutschlands Jugend zugleich das Fest der geistigen und bürgerlichen Freyheit, der Entfesselung von Gewissenszwang und vom Zwang politischer Tyrannen" (Nr. 41. Jahrgang 1817). Das Fest selbst mit seinen weitreichenden politischen Folgen verteidigte das Blatt tapfer und furchtlos: „Wir wollen dem Lustfeuer auf der Wartburg nicht unbedingt das Wort reden, aber so etwas ganz Unerhörtes und Gottloses, ja Staatsgefährliches, können wir darin nicht erblicken. — Die Zeit ist ja unreif, wenn die Grundlage des Volkes, die Jugend, sie nicht begreift" (Nr. 49).

Die Wirkung dieses Blattes ist nach alledem nicht zu unterschätzen. Wenn es auch nur in der Stadt und dem Bezirk Weimar verbreitet war und darüber hinaus nur geringe Beachtung fand[1]), so war die Zustimmung

[1]) Luden im 3. Stück der Nemesis 1818: „Von einem Landsturmblatt habe ich gehört, habe es aber nie gesehen; und in jedem

so allgemein, daß der Verleger beschloß, das Blatt vom Jahre 1818 ab für das ganze Großherzogtum zu erweitern. Er schloß das „Landsturmblatt" am Weihnachtsfeiertag des Jahres 1817, und gab als unmittelbare Fortsetzung, in unveränderter Gestalt ein „Sonntagsblatt für das Großherzogtum Weimar" heraus. Es sollte für die Volksbildung wirken und vor allem die Religion pflegen. „Denn ein guter Christ muß nicht vergessen, daß er auch ein guter Bürger sein soll". Auch dieses neue Blatt trat lebhaft für die Preßfreiheit ein und lenkte namentlich die Aufmerksamkeit des Bürgers und Landmannes auf die Landesangelegenheiten. „Es ist unrecht, wenn die Gebildeten alle Aufklärung für sich behalten und davon gar nichts hinunterlassen in das niedrige Volk". Über die Wahlen zu den Landständen klärte das Blatt das Volk besonders auf, da die Einwohner infolge der Neuheit der Sache beim Wahlgeschäft wenig Teilnahme und Verständnis gezeigt hatten. Wahl- und Landtagsberichte wurden auch aus Bayern, Baden und Hessen gebracht.

In dieser Art und Gestalt hielt sich das „Sonntagsblatt" bis 1819. Die letzte Nummer erschien am 28. März 1819 mit der Bemerkung des Verlegers Hoffmann: „Da unsere jetzigen Meßgeschäfte die Ausgabe dieses „Sonntagsblattes" im nächsten Vierteljahr nicht erlauben, so bleibt dasselbe vor der Hand ausgesetzt". Damit hatte das Blatt für immer sein Ende gefunden.

Fall dürfte es wohl ziemlich unschuldig sein, da es selten oder nie in Rede kommt".

c) Die politische Presse.

Die Befreiung von der jahrelangen französischen Herrschaft, die Wiedergeburt des Vaterlandes, das Erstarken des nationalen Empfindens, und die liberalen Strömungen, die in Weimar von jeher verfolgt wurden und Sachsen-Weimar zum ersten deutschen Verfassungsstaat machten, — das alles waren Vorbedingungen dafür, daß Blätter der vorher geschilderten Art auch wirklich Einfluß auf das Volk zu gewinnen vermochten. Durch den schnellen Entschluß, mit dem Carl August „seinem Völkchen schlicht und recht, aus Pflichtgefühl und ehrlichem Vertrauen“ [1]) eine landständische Verfassung gewährt hatte, blieben dem Lande innere Konflikte und Kämpfe erspart, wie sie in den meisten anderen deutschen Staaten die Köpfe erhitzten, und es konnte sich jetzt ganz seiner wirtschaftlichen Entwickelung zuwenden, — ein Aufschwung, der tatsächlich in Sachsen-Weimar schon in den 20er Jahren wahrzunehmen ist.

Noch tiefer als von den niederen Volksschichten wurde von dem gebildeten Weimar der Umschwung nach den Freiheitskriegen empfunden. Langsam war auch der Bann von denen gewichen, die in Napoleons Persönlichkeit etwas Übernatürliches und Unbezwingliches gesehen hatten, und stärker als je betonten sie nun ihr wahrhaft empfundenes Deutschtum [2]).

Wenn jetzt Weimar zum andern Male der Ausgangspunkt einer ganz Deutschland erfüllenden Preßtätigkeit

[1]) Treitschke, a. a. O. Bd. II, S. 405.

[2]) Goethe in „Des Epimenides Erwachen“. — Staatsminister von Voigt war fast ein „Teutscher“ geworden; vgl. Geiger, S. 220.

wurde, so lag es wiederum an dem Zusammenschluß von Männern, die die Strömungen der Zeit erkannten und sie der Zukunft zu erhalten suchten. Die nationalen Bestrebungen, von denen das ganze deutsche Volk durchdrungen war, galten ihnen als die wichtigste Richtschnur und als Grundlage, um die politische Einheit des Vaterlandes zu erreichen. Daneben aber hatten sie die liberalen und demokratischen Ideen der französischen Revolution nicht vergessen. Für sie galt es in erster Linie zu kämpfen, denn neben der Einheit wollte man die Freiheit und Gleichheit gesetzt sehen!

In Weimar war der begeisterste Verfechter dieser Ansichten der alte Bertuch. Wie er schon mit der „Allgemeinen Literatur-Zeitung" den Kampf gegen das Berliner Muckertum und jeden Rückschritt aufgenommen und dabei die Unterstützung seines Herzogs gefunden hatte, so schloß er sich auch jetzt wieder mit liberal gesinnten Männern in Weimar und Jena zusammen und schuf in Gemeinschaft mit ihnen eine politische Publizistik, die von weitreichender Bedeutung[1]) wurde.

Die gesamte liberale Presse Sachsen-Weimars brachte

[1]) Auf die Preßkonflikte, die Prozesse und politischen Verwickelungen der liberalen Presse Sachsen-Weimars in der Zeit von 1813 bis 1819 soll hier nicht eingegangen werden, um schon Gesagtes nicht zu wiederholen. Eingehend werden sie behandelt von Ehrentreich: „Die freie Presse in Sachsen-Weimar". Auch Treitschke: „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert", Bd. II, S. 404 ff. ist zu vergleichen.

Ich beschränke mich vornehmlich auf die Darstellung der Entwickelung des „Oppositionsblattes" und im Zusammenhang damit auf die Entschlüsse und Verfügungen der Weimarischen Regierung, die für das Zeitungs- und Pressewesen in Weimar, auch zum Verständnis der späteren Zeit (nach 1819), von allgemeiner Bedeutung wurden.

in das deutsche Zeitungswesen einen frischen, freiheitlichen Geist und damit neue Anregung. Es ist ihr Verdienst, den Übergang zur großen politischen Tageszeitung gefunden zu haben, die nicht nur berichtete, sondern auch neue und eigene Ideen verfocht und ihren Vorschlägen auch wirklich praktische Ziele entgegensetzte. Anderseits darf ihre Bedeutung auch nicht überschätzt werden. Schon Treitschke wies darauf hin, daß diese Presse „weder zuverlässige Nachrichten über den inneren Wert der Tagesereignisse erhielt, noch an einer politischen Partei oder einem wirtschaftlichen Interesse irgend einen Rückhalt fand“ [1]). Hinter mancher Zeitschrift stand häufig nur eine einzelne Persönlichkeit, die sie nur ihren Interessen und ihren politischen Anschauungen dienstbar machte. Dadurch wurde sie häufig zum Kampfplatz von persönlichen Intrigen und Angriffen, und der Wert als politisches Blatt ging dabei verloren.

Wenn diese Zeitschriften einen dauernden Erfolg haben wollten, so mußten sie sich einerseits auf eine feste wirtschaftliche Grundlage stützen und anderseits ihren Kampf für ein wirklich erkennbares und erreichbares Ziel führen, um eine geschlossene Gemeinde um sich zu sammeln und so eine öffentliche Meinung für sich zu schaffen. Wie notwendig die erste Forderung war, beweisen die zerrütteten Verhältnisse auf allen Gebieten nach den Freiheitskriegen. So schrieb Brockhaus 1816 an den Professor Oken in Jena: „Von sämtlichen Journalen in Deutschland gedeiht überhaupt keines mit eigentlichem Glück, und die meisten derselben erhalten sich nur da-

[1]) Treitschke, a. a. O. Bd. II, S. 407.

durch, daß die Redakteure und Herausgeber derselben zugleich die Haupt- oder einzigen Ausarbeiter derselben sind, daß sie also nicht an andere etwas zu bezahlen nötig haben und sich mit einer kleinen Ausbeute begnügen können" [1]). Ebenso nötig war die zweite Forderung. Denn es handelte sich jetzt nicht mehr um eine reine Nachrichtenpresse, sondern um Zeitschriften und Zeitungen, die sich an das Interesse der Masse wandten, der sie dienen wollten. Wenn bei den bestehenden Verkehrsverhältnissen eine Besprechung aktueller Tagesereignisse auch noch nicht in Betracht kommen konnte, so lieferten sie doch den Lesern Tatsachen, und suchten dazu Stellung zu nehmen.

Diese Notwendigkeiten hatte Bertuch als Wesen der politischen Zeitungen jener Jahre sofort erkannt. Er verwirklichte diese Gedanken am vollkommensten in seinem „Oppositionsblatt", und schuf damit die erste politische Tageszeitung moderner Art im 19. Jahrhundert.

Die erste Neugründung nach der Befreiung vom französischen Joch war schon die historisch-politische Zeitschrift „Nemesis" gewesen, die seit 1814 in Bertuchs „Landes-Industrie-Comptoir" erschien und von dem Professor der Geschichte Heinrich Luden in Jena redigiert wurde. Bertuch und Luden verfolgten die besten Absichten und wollten die Zeitschrift nur solange bestehen lassen, bis den Völkern Europas Glück und Freiheit aus dem großen Siege erwachsen wäre. Luden schrieb 1815: „Diese Zeitschrift hat stets des Vaterlandes Ehre und Recht und aller Teutschen Einig-

[1]) Salomon, a. a. O. Bd. III, S. 122.

keit und gesetzmäßige Freiheit gewollt. So lange der Krieg mit Frankreich dauerte, wandte sie sich meist gegen dieses, und in solcher Art, als es den damaligen Verhältnissen angemessen schien, nachher wandte sie sich mehr auf das Innere, auf Neugestaltung des Vaterlandes, auf Verfassung und Gesetz. Anfangs fand sie überall Beifall, seit dem Wiener Kongreß fand sie aber bei der Reaktion keinen Beifall mehr".

Da sich die Hoffnungen der Herausgeber nicht erfüllten und die Reaktion von neuem ihr Haupt erhob, wurde die „Nemesis" fortgesetzt. Ihr Kampf galt von nun an der europäischen Reaktion — ein aussichtsloser Kampf, an dem sie schließlich doch schon nach vier Jahren (1818) zugrunde ging [1]).

Schon das Schicksal der „Nemesis" ließ erkennen, daß ohne die wirtschaftlich gefestigte Lage von Bertuchs Unternehmungen ihr Weitererscheinen sehr fraglich gewesen wäre. Ihre Auflage war in der ersten Zeit verhältnismäßig hoch, durchschnittlich etwa 1000 Stück. Wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage und der damit verbundenen Preiserhöhung nahm die Zahl der Leser aber stetig ab; schon Ende 1815 schrieb Luden an Bertuch: „Es tut mir leid, daß die „Nemesis" ein so kleines Publikum hat" [2]). Aber Bertuch konnte sie trotzdem halten, und sie gewann eine erneute Bedeutung, als das folgende Jahr die langersehnte und begeistert begrüßte Preßfreiheit brachte.

Schon am 12. März 1816 hatte der Großherzog eine Verfügung erlassen, durch welche die Zensur ganz

[1]) Näheres bei Ehrentreich, a. a. O., S. 2 ff. und 69 ff.
[2]) Bertuch-Froriepsches Archiv Weimar.

aufgehoben und in Zukunft der Verfasser und Drucker für den Inhalt verantwortlich gemacht wurden. Der Drucker war verpflichtet, sich auf dem Titel zu nennen. Nur Wochenblätter und Almanache blieben der Zensur auch weiterhin unterworfen. Das Grundgesetz, das am 5. Mai 1816 von Carl August und seinen Ministern unterzeichnet wurde, brachte dann die Bestätigung der Preßfreiheit in folgendem Abschnitt:

> Gleichwie Wir nun die Landstände-Rechte Unserer getreuen Unterthanen, und durch diese die Rechte der einzelnen Staatsbürger dauerhaft gesichert zu haben, auch zu solchem Zweck folgende bereits anerkannten Rechte: Das Recht auf eine unparteiische Rechtspflege, und das Recht auf Freiheit der Presse, hierdurch ausdrücklich anerkennen und gesetzlich begründen; also wollen Wir auch unsere dermaligen Staatsdiener auf gegenwärtiges Grundgesetz besonders verpflichtet und ihren Uns geleisteten Eid auf die Beobachtung dieses Grundgesetzes, wozu Wir sie hiermit ausdrücklich anweisen, erstrecket haben.

Kaum war die Gewährung der Preßfreiheit ausgesprochen, da wurde freilich auch schon Mißbrauch damit getrieben. Professor Oken, der in Jena seit dem 1. August 1816 auch eine encyclopädische Zeitschrift „Isis" herausgab, kündigte darin an, daß er alle Mißstände freimütig besprechen werde, und so unterzog er auch die Weimarische Verfassung einer scharfen und ungerechten Kritik. Staatsminister von Voigt schrieb mit Bezug hierauf am 17. November 1816: Mit der unbedingten Preßfreiheit ist viel Unrath in die Hexenküche zu Jena eingezogen. Oken ist wenigstens so ehrlich zu sagen, daß er auch Verläumdungen und Lügen

in seine Eselszeitung (wie man sie tituliert) aufnehmen will. Da man ein solches Bureau unmöglich sanctionnieren kann, so bearbeitet man ein Gesetz zu künftiger Beschränkung des Mißbrauches der Preßfreiheit (Geiger a. a. O., S. 309).

Um ähnlichen Mißständen vorzubeugen, erkannte es der Großherzog für notwendig, Preßmißbräuche rechtlich beurteilen und bestrafen zu lassen. Er beauftragte am 17. September 1816 den Geh. Justizrat Martin zu Jena, der ausgezeichnete Rechtskenntnisse und liberale Ansichten über die Preßfreiheit besaß, mit der Bearbeitung eines diesbezüglichen Gesetzentwurfes. Martin reichte eine solche am 7. Dezember 1816 ein. Die gesamte Denkschrift, die juristisch begründete Vorschläge zu einem Strafgesetz gegen begangenen Mißbrauch der Preßfreiheit enthielt, umfaßte 95 Schriftseiten[1]).

Am 14. März 1817 erstattete der Kanzler von Müller dem Großherzog darüber schriftlichen Bericht. Die Vorschläge Martins seien so scharf, daß sie mit dem Geist „unseres Gouvernements, unserer Zeit und der Gesetzgebung" überhaupt unvereinbar seien. Sie würden die gegebene Preßfreiheit völlig zerstören und die Hauptwirkung haben, daß die Zensur, welche durch die Preßfreiheit aufgehoben werden sollte, wieder eingeführt werden würde.

Als Gegenstück dazu wurde ein zweiter Entwurf vorgelegt, den der Regierungsrat von Gerstenbergk im Geiste der Liberalität verfaßt hatte. Dieser Gerstenbergksche Entwurf wurde schließlich in abgeänderter Fassung allen Staatsministern vorgelegt und von ihnen

[1]) Der Entwurf befindet sich im Weimarischen Archiv Bd. 5420.

gutgeheißen. Trotzdem wurde kein Gesetz daraus. Auch dagegen bestanden in Weimar allzu große Bedenken und Schwierigkeiten. Ein früheres, eigentliches Gesetz gegen Preßvergehen gab es überhaupt nicht. Selbst die freiesten Völker trugen eben die Willkür der Zensur. Das einzige Land, wohin sich die Blicke in dieser Hinsicht wendeten, war England. Die dortige Gesetzgebung war aber auf das Inselland berechnet und nicht anwendbar auf ein Land wie Sachsen-Weimar, das überall von reaktionären Freunden der Zensur umgeben war. Auch sollte eine Norm aufgestellt werden, die einer Gesetzgebung einzugliedern war, die selber eben erst im Entstehen war und der es sonach an Vollkommenheit noch durchaus mangelte.

Um sich trotzdem gegen Übergriffe zu schützen, erließ die Regierung im „Regierungsblatt" vom 3. Mai 1817 eine Bekanntmachung, daß trotz der Zurücknahme der Zensur die Verantwortung des Schriftstellers, Verlegers oder Druckers für den Inhalt bestehen bleibe. Ferner wurde bestimmt:

1. Die politischen Schriftsteller, „die Individuen, welche sich mit journalistischer oder Zeitungsschriftstellerei abgeben", sollten gewarnt werden, „durch unvorsichtige oder verunglimpfende Urtheile über Regenten und Regierung Beschwerden derselben gegen sie zu veranlassen oder die freundschaftlichen Verhältnisse des Regentenhauses zu anderen Regenten oder Staaten zu unterbrechen".

2. Falls solche Beschwerden erhoben werden, soll die oberste Polizeibehörde die erforderlichen Schritte durch Beschlagnahme oder Unterdrückung der Schrift tun.

Diese Maßnahmen wurden allen Höfen nnd Gesandten mitgeteilt, nach Berlin, Frankfurt, Dresden, Wien, nach Schweden und England.

So glaubte sich die Regierung nach allen Seiten gesichert zu haben, ohne zu ahnen, daß inzwischen unmittelbar unter ihren Augen ein Blatt entstanden war, durch das sie in allerschwerste politische Konflikte verwickelt werden sollte. Das war Bertuchs „Oppositionsblatt".

Der Plan zu dieser Zeitung ging eigentlich nicht von Bertuch selbst aus, sondern wurde ihm von dem Schweizer Journalisten Pfeilschifter vorgelegt. Bertuch ging aber sogleich mit Begeisterung darauf ein, und nach einigen Abänderungen kündigte er Ende November 1816 das neue Blatt an, das sofort in Ermangelung einer anderen großen liberalen Zeitung überall in Deutschland mit freudiger Erwartung begrüßt wurde[1]).

Schon am 15. November hatte sich Bertuch ein großherzogliches Privilegium verschafft, nach dem fünf Jahre hindurch kein politisches Blatt in Weimar zugelassen werden sollte. Ebenso hatte er sich einen erfahrenen Redakteur in Ludwig Wieland[2]), dem Sohne des Dichters, gesichert. Dieser war von der Regierung seit dem Frühjahr 1816 zu wissenschaftlichen Arbeiten an der Jenaer Universitätsbibliothek verwandt worden. Am 15. November aber richtete er an den Staatsminister von Gersdorff folgendes Schreiben:

[1]) Hierzu, sowie zu der gesamten Vorgeschichte ist zu vergleichen Geiger a. a. O., S. 313 ff., der zuerst hierüber berichtet hat.

[2]) Vgl. Geiger, S. 19 ff.

„Gegenwärtig hat das Landes-Industrie-Comptoir mir die Redaktion einer von Neujahr an in Weimar herauskommenden Zeitung übertragen, und ich frage daher pflichtschuldig und gehorsamst an, ob die Annahme dieses Antrages gutgeheißen und mir verstattet werden dürfte, künftig in Weimar der Disposition Sr. Königl. Hoheit gewärtig zu seyn, wie ich zeither es in Jena war“ [1]). Die Übernahme der Redaktion wurde ihm gewährt, auch verblieben ihm die als Gehalt bewilligten 150 Taler unter der Bedingung, daß er sich im Auftrage der Regierung zur Ausarbeitung politischer Aufsätze und Memoirs verpflichtete. Neben ihm sollte der erst 23jährige J. V. Pfeilschifter [2]), dem Bertuch den ganzen Plan verdankte, als Redakteur tätig sein.

Infolge seiner vielen Beziehungen in ganz Deutschland und der zahlreichen Angebote, die Bertuch sogleich nach der Ankündigung erhielt, gelang es ihm, sich einen großen Korrespondentenkreis zu sichern. So hatte er in kürzester Zeit alle notwendigen Vorbereitungen getroffen. Hierbei wurde er besonders von seinem Schwiegersohne, dem Medizinalrat Froriep, unterstützt, der 1816 nach Weimar übergesiedelt war, und nun die Leitung des Industrie-Comptoirs mit übernahm. Bertuch hatte ihn unter glänzenden Bedingungen verpflichtet. Für Assistenz und Mitführung des Direktoriums der Comptoir-Geschäfte erhielt er jährlich 500 Taler, für die Redaktion des Modejournals und anderer Verlagswerke die gleiche Summe. Außerdem wurde ihm jede literarische Arbeit wie einem Fremden mit dem

[1]) Weimarisches Archiv, Bd. 7756.

[2]) Vgl. Geiger a. a. O. S. 314, Anm.

gewöhnlichen Honorar vergütet. (Brief v. 15. 1. 1816. Bertuch an Froriep).

Am 1. Januar 1817 erschien die erste Nummer unter dem Titel „Oppositionsblatt oder Weimarische Zeitung. Mit Großherzoglich Sächsischem Privilegio". Drei Monate bildeten jeweilig einen geschlossenen Band, dem immer ein alphabetisches Register beigegeben wurde, das die politischen Abhandlungen und Tagesneuigkeiten, getrennt von der Literatur und den Miszellen, verzeichnete. Das „Blatt" war jedoch auch monatlich broschiert durch alle Buchhandlungen zu beziehen, da es durch seine wissenschaftlichen Beiträge dauernden literarischen Wert haben sollte. Den Hauptvertrieb besorgte jedoch das Großherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachische Fürstl. Thurn- und Taxische Lehns-Postamt in Weimar, das Königl. Preußische Grenzpostamt in Erfurt, und die Königl. Sächsische Zeitungs-Expedition zu Leipzig, an welche sich alle auswärtigen Leser zu wenden hatten.

Den Titel „Oppositionsblatt" führte die Zeitung „in Beziehung auf den Egoismus, welcher in dem Felde der Politik wie der Literatur — in den neuesten Zeiten unter den verschiedenartigsten Formen, mehr wie jemals, und in einem für jeden Unbefangenen unerträglichen Grade herrschend zu werden sucht" [1]). Diesem Egoismus entgegenzuwirken war die Tendenz der neuen Zeitung. Dieses Programm sollte in folgenden drei Hauptrubriken seinen Ausdruck finden:

1. Neuigkeiten des Tages in Beziehung auf Politik und Literatur. Sie sollten nach den Briefen der

[1]) Beilage Nr. 1 vom 1. 1. 1817.

Korrespondenten und den besten Zeitungen des In- und Auslandes zusammengestellt werden.

2. Raisonnement und Opposition in der Politik und Literatur. Sie sollten in Artikeln die Ereignisse des Tages behandeln und Abhandlungen über die neueste Zeit- und Literaturgeschichte bringen.

3. Unterhaltungs-Gegenstände, die Schilderungen des Lebens und Verkehrs in verschiedenen Ländern (im Sinne der ehemaligen Zeitschrift „London und Paris"), Entdeckungen und biographische Notizen umfassen sollten.

Dieser Plan wurde jedoch nicht eingehalten, weil die Politik von Anfang an völlig überwog, und für literarische Mitteilungen nur ein geringer Raum Verwendung finden konnte. Statt dessen trat folgende Gruppierung ein, die das Oppositionsblatt ständig beibehielt: Die politische Abhandlung stand als Leitartikel an der Spitze des Blattes, dann folgten die Tagesneuigkeiten, die den Nachrichtenstoff, nach Ländern geordnet, brachten. Am Schluß folgten Miszellen, kleine Mitteilungen, Anekdoten und Berichte über verschiedene interessante Vorgänge in Politik und Literatur; zeitweilig wurde der Literatur auch ein besonderes Feld eingeräumt.

Das „Oppositionsblatt" erschien — außer Sonntags — täglich in Quartform im Umfange von vier Seiten. Oft war so viel Stoff vorhanden (besonders bei ausführlichen Berichten der Bundestagsverhandlungen, ausländischer Parlamente, und der Weimarischen Landtagsverhandlungen), daß eine besondere Beilage von 4—8 Seiten zugegeben werden mußte. Die Beilagen

dienten gleichzeitig als Intelligenzblatt, in das „Bekanntmachungen aller Art" aufgenommen wurden; sie beschränkten sich jedoch fast nur auf Anzeigen des Buch- und Kunsthandels. Der Inhalt des Blattes wurde auch durch Karten, Kupferstiche und Karrikaturen ergänzt und belebt.

Diese Anordnung und Gliederung des Stoffes im „Oppositionsblatt" war außerordentlich klar und übersichtlich. Das Wesentliche jedes Artikels und jeder Nachricht wurde durch ein paar vorgesetzte Schlagworte hervorgehoben, und dadurch ein rascher Überblick wesentlich erleichtert. Auch Ort und Datum wurde meist vorn beigesetzt.

Als Quellen für alle Nachrichten dienten die Berichte der Korrespondenten und zum andern auswärtige Zeitungen. Die Mehrzahl seiner Korrespondenten wählte Bertuch aus seinem großen Bekanntenkreis. Möglich ist aber auch, daß er teilweise auf die Vorschläge[1]) des

[1]) Rühs schrieb am 3. 12. 1816 an Bertuch: „Für Dänemark hatten wir einen trefflichen Korrespondenten an einem gewissen Schirach in Kopenhagen; diesen würde ich Ihnen ganz besonders empfehlen, dann in Kiel die Professoren Dahlmann und Hegewisch. In Schweden weiß ich jetzt keinen Korrespondenten: ich kann Ihnen nur den königl. Bibliothekar Wallmark und den Herrn Grauberg vorschlagen, die beide sich wohl dafür qualifizieren. Für Polen kann ich Ihnen nur den Herrn Bauda in Krakau empfehlen, an den ich ebenfalls selbst schreiben will. In Livland ist ein gewisser Dr. Bidder, jetzt in Dorpat, der sich wohl dazu eignete. In Petersburg wüßt ich in diesem Augenblick niemand, wenn Sie nicht etwa Herrn Krug einladen wollten. In Rom habe ich jetzt ein paar treffliche Freunde, die vielleicht Beiträge liefern würden, Herrn Brandes und Herrn Dr. Bunsen. Auch hoffe ich Ihnen einen Korrespondenten in Rio de Janeiro auszumitteln, nämlich Herrn Olfers, der den Herrn v. Flemming als Sekretair begleitet, einen Arzt und Naturforscher". Geiger, a. a. O. S. 320.

Berliner Historikers Fr. Rühs zurückgriff, da das „Oppositionsblatt" aus allen von diesem bezeichneten Orten bez. Ländern Zuschriften erhielt.

Die ersten Korrespondenzen enthält die Nummer 44 vom 20. Februar 1817, sie kamen aus Frankfurt, Preußen und Paris. Von da ab vergrößerte sich das Netz dieses Nachrichtendienstes ständig; bald liefen Berichte aus allen größeren Städten des In- und Auslandes ein. Während der Jahre 1817—1820 beispielsweise aus Paris, Niederrhein, Hamburg, Kiel, Dänemark, Kopenhagen, Gothenburg, Christiania, Mitau, St. Petersburg, Warschau, Breslau, Preußen, Berlin, Hannover, Erfurt, Sachsen, Leipzig, Dresden, München, Würzburg, Zweibrücken, Speyer, Württemberg, Stuttgart, Frankfurt, Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe, Rom, Spanien, Nord- und Südamerika.

Dieser großen Zahl von Mitarbeitern verdankte das Oppositionsblatt eine außerordentliche Vielseitigkeit seines Inhalts, mit der es alle andere Blätter damaliger Zeit weit in den Schatten stellte.

Nicht minder groß war die Zahl der Zeitungen und Journale, die in der Redaktion gehalten und denen kürzere Tagesneuigkeiten aller Art entnommen wurden. Auch dabei wurden wieder ausländische Blätter besonders eifrig benutzt: Moniteur, Journal de Paris, L'Oracle, Le Liberal, The Examiner, Times, Morning Chronicle, National Intelligencer. Dazu kamen die bekanntesten deutschen Zeitungen: Bremer Zeitung, Allgemeine Zeitung, Berliner Zeitung, Frankfurter Zeitung, Fränkischer Merkur, Rheinische Blätter, Hamburger Zeitung, Mainzer Zeitung, Nürnberger Zeitung, Prager Zeitung, Züricher

Zeitung und andere mehr. Sowohl die liberale als auch die reaktionäre[1]) Zeitungspresse, mit welch letzterer das „Oppositionsblatt" häufig im Kampf lag, mußten ihm den Stoff liefern.

Daß Bertuch mit der Zeitung auch ein Intelligenzblatt verband, kann bei seiner regen geschäftlichen Betriebsamkeit nicht wundernehmen. Das ganze Unternehmen war in materieller Hinsicht zweifellos gewagt. Aber er hatte auch hier wieder vollen Erfolg. Der Preis des Blattes betrug $2^1/_2$ Thaler vierteljährlich; nur für diesen Zeitraum konnten Bestellungen bezw. Abbestellungen erfolgen. Im Jahre 1817 betrug die Höhe der Auflage 1250, 1818 schon etwa 3000[2]). Das war für damalige Verhältnisse eine gewaltige Zahl. Sie hielt sich — so können wir annehmen — auch 1819, und wird erst nach den Karlsbadern Beschlüssen abgenommen haben. Zu diesen festen Einnahmen kamen dann noch die aus den Anzeigen der Beilagen. Jede Beilage hatte etwa durchschnittlich 150 Zeilen Anzeigen. Für jede Zeile war 1 Groschen zu entrichten; jede Beilage brachte also gegen 6 Thaler ein. Der Jahrgang 1817 hatte 78 Beilagen, der Jahrgang 1818 111, der Jahrgang 1819 115 Nummern. Auch aus den Anzeigen war somit auf eine Jahreseinnahme von etwa 600 Thalern zu rechnen.

[1]) Hier seien u. a. die „Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung", der „Hamburgische unparteiische Korrespondent", der Hamburger „Teutsche Beobachter" genannt; ferner die „Berliner Zeitung", die z. B. nach den Vorgängen des Jahres 1817 über Weimar schrieb (Nr. 27 Jahrgang 1818): „Man hofft, daß dieser kleine Staat, der durch mutwillige Zügellosigkeit einiger Wenigen gewissermaßen zum Schreckbilde für Teutschland und Europa geworden war, nun wieder in Ruhe und gesetzliche Ordnung sich fortbewegen wird".

[2]) Ehrentreich a. a. O. S. 24.

Alles in allem war das „Oppositionsblatt" eine melkende Kuh für den Verleger, wenn man bedenkt, wie gering damals die Honorare für die Redakteure[1]) und Korrespondenten, und die technischen Kosten waren. Bertuch und Froriep hätten sich sonst wohl auch nicht so eifrig bemüht, die Verbote und Unterdrückungen, denen das „Oppositionsblatt" während seiner ganzen Lebensdauer ausgesetzt war, immer möglichst schnell wieder rückgängig zu machen.

Das Oppositionsblatt war also zweifellos die bedeutendste und einträglichste aller Bertuchschen Unternehmungen. Basiert auf eine feste wirtschaftliche Grundlage, gestützt auf einen großen Mitarbeiter- und Leserkreis, vorzüglich unterrichtet über politische Vorgänge, geleitet durch Männer von großer journalistischer Begabung und klarem Blick für alle Zusammenhänge — wurde es rasch in Deutschland und auch im Auslande zum führenden liberalen Organ. Seine Stellung zu den Tagesfragen, seine politische Richtung, sein Charakter kann kurz dahin zusammengefaßt werden: es sah seine Aufgabe darin, für zwei liberale Forderungen einzutreten — für Preßfreiheit und Verfassung! In jeder nur möglichen Weise trat das „Oppositionsblatt" für diese zwei zeitgemäßen Wünsche des liberalen Deutschland ein. In Weimar waren sie bereits erfüllt. Der Kampf, den das „Oppositionsblatt" führte, galt daher gleichen Bestrebungen in allen anderen Bundesstaaten, ja im ganzen deutschen Bund. Diese „Weimarische Zeitung" war nach alledem

[1]) Luden erhielt z. B. von Bertuch für die Redaktion der „Nemesis" eine feste Jahressumme von 200 Thalern (Ehrentreich a. a. O., S. 4).

kein Lokalblatt mehr, sondern ein Blatt, das in weitestem Sinne deutsche Politik trieb.

Das Wesen der „deutschen Politik" aber, die von Wien aus ihren Stempel erhielt, war — im Gegensatz dazu — durch und durch reaktionär, und in das Schlepptau dieser Politik war Preußen geraten. Diese beiden Mächte waren es daher vornehmlich, die sich gegen jeden Fortschritt wehrten und sonst auch gegen das „Oppositionsblatt". Seine freimütige Sprache war ihnen von Grund auf verhaßt, und sie ließen daher nichts unversucht, um es zu unterdrücken. Ein Bild von dem Charakter und der Wirkung des „Oppositionsblattes" gewinnt man, wenn man im Zusammenhange mit den Preßverordnungen der Weimarischen Regierung die Beschwerden betrachtet, die gegen das „Oppositionsblatt" erhoben wurden. Die Schuld lag fast ausschließlich bei den reaktionären Regierungen, welche seine offene aber doch immer sachliche und ruhige Kritik nicht vertragen konnten.

Die erste Beschwerde kam aus Preußen. Am 11. Juni 1817 richtete der Polizeiminister Fürst Wittgenstein eine Note an den Großherzog, in der er Vorschläge gegen eine Kritik erhob, die das „Oppositionsblatt" in Nr. 130 v. 3. Juni 1817 aus der „Bremer Zeitung" übernommen hatte; sie bezog sich auf eine alte preußische Verordnung vom Jahre 1811. Carl August, der darin nichts Abfälliges erblicken konnte, antwortete sogleich sehr höflich, konnte sich jedoch nicht enthalten, dem reaktionären Polizeiminister durch die Art seines Schreibens einen Hieb zu versetzen. Er schrieb am 16. Juni persönlich an Wittgenstein:

„Mit Bedauern habe ich aus Ihrem sehr geehrten Schreiben erfahren, daß das äußerst unbemerkenswerthe „Oppositionsblatt" Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen ist, sondern Ihre gerechte Unzufriedenheit sich zugezogen hat. Letzteres wird dem Herausgeber des Blattes bekannt gemacht werden. Da bey uns keine Censur der Bücher und Flugschriften, sondern bloß die Verantwortlichkeit der Autoren, Herausgeber 2c. eingeführt ist, so können alle dergleichen Sachen bloß zur Folge der letztern Einrichtung behandelt werden[1])". Formell mußte natürlich die Redaktion verwarnt werden, nicht das Verhältnis gegen benachbarte, mächtige Staaten zu stören. Tatsächlich wurde Bertuch als Herausgeber des Blattes in Gegenwart des gesamten Landesdirektions-Ministeriums am 24. Juni 1817 vor weiteren Ausfällen gewarnt.

Bertuch, der sich diesem neuen Unternehmen mit aller Begeisterung widmete, wollte kein Hetzblatt leiten, dafür hätte er niemals seinen Namen hergegeben. Er war stolz darauf, daß sein „Oppositionsblatt" in einem Lande erschien, wo der Fürst die Freiheit der Presse gesetzlich ausgesprochen hatte. „Eben deshalb werden wir alles um so sorgfältiger erwägen, um jener Freiheit nicht unwürdig zu erscheinen" — hatte er in die Ankündigung des „Oppositionsblattes" aufgenommen. Er mahnte deshalb stets die Redakteure seiner Zeitschriften, vorsichtig zu sein und alles reichlich zu prüfen. Zu den Manuskripten, die Luden für die „Nemesis" sandte, machte er beispielweise folgende Bemerkungen: „Ich wünsche, daß wir alle Hiebe auf die Höfe und Regie-

[1]) Weimarisches Archiv, Bd. 5422 f.

rungen weg ließen. Es schadet der guten Sache.... Ich empfehle diese Stelle nochmals Ihrer Revision, ob sie vielleicht etwas zu mildern wäre. . . . . Ich wünschte, daß diese ganze Stelle wegbliebe. Sie compromittiert den hiesigen und den russischen Hof“ [1]). In gleicher Weise überwachte er die Redakteure seines „Oppositionsblattes“ [2]).

An die Stelle Pfeilschifters war im Sommer 1817 der Kurländer Fr. L. Lindner getreten, der das „Oppositionsblatt mit Gewandtheit leitete und die politische Arbeit als ernsten Lebensberuf betrieb“ [3]). Mit ihm und Wieland war Bertuch sehr zufrieden. So schrieb er am 5. August 1817: „Wieland und Lindner sind brav, arbeiten ordentlich und das Oppositionsblatt steigt immer noch langsam und ich habe bis jetzt gar keinen Anstoß damit“ [4]). Aber schon am 26. August mußte er sich berichtigen: „Lindner will in drei Monaten Weimar verlassen. Wieland sei zu herrschend und er spiele nur eine subalterne Rolle. Wahr ist, daß jeder

[1]) Bertuch-Froriepsches Archiv, Briefwechsel Luden-Bertuch.

[2]) Bertuch selbst benutzte das „Oppositionsblatt“ dazu, um für verschiedene seiner Ideen einzutreten. Ein Hauptziel seiner Arbeit war der Kampf gegen den Büchernachdruck. Hierfür setzte sich das Blatt in einem Leitartikel (6. 8. 1817) ein, worin es hieß: „Die Gattin und Kinder eines ausgezeichneten Schriftstellers darf man nicht verhungern lassen, indem man ihnen das sauer erworbene Eigentum des Gatten und Vaters entreißt. Unser Lessing, Klopstock, Herder, Schiller und Wieland haben nicht nur sämtlich nichts oder sehr wenig hinterlassen, sondern sie hätten ohne Ämter und Pensionen gar nicht leben können“.

[3]) Nach Treitschke, a. a. O. II, S. 409. — Hier irrt Treitschke. Die Leitung des „Oppositionsblattes“ hatte Bertuch; Wieland war der erste Redakteur, Lindner Mitredakteur.

[4]) Bertuch-Froriepsches Archiv, Briefwechsel Bertuch-Froriep.

Mitredakteur mit Wieland ein schwieriges und saures Arbeiten hat, da er zu despotisch ist". Unter diesen Umständen konnte Wielands Bleiben nicht mehr von langer Dauer sein. Schon am 5. November äußerte sich Bertuch darüber folgendermaßen: „Ich merkte, daß Wieland von Mitte September an immer bissiger und starrsinniger in der Redaktion des Oppositionsblattes wurde, viele Beiträge, die gar nicht schlecht waren, willkürlich verwarf, ohne sie zurückzugeben. Er benahm sich höchst starrsinnig und ungezogen gegen mich. Das Oppositionsblatt geht übrigens täglich fort, wird von mir revidiert und es ist seitdem nichts wieder vorgefallen."

Aber schon einige Tage später lief eine neue Beschwerde ein. Sie ging von dem französischen Gesandten in Weimar aus, der in einem Artikel des „Oppositionsblattes" (Nr. 245—247) verunglimpfende Äußerungen und Urteile erblickte. Es wurde darin die Stellung der Okkupationsarmee in Frankreich behandelt: „Wenn dieser Stein des Anstoßes nicht beseitigt wird, so werden die Franzosen sich gegen jede fremde Gewalt in ihrem Lande vereinigen oder eine Empörung wider die Bourbons wird das Signal zu einem abermaligen Aufstand sein".

Bertuch wurde am 19. November 1817, da es sich um einen Wiederholungsfall handelte, mit einem amtlichen Verweis bestraft, der im „Oppositionsblatt" abgedruckt werden mußte; er brachte den Verweis erst am 1. Dezember an einer unscheinbaren Stelle der Beilage zum Abdruck. Darin wurde bei wieder vorkommender Beschwerde die Unterdrückung des Blattes angedroht.

Die Differenzen mit Wieland führten schließlich zu einem offenen Konflikt, in dessen Verlauf Wieland seinen Rücktritt von der Redaktion ankündigte. Bertuch schrieb[1]) darüber an seinen Schwiegersohn Froriep: „Wieland, dem es voller Ernst ist, das Oppositionsblatt zu sprengen und mit seinem „Volksfreund" an dessen Stelle zu treten, hat nun dem Fasse den Boden ganz ausgestoßen, und im Oppositionsblatt[2]), hiesigen Wochenblatt und allen auswärtigen Zeitungen ausgetrommelt, daß er sich vom Oppositionsblatt und jedem Anteile davon losgesagt habe, und ein eigenes politisches Blatt liefern werde. Ich habe ihm durch die ganz ruhige, beiliegende Anzeige[2]) und Bitte an unsere Mitarbeiter (darauf bezüglich, daß das Blatt in alter Weise fortgehen wird) sogleich den Riegel vorgeschoben, denn die Leser sehen daraus, daß das Oppositionsblatt auch nach Wielands Abnahme ordentlich fortgehen wird, und sein Leben oder Tod gar nicht auf dessen Kopf steht. Ich wache indes sorgfältigst darüber, daß mir Wieland keinen neuen Pudel macht, an dem sich die Diplomaten (die jetzt ein wahres Treibjagen auf die politischen Zeitungen machen) hängen und uns böses Spiel machen könnten — besonders nach der Eisenacher und Wartburger Geschichte vom 18. Oktober."

Wieland trat dann am 1. Dezember 1817 wirklich aus der Redaktion des „Oppositionsblattes" aus. Das war für Bertuch, obwohl er es nicht zugeben wollte, doch ein großer Verlust. Denn Wielands gewandte Feder, sein glänzender Stil, die Schärfe und geistvolle

[1]) Bertuch-Froriepsches Archiv. Brief vom 19. November 1817.
[2]) Beilage zum Oppositionsblatt Nr. 69 vom 20. 11. 1817.

Art seiner Leitartikel, seine neuen Ideen und Anregungen in allen politischen Fragen der Zeit bewiesen, daß er ein ausgezeichneter Journalist und der richtige Redakteur für das „Oppositionsblatt" war. Alle diese Eigenschaften traten auch in seiner politischen Zeitung „Der Volksfreund"[1]) hervor, die er noch in demselben Monat in Jena erscheinen ließ, mit dem er aber dem Oppositionsblatt in keiner Weise Abbruch tun konnte. Bis Ende des Jahres führte Bertuch noch mit Lindners Unterstützung das Unternehmen selbst[2]). Auch Froriep war in der Redaktion tätig. Wielands Fehlen machte sich im „Oppositionsblatt" aber doch bald bemerkbar, als es an Stoff fehlte und für die Leitartikel allerhand Lückenbüßer verwandt werden mußten.

Trotz der eifrigen Überwachung durch Bertuch hatte ihm Wieland aber doch noch „einen Pudel" gemacht, den Bertuch bitter büßen mußte. Der Dezember 1817 war überhaupt in jeder Hinsicht ein kritischer Monat für das „Oppositionsblatt".

Zunächst lief am 20. Dezember bei dem Weimarischen Hof eine Beschwerde der dänischen Regierung ein über einen Artikel in Nr. 266 des „Oppositionsblattes" vom 12. November 1817, in dem die Polizeigewalt und der daraus entstehende Mißbrauch in vielen Ländern getadelt wurde. Der Artikel war nicht aus der Redaktion hervorgegangen, sondern von auswärts mit Namens-

[1]) Vgl. Ehrentreich, a. a. O. S. 26.

[2]) Hierauf bezog sich ein Brief Lubens vom 5. 2. 1817 an Bertuch: „Es freut mich sehr, daß es mit dem Oppositionsblatt so vortrefflich geht. Die Welt wird den Abgang des Redakteurs gar nicht merken. Soviel kommt darauf an, daß das Schiff geschickt geleitet werde".

nennung des Verfassers eingesandt. Darunter befand sich aber folgende Fußnote, die anscheinend aus der Redaktion stammte: „Wie das Gerücht sagt, soll in Flensburg das Wochenblatt unter der Zensur der Policey stehen. Hat der Polizeimeister sich diese eigenmächtigerweise ohne höhere Autorisation angemaßt, so ist es unbegreiflich, wie der dortige Buchdrucker, ja die ganze Bürgerschaft, einen gesetzwidrigen Eingriff in eines der heiligsten und wichtigsten Rechte gelassen dulden können. Ist er aber zur Zensur autorisiert, so ist es wieder unerklärbar, warum diese gerade nur in Flensburg stattfinden soll. Auch in diesem Fall hätte die Bürgerschaft nichts Angelegentlicheres zu tun, als durch bescheidene, aber freymütige Vorstellungen höchsten Ortes dagegen zu protestieren. Denn jede andere bürgerliche Freyheit ist durch Freyheit der Presse bedingt, und wer sich diese, ohne Einwendungen dagegen zu erheben, nehmen läßt, ist ein Feiger."

Dieser Note galt die neue Beschwerde. Am 2. Januar 1818 wurde der dänischen Regierung geantwortet, daß der Großherzog das Vergehen nicht allein polizeilich ahnden ließ[1]), sondern auch die richterliche Untersuchung und gesetzliche Bestrafung, „soweit eine solche hier gesetzmäßig Platz zu greifen vermag" — anbefohlen habe. Die Landesregierung, der die rechtliche Behandlung zugewiesen wurde, erklärte am 9. Januar einstimmig, daß ein Vorgehen gegen den Herausgeber des Blattes nicht angängig sei, da der bürgerliche Richter nicht alles das bestrafen könne, was einst die Zensur, vielleicht ohne

[1]) Gemeint ist hier die Unterdrückung des Blattes für die Zeit vom 24. 12. 1817 bis 2. 1. 1818 (siehe S. 125).

einen ihr selbst klar einleuchtenden Grund, unterdrückt haben würde. Außerdem sei der Artikel nur wörtlich abgedruckt aus einer im Ausland erschienenen Druckschrift[1]).

Harmloser verlief eine Anfrage des Polizei-Amtes der Stadt Frankfurt a. M. bei der Polizeidirektion Weimar am 26. 12. 1817, wer der Einsender des in Nr. 290 des „Oppositionsblattes" vom 10. 12. 1817 erschienenen Korrespondenzartikels aus Frankfurt sei. Unter der Rubrik „Tagesneuigkeiten" hatte das „Oppositionsblatt" am 29. November gemeldet: „Endlich eröffnet sich uns die Aussicht auf Abstellung des mit Recht getadelten hiesigen Zensurzwanges. In unserer Constitution hatte man sich vorbehalten, den allgemeinen Bestimmungen der Preßfreiheit, wie sie für den Deutschen Bund versprochen ist, spezielle Bestimmungen anzupassen. Da jene jedoch mit manchem Anderen vor der Hand ausgeblieben sind so glaubte eine kurzsichtige Behörde in dem Mangel an gesetzlicher Anstrengung einen freien Tummelplatz für ihre Willkür zu besitzen und, da es ihr leichter erschien, in dem obrigkeitlichen Mantel gehüllt, gegen Angriffe schwacher Individuen Schutz zu finden, als gegen die starker Regierungen, so entstanden die merkwürdigsten Eingriffe selbst in dem bescheidensten Gebrauch der Preßfreiheit usw."

Die Weimarische Regierung ließ sich in diesem Fall überhaupt auf keine weitere Untersuchung ein, sondern ließ durch die Landesdirektion am 30. Dezember kurzerhand antworten: „Die in den Großherz. Landen verfassungsmäßig bestehende Freyheit der Presse gestattet Uns nicht,

[1]) Nach Weimarischem Archiv. Bd. 5420,

die Herausgeber des Oppositionsblattes zur Angabe ihrer Correspondenten zu zwingen, und deshalb finden wir Bedenken, von ihnen den Einsender des in Nr. 290 enthaltenen Artikels über Frankfurt erfragen zu lassen" [1]).

Vor diesen war jedoch schon am 19. Dezember eine Beschwerde eingegangen, die weit unheilvoller für das „Oppositionsblatt" auslief. Der österreichische Gesandte Graf Zichy sah in einer Notiz der Nr. 266 vom 12. November 1817 eine Verleumdung der Staatsverfassung Österreichs, eine Schmähung des Volkes, ja sogar einen Aufruf zur Empörung, und forderte strengste Bestrafung und Genugtuung. Es handelte sich um eine Nachricht, die der „Allgemeinen Zeitung" entnommen war und die über den Zusammentritt und — nachdem ihre Aufgabe erledigt war — die sofortige Auflösung der österreichischen Landstände berichtete. Die Redaktion des „Oppositionsblattes" hatte folgende Bemerkungen angeschlossen: „Da die Landstände innerhalb ein paar Stunden über die Anträge und Postulate des Hofes unmöglich sich weder bedenken, noch berathen können, so kann man in der That nicht sagen, daß sie dieselben annehmen, wozu doch Überlegung und Entscheidung erfordert wird. Haben sie aber nur anzuhören, was die Regierung in Landessachen beschlossen hat, so sind sie keine Vertreter des Volkes. Sie sind auch keine Ratgeber des Fürsten, denn zum Ratgeben wäre doch mehr Zeit erforderlich. Man kommt also in Verlegenheit, unter welche Kategorie man sie bringen und welchen Zweck man sich dabey denken soll. Verlangt aber das österreichische Volk wirklich keine andere und zweck-

[1]) Weimarisches Archiv, Bd. 5422 f.

mäßigere, ständische Einrichtung, desto schlimmer! Ein Volk, das keine geistigen Bedürfnisse kennt, muß noch sehr zurück seyn".

Das war der „Pudel", den Wieland noch Bertuch gemacht hatte. Die Bemerkungen waren zwar nicht staatsgefährlich, aber sie verstießen doch gegen die Weimarische Preßverordnung vom 3. Mai 1817 (siehe S. 107). Bertuch wurde daher am 22. Dezember vor die Landesdirektion geladen und ihm eröffnet, daß die Herausgabe des „Oppositionsblattes" untersagt würde. Sie war aber zugleich durch den Großherzog autorisiert, den Beschlag auf die weitere Herausgabe wieder aufzuheben, wenn Bertuch eine genügende Erklärung und Entschuldigung über den gedachten Artikel in das Blatt „in geziemendem Tone einzurücken sich erklärte und solche vorher zur Einsicht der Landesdirektion vorlegen würde". Bertuch war so überrascht, daß er sich erst am nächsten Tag erklären wollte. Das „Oppositionsblatt" mußte jedoch sistiert bleiben, und am 22. Dezember brachte das Landes-Industrie-Comptoir eine gedruckte Nachricht, daß „die fernere Herausgabe des Oppositionsblattes bis auf Weiteres untersagt sei". Die letzten zwei Nummern erschienen noch am 23. Dezember. An diesem Tage reichten Bertuch und Froriep als die Inhaber des Landes-Industrie-Comptoirs der Landesdirektion ein mehrseitiges Pro Memoria ein, in dem sie darlegten, daß es ihnen ferngelegen habe, die österreichische Regierung zu beleidigen, oder zu hetzen. Außerdem sei der Artikel schon am 12. November erschienen. Nach dem am 19. November erfolgten Verweis (siehe S. 119) hätten sie sich bemüht, jeden Anstoß zu vermeiden, der

Redakteur Wieland sei entlassen und sie bäten daher das Verbot der Zeitung wieder aufzuheben.

Auf diese Erklärung hin erlaubte der Großherzog am 26. Dezember, daß das Blatt mit dem neuen Jahre wieder erscheinen dürfte, jedoch sollte der Zusatz „Mit Großherzoglich Sächsischem Privilegio" künftig ganz wegfallen, da diese Bezeichnung Mißdeutungen zur Folge gehabt hatte. Das bewilligte Privileg sollte bestehen bleiben, die richterliche Beurteilung der Beschwerde jedoch nicht umgangen werden. Da sich die österreichische Regierung mit diesen Erklärungen und Maßnahmen begnügte, wurde schließlich die richterliche Untersuchung stillschweigend niedergeschlagen.

So segelte das „Oppositionsblatt" mit neuen Hoffnungen in das Jahr 1818 hinein. Gerade die Anfeindungen und Angriffe hatten ihm neue Freunde und Bewunderer gebracht. Das Programm war das alte geblieben. Es wollte auch in Zukunft danach streben, durch Erörterungen der Grundbegriffe, durch Anzeige und Urteil über Mängel und Gebrechen, zu einem besseren Zustande beizutragen, und sich dem Unrecht, dem Ungehorsam und der Ungesetzlichkeit entgegenzustellen. Es wollte Fürsten und Regierungen ehren, ohne sie durch Schmeicheleien zu beleidigen.

An der Spitze des ersten Stückes am 2. Januar 1818 stand eine amtliche Bekanntmachung der Landesdirektion, in der die Gründe zur zeitweiligen Unterdrückung des Blattes auseinandergesetzt wurden. Am Schluß folgte die Erklärung, daß das „Oppositionsblatt" niemals ein offizielles Blatt gewesen sei, noch künftig sein werde. Anschließend daran legten Bertuch und Froriep den

Verlauf und die Gründe der Unterdrückung ausführlich dar.

Das Wiedererscheinen wurde von den alten Lesern freudig begrüßt. So schrieb Luden am 4. Januar an Bertuch: „Glück auf, mein Verehrtester, so rufe ich ihnen von Herzen bei dem neuen Auslaufen mit dem Oppositionsblatt zu. Es ist recht, daß Sie die Fahrt noch einmal wagen. Auch habe ich die Überzeugung, daß man künftighin nicht mehr so unverständig zutappen wird. Soll ich ex-post nur einmal in der „Nemesis" etwas darüber sagen"?[1])

Ende Dezember war auch Lindner aus der Redaktion ausgeschieden. Seit Beginn des neuen Jahrgangs leitet der 56jährige Holsteiner Jurist Friedr. Aug. Rüder[2]) als alleiniger Redakteur das Blatt, der sich ihm in seiner ruhigen zielbewußten Art mit allen Kräften widmete. Sein Lieblingsgebiet war die auswärtige Politik und die Erörterung wirtschaftlicher Fragen. Mit klarem Blicke erkannte er schon ihre Zusammenhänge und weitschweifige Abhängigkeit. Wenn er im „Oppositionsblatt" nicht für die allgemeine Handelsfreiheit eintrat, sondern nur für eine solche innerhalb der deutschen Bundesstaaten, so ging er dabei von dem Gedanken aus, daß erst dem eigenen Lande das Notwendige gesichert werden müßte, und nur Erzeugnisse ausgeführt werden dürften, an denen Überfluß vorhanden war.

Aus diesem Grunde bekämpfte das „Oppositions-

[1]) Bertuch-Froriepsches Archiv, Briefwechsel Bertuch-Luden.

[2]) A. D. Bd. 29, S. 455.

blatt" scharf die Methode des englischen Handels, dem eine ungehinderte Einfuhr nach Deutschland offen stand. Immer wieder wurde auf England hingewiesen: „Wer sollte den Hülfruf der deutschen Fabrikanten, die im Wettkampf mit dem englischen Riesen zu unterliegen mit Recht fürchten, nicht mit Teilnahme hören? (1818). „Teutschland soll zur englischen Colonie werden, die ohne eigene Schiffahrt und Fabrikation nur auf den Schiffen des Mutterlandes die Befriedigung seiner Bedürfnisse zugeführt erhält. Die Engländer haben, um unsere Fabriken zu erdrücken, die Marktplätze Teutschlands mit ihren Waren zu Spottpreisen überschwemmt" (1819).

Alle diese Artikel Rüders können in ihrer formvollendeten Darstellung und klaren, sachlichen Behandlung noch heute als Muster journalistischen Wirkens angesehen werden. Unter seiner Leitung nahm die Zeitung eine stete weitere Entwickelung; nur die von auswärts einlaufenden Correspondenzen erregten immer wieder Anstoß. Am 10. August 1818 hatte beispielsweise unter den Miszellen folgende Notiz über Spanien Aufnahme gefunden: „Nachdem Ferdinand und Isabella auf Anstiften der frommen Diener der Kirche die in Spanien wohnenden Mauren und Juden (die zusammen $1^1/_2$ Millionen Menschen betragen mochten) mit aller erdenklichen Grausamkeit bedrückt, verfolgt, gemartert und endlich gezwungen hatten, mit Zurücklassung ihres ganzen Vermögens das Land zu räumen, legte der Papst dem Könige als Belohnung für solche rührenden Beweise von Eifer für die päpstliche Religion den Ehrennamen des katholischen und rechtgläubigen Königs bei.

Seit dieser ruhmwürdigen Begebenheit führen alle spanischen Könige diesen Titel, ungeachtet mehrere von ihnen in ihrem papistischen Eifer nicht weitergingen, als daß sie dann und wann etliche Schock Ketzer, zur Ehre und zur Verherrlichung der päpstlichen Religion, feierlich verbrennen ließen".

Hiergegen legte[1]) der Domkapitular in Hildesheim, Frhr. v. d. Vorst, beim Großherzog Verwahrung ein und beklagte sich heftig über die Redaktion des „Oppositionsblattes", dessen Aufsätze höchst anstößig und beleidigend seien. Vor allem sei es in letzter Zeit gegen den Adel, die Geistlichkeit, die katholische Kirche, den Papst und allerlei gekrönte Häupter zu Felde gezogen, und er bat darum, daß Artikel, die auf die Religion und Kirche und ihre Diener Bezug hätten, untersagt würden. — Die Regierung gab dem „Oppositionsblatt" von der Beschwerde Kenntnis und ordnete an, daß ähnliche Artikel nicht wieder veröffentlicht werden dürften.

Aus Weimar — Stadt und Land — war im allgemeinen nicht viel zu berichten, erst als hier der Prozeß[2]) zwischen Luden und Kotzebue alle Gemüter erregte, griff auch das „Oppositionsblatt" ein. Es nahm natürlich gegen Kotzebue Stellung, der als verschrieener Reaktionär der bestgehaßte Mann war. Goethe schrieb Ende Januar 1818 über ihn aus Jena: „Bürger wie Studenten wüthen öffentlich gegen den Erbfeind, wie sie ihn betrachten"[3]), und Luden schrieb in einem

[1]) Weimarisches Archiv, Bd. 7756.

[2]) Ausführliche Darstellung bei Ehrentreich a. a. O., S. 54—68.

[3]) Goethes Briefe an Voigt, Leipzig 1868, S. 390.

Briefe[1]) an Bertuch: „Wie schamlos der Kerl ist, das übersteigt alle Begriffe". Das „Oppositionsblatt" wollte Luden zur Hilfe eilen und brachte am 6. Mai 1818 einen Leitartikel „An das ehrliebende Publikum", in dem Kotzebue als Verbreiter falscher Gerüchte über Weimar an den Pranger gestellt wurde. Diese Gerüchte waren in verschiedenen antiliberalen Zeitungen im Februar 1818 erschienen, und zwar als Korrespondenz aus Weimar. Da man solche Verdrehungen nur Kotzebue zutraute, so glaubte man, ihn als den Verfasser beschuldigen zu müssen. Es hieß da u. a.: „Der Professor Oken, von dem in Ihrem „Freimütigen" mit Recht gesagt wurde, daß er unter den zahlreichen Eselsköpfen in seiner „Isis" nur den seinigen vergessen habe, ist in Gendarmbegleitung nach dem Gefängnis der Wartburg abgeführt worden. Professor Luden in Jena ist beim Protektorat übergangen worden, seine „Nemesis" verboten. Den Herausgebern des „Oppositionsblattes" (Bertuch und Froriep) ist der Hof verboten worden. Die Landstände haben den Artikel der Constitution, welcher die Preßfreiheit betrifft, in die Hände unseres edlen Großherzogs zurückgegeben, bis zur Entscheidung des Bundestages, der über diese Angelegenheit bestimmen wird. Einen herrlichen Baum hatte unser Fürst in die Mitte Deutschlands gepflanzt, er mußte wieder ausgerissen werden, denn konnte er etwas anderes als taube Blüten erzeugen statt der gehofften, erquickenden Früchte!"

In Wahrheit waren diese Nachrichten nicht eigentliche „Korrespondenzen" Kotzebues, aber sie waren

[1]) Bertuch-Froriepsches Archiv, 6. Oktober 1818.

einem Briefe entnommen, den er geschrieben. In seiner Nr. 133 vom 8. Juni 1818 legte das „Oppositionsblatt" selbst diesen Sachverhalt offen dar.

Das Jahr 1819 war dem „Oppositionsblatt" schon deshalb besonders günstig, weil es sich als das einzige liberale Blatt im Großherzogtum gehalten hatte. Okens „Isis" wanderte zu Brockhaus nach Leipzig ab, Ludens „Nemesis" und der „Neue Rheinische Merkur" des Professors Martin (Jena) waren infolge unerfreulicher Prozesse und Preßkonflikte Ende 1818 eingegangen. Schon vorher, Ende September 1818, mußte Wieland seine politische Zeitung „Der Patriot" (Jena) aufgeben[1]). Das „Oppositionsblatt" konnte also im Jahre 1819 eher mit einer Zunahme als einer Abnahme seiner Leserzahl rechnen. Trotz ihres sachlichen Tones drohten der Zeitung aber bald wieder neue Gefahren.

In Nummer 14 vom 16. Januar 1819 erschien ein Artikel des Berliner Korrespondenten, der über die Angelegenheit eines Dr. Förster berichtete, über den König Friedrich Wilhelm eine gerichtliche Untersuchung verhängt hatte. Da darin von dem Polizeistaat Preußen und einer Hofpartei gesprochen wurde, verlangte Hardenberg in einer Beschwerde vom 30. Januar, daß die Redaktion des „Oppositionsblattes" zur Herausgabe des Manuskriptes veranlaßt würde. Die Weimarische Regierung, die in dem Artikel eine indirekte Beleidigung

[1]) Wieland kündigte das Ende seines „Patriot" in Nr. 13 v. Sept. 1818 an: „Ende September soll der Patriot aufhören. Vielleicht wird er unter Mithilfe würdiger Gehülfen bald in einer mannigfaltigeren Form wieder auftreten. Ich gedenke mich keineswegs aus der politischen Sphäre, weil sich Wolken am Himmel sammeln, zurückzuziehen".

des preußischen Königs und damit einen Verstoß gegen die Preßverordnung vom 3. Mai 1817 erblickte, kam diesem Verlangen entgegen. Bertuch und Froriep erhoben dagegen Einspruch, da der Artikel nach ihrer Ansicht keinen Verstoß gegen irgend eine Bestimmung enthielte. Ihre Standhaftigkeit ging schließlich so weit, daß sie sich an das Oberappellationsgericht wandten, das auch den von der Regierung erlassenen Strafbefehl wirklich aufhob.

An diesen Fall schlossen sich endlose Erörterungen über die Zuständigkeit der Gerichte und die Zulässigkeit der Klagen an, in die fast alle Minister und Rechtsgelehrten des Großherzogtums eingriffen[1]). Auch eine neue Nichtigkeitsklage des Staatsfiskals[2]) wurde von der obersten Justizbehörde verworfen, und der Regierung blieb nichts anderes übrig, als diese Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen nach Berlin mitzuteilen. Dort ließ man nun den Fall auf sich beruhen, denn jetzt glaubte die Reaktion durch die in Vorbereitung befindlichen Karlsbader Beschlüsse bald ein Mittel in der Hand zu haben, um sich auch die liberale Presse gefügig zu machen.

Diese Beschlüsse, die jede freie, geistige Entwickelung und Meinungsäußerung in den deutschen Staaten bis 1818 verhinderten, wurden in Weimar am 2. November 1819 im „Regierungsblatte" bekannt gemacht. In demselben Blatt wurden dann auch am 12. November die Zusätze der Weimarischen Regierung veröffentlicht, die in sehr scharfem Tone gehalten waren und sich im wesentlichen auf frühere Verordnungen gegen Preßmißbräuche

[1]) Weimarisches Archiv, Bd. 7773.
[2]) Vergleiche Seite 145.

stützten. Außerdem wurde jetzt neu bestimmt, daß Schriften, die nicht der Zensur vor dem Druck vorgelegt würden, und die Zensur absichtlich umgehen wollten, als solche mit „gefährlicher Tendenz" behandelt würden, und daß sie mit sofortiger Unterdrückung zu rechnen hätten, die Zeitungen aber nicht nur mit Unterdrückung einzelner Nummern, sondern mit einem dauernden Verbot ihres Erscheinens.

Das „Oppositionsblatt", das bis dahin weiter erschienen war, brachte das Protokoll über die Bundestagssitzung vom 20. September 1819, die die Karlsbader Beschlüsse „einmüthig" angenommen hatte, anfangs Oktober (Nr. 236 und 237). Erst am 18. Oktober äußerte es bescheiden und vorsichtig seine Meinung in einem „Eingesandt" und bezeichnete es als höchst bedenklich, die Presse einem solchen Zwange zu unterwerfen. „Die Presse ist des Menschen zweite Zunge, sie ist seine zweite Stimme, damit wir zueinander auch aus weiter Ferne sprechen sollen". Den Groll, den man gegen die Knebelung der Presse empfand, konnte und durfte man nach den verhängnisvollen Beschlüssen nicht freimütiger aussprechen. Nur eine fremde Stimmung ließ die Redaktion nochmal zum Worte kommen, eine Übersetzung aus dem französischen Journal „Le vrai liberal", in der die Preßfreiheit als ein Recht gefordert wurde (Nr. von 24. November 1819).

Um Beiträge waren Bertuch und Rüder sicher nicht verlegen, aber wer durfte es wagen, noch offen zu sprechen? Durch den Druck, der auf allen lastete, litt der innere Gehalt des Blattes. Man vermied alle politischen Erörterungen; die scharfe Kritik, die Anspie-

lungen und der feine Spott, die sich früher in den Korrespondenzen gefunden hatten und so gern gelesen wurden, verschwanden nun aus dem „Oppositionsblatt". Selbst Luden und Ludwig Wieland, die Bertuch als Mitarbeiter herangezogen hatte, hielten sich zurück. Wieland schrieb am 12. und 13. November 1819 einen Leitartikel über die berühmte Schrift Görres „Teutschland und die Revolution". Er zeichnete mit „L. W."; es war seine letzte Arbeit, denn am 12. Dezember starb dieser „kräftige Streiter für Wahrheit, Licht und Recht" (Oppositionsblatt" vom 15. Dezember 1819) in Jena.

Nach den Karlsbader Beschlüssen mußten alle Zeitungen und Zeitschriften den Namen des Schriftleiters tragen. Am 4. November 1819 nannte sich Rüder als erster, vom 5. November ab als „verantwortlicher Redakteur".

Wie schwer die Karlsbader Beschlüsse rein praktisch durchzuführen waren, und wie schwierig für liberale Anschauungen die Entscheidungen in Zensurangelegenheiten oft sein mußten, zeigte der Weimarischen Regierung schon das Jahr 1820, das dem „Oppositionsblatt" für immer das Ende bereitete.

Alle liberalen Länder hatten unter den Karlsbader Beschlüssen gleich schwer zu leiden, ihr gegenseitiges Vorgehen wegen Preßmißbräuchen bestand nicht in öffentlicher, lauter Brandmarkung, sondern man verständigte sich von Kabinett zu Kabinett. Man forderte jetzt, wo man selbst so viel zu dulden hatte, nicht sofort Bestrafung und Unterdrückung, sondern lediglich eine Berichtigung. So handelte auch die bayerische Regierung, die sich über falsche Nachrichten über bayerische Adels-

verleihungen beschwerte, die der Korrespondent des „Oppositionsblattes" aus München gemeldet hatte und die in Nr. 133 vom 6. Juni 1820 erschienen waren. Die Berichtigung wurde von der bayerischen Regierung mitgesandt und im „Oppositionsblatt" am 2. September abgedruckt. Die Landesdirektion, die bei dieser Gelegenheit eine sorgfältige Prüfung der eingesandten Aufsätze empfohlen hatte, war mit dieser schnellen Erledigung sehr zufrieden, und es fand anläßlich dieses Vorfalles zwischen ihrem Präsidenten v. Motz und dem Redakteur Rüder ein außerordentlich zuvorkommender Schriftwechsel[1]) statt.

Anders und viel verhängnisvoller verlief ein Vorfall, hinter dem die reaktionäre österreichische Regierung stand, die schon so oft versucht hatte, der liberalen Presse Sachsen-Weimars den Todesstoß zu versetzen. Am 9. Oktober 1820 hatte Rüder einen Artikel veröffentlicht, den er überschrieb: „Was sind die Institutions sociales, denen der Comité Directeur der fünf Mächtigsten Souverains Erhaltung zugesichert hat?" Am 10. Oktober folgte die Fortsetzung: „Was sind die Institutions sociales, denen der Comité Directeur entgegenwirken will?" Der Hauptzweck beider Aufsätze gipfelte in dem alten Ideal des „Oppositionsblattes": die vom Regenten und vom Volk beauftragten Staatsbürger müssen größte Sorgfalt anwenden, und ganz leidenschaftlos die neue Verfassung ihres Vaterlandes bilden.

Der Anstoß, den diese Artikel erregten, wurde also kaum durch ihren Inhalt hervorgerufen, sondern vielmehr durch die Titel und die Bezeichnung „Comité

[1]) Weimarisches Archiv. Bd. 5422 f.

Directeur", worin der größte Reaktionär des Deutschen Bundes, Fürst Metternich, eine persönliche Beleidigung und Herausforderung erblickt. Er griff infolgedessen selbst zur Feder und richtete an den Staatsminister Frhr.. v. Fritsch aus Troppau am 14. Novbr. ein Schreiben[1]), das seine unumschränkte Macht kennzeichnete:

Hochwohlgeborener Freiherr! Die „Weimarische Zeitung", welche sich den Namen des „Oppositionsblattes" beygelegt hat, enthält unter dem 9. und 10. Oktober zwey Artikel, betitelt . . . . (vergl. oben). So viel sich auch über den Inhalt dieser Artikel sagen ließe, so ist doch das gegenwärtige Schreiben einzig und allein durch den Titel derselben, und durch die im Texte selbst mehrmals geflissentlich wiederholte Benennung „Comité Directeur" veranlaßt worden. Euer Exzellenz kann nicht unbekannt sein, daß mit dieser in Frankreich erfundenen Benennung der Begriff eines geheimen, die Umtriebe einer Faktion leitenden Ausschusses verknüpft wird, daß man sich derselben nie anders als um unlautere oder sträfliche Absichten zu bezeichnen, bedient, und daß sie am häufigsten den Häuptern derjenigen Faktion, die man beschuldigt, am Umsturz der Monarchischen Verfassung zu arbeiten, zu Theil geworden ist.

Es würde zu jeder Zeit Befremden erregt haben, daß in einem wohlgeordneten deutschen Staate, unter einem mit den ersten Europäischen Regenten-Häusern so enge verbundenen Fürsten, ein Zeitungsschreiber wagen, noch mehr aber ein Zensor gestatten durfte,

[1]) Weimarisches Archiv B 7756.

eine solche Benennung auf die Cabinette der verbündeten Fürsten anzuwenden. Noch gehässiger aber erscheint dieses Beginnen in einem Augenblicke[1]), wo drey dieser Souverains in höchster Person vereinigt sind, um Gegenstände von hoher Wichtigkeit für sie selbst und für alle übrigen Staaten zu verhandeln, um gegen das von so vielen Seiten über Europa einbrechende Verderben in gemeinschaftlichen Berathungen Hilfe zu suchen.

Eure Exzellenz können sich versichert halten, daß ein so auffallender Frevel unter den hier anwesenden Monarchen und deren Ministern nur ein und dasselbe Gefühl von Unwillen erregt hat. Se. Majestät der Kaiser von Rußland haben sich darüber bestimmt geäußert, und werden, sowie das Königl. Preuß. Ministerium, den Ausdruck dieses Gefühles unmittelbar an die Großherzogliche Regierung gelangen lassen.

Der Kaiserl. österreich. und Königl. Preuß. Hof wären allerdings berechtigt, in Gemäßheit des Bundestagsbeschlusses vom 20. Oktober 1819 zu einer förmlichen Klage beym Bundestage zu schreiten. Da dieser unbeliebige Schritt jedoch mit vielem Zeitverlust verknüpft sein würde, auch im vorliegenden Falle nicht sowohl an dem anstößigen inneren Gehalt dieses oder jenes Artikels, als von einer augenscheinlich gröblichen Verletzung der den höchsten Souverains schuldigen persönlichen Erfurcht die Rede ist; so haben Se. Majestät der Kaiser, mein allergnädigster Herr,

[1]) Über den in Troppau stattfindenden Kongreß siehe A. Stern a. a. O. II, S. 128 ff.

mich beauftragt, in Ihrem höchsteigenen Namen Beschwerde zu führen, und bey der Großherzogl. Regierung auf gänzliche Unterdrückung des „Oppositionsblattes", als die einzige, dem Vergehen angemessene Genugthuung anzutragen.

Bey dem von Sr. K. Hoheit dem Großherzog so oft und so rühmlich an den Tag gelegten, von Sr. Majestät in ihrem ganzen Werthe anerkannten, wohlwollenden und freundschaftlichen Gesinnungen, läßt sich an einer günstigen Aufnahme dieses Antrages nicht zweifeln. Sr. Majestät sind vielmehr überzeugt, daß es Sr. K. Hoheit nicht unangenehm sein kann, in den gerechten Beschwerden der Höfe die natürlichste Veranlassung zu einer Maßregel zu finden, wodurch die Großherzogl. Regierung ein für allemahl der lästigen Verantwortung für ein Blatt enthoben würde, dessen täglich wiederkehrenden Angriffe, dessen unverkennbare, feindselige Richtung, nicht bloß gegen einzelne Beschlüsse und Anordnungen, sondern gegen das ganze politische System der verbündeten Mächte, und die ganze jetzt bestehende Ordnung der Dinge, früher oder später, und von mehr als einer Seite die verdrießlichsten Erörterungen herbeyführen müßte.

Euer Exzellenz persönliche Denkungsart ist mir Bürge, daß auch Sie den gegenwärtigen Schritt aus seinem wahren Gesichtspunkte beurtheilen, und die Gerechtigkeit und Billigkeit der von den verbündeten Höfen begehrten Genugtuung nicht verkennen werden. Ich ergreife usw.".

Diesem Schritte Metternichs schloß sich auch der in Troppau anwesende, preußische Gesandte Graf Berns-

torf an, der gleichfalls als einzige Genugtuung das Verbot des „Oppositionsblattes" verlangte.

Die ganze Angelegenheit rief in Weimar peinlichste Bestürzung hervor. Man empfand es besonders unangenehm, daß gerade damals auch der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar in Troppau weilte; um ihn eingehend von dem zu unterrichten, was vorging, wurden ihm Abschriften über den ganzen Skandal zugesandt. Der Großherzog forderte die Urteile seiner Staatsminister ein. Gersdorff beleuchtete den Fall nach der Landesgesetzgebung und dem Völkerrecht. Der Staatsrat Schweitzer, ein Mann von weitreichenden Kenntnissen und besonderer Vertrauter des Großherzogs, schlug vor, gegen das „Oppositionsblatt" nach Weimarischen Gesetzen vorzugehen, da es in den fraglichen Artikeln weder die Würde noch die Sicherheit noch die Verfassung anderer Bundesstaaten angegriffen habe. Der Bundestag würde das Blatt nur willkürlich, nicht auf Grund des Beschlusses vom 20. September 1819, unterdrücken.

Zu dieser Ansicht bekannte sich dann auch der Großherzog. Es erschien ihm ratsamer, das weitere Erscheinen des Blattes von sich aus zu untersagen, als einen Richterspruch des Bundestages abzuwarten, dessen Ausfall nicht zweifelhaft sein konnte. Ihm lag nun daran, möglichst schnell zu handeln, um dem Kaiser zu zeigen, daß Weimar nicht in der Opposition verharren wollte, sondern daß der Wille bestand, alles wieder gut zu machen. Am 25. November erfolgte daher die Aufhebung des „Oppositionsblattes" und eine diesbezügliche Mitteilung an Metternich und an den

Grafen Bernstorf. Carl August fügt den Akten am 25. November eigenhändig die Bemerkung bei: „Die Schreiben nach Troppau über Dresden sind auf dem schnellsten Wege dorthin zu befördern."

Die Aufhebungsurkunde wurde am 25. November vom Großherzog unterzeichnet und lautete: „Die vielen Beschwerden auswärtiger Regierungen, welche das hier erscheinende „Oppositionsblatt" schon veranlaßt hat, und recht geflissentlich und frevelhaft zu veranlassen fortfährt, insonderheit eine von dem Kaiserl. österr. und Königl. Preuß. Kabinette neuester Zeit wieder erhobene und durch Nr. 240 und 241 des „Oppositionsblattes" herbey geführte Beschwerde stellen an sich und ihren Gründen die Tendenz der gedachten Zeitschrift so gefährlich dar, daß von jedem neuen Stück sich weitere Gesetzwidrigkeiten oder Gefährdung des Gemeinwohles durch Störung der öffentlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse erwarten läßt. Dieses erwägend und noch bedenkend, daß die in Gemäßheit des Bundestagsbeschlusses vom 20. September 1819 angeordnete Zensur, weil sie nach dem ihr gegebenen Gesetze nur Angriffe auf die Würde, die Sicherheit, die Verfassung oder Verwaltung anderer Bundesstaaten zu beachten hat und ihr überdies die sofortige Entdeckung absichtlich versteckter Beleidigungen ebenso wenig, als die sofortige Entdeckung aller zur Aufnahme in die Zeitschrift bestimmter Unwahrheiten anzumuthen ist, einer solchen Tendenz zureichend und mit voller Sicherheit nicht begegnen kann, haben Wir beschlossen, daß das „Oppositionsblatt" nach Maßgabe des Gesetzes vom 6. April 1818, § 13 und der darin angeführten Verordnung vom 3. May 1817

sofort und gänzlich unterdrückt werden soll. Unsere Landesdirektion hat diesen Beschluß auf das Schleunigste zu vollziehen."

Die Unterzeichnung der Urkunde geschah Sonnabend den 25. November. Die Montagsnummer des „Oppositionsblattes" vom 27. November war aber schon vorbereitet, diese Nr. 282 war seine letzte. Ihr lag eine diesbezügliche Mitteilung des Verlags bei und ein Abschiedswort an das Publikum: „Die Redaktion legt die Feder ruhig und mit Bewußtsein nieder: nur das Gute nach bester Überzeugung gewollt und die Ausführung desselben nur auf gesetzmäßigen Wegen gewünscht zu haben".

Am 4. Dezember reichte Froriep der Regierung noch ein ausführliches Pro memoria ein, in dem er die Versicherung abgab, daß der Redakteur Rüder nicht geahnt hatte, daß in dem Ausdruck „Comité Directeur" eine Beleidigung liegen könne, zumal derselbe schon früher von andern Zeitungen gebraucht worden sei. Das „Oppositionsblatt" habe stets das Bestreben gehabt, nur das Beste zu wollen, und alle Anstöße zu vermeiden. Die Regierung nahm hiervon nur Kenntnis und legte das Schriftstück zu den Akten.

Die Frage, warum die eingesetzte Zensurkommission das „Oppositionsblatt" nicht vor dem Untergang bewahren konnte, erschien nur allzu gerechtfertigt und nötigte auch die Weimarische Regierung, einen Bericht einzufordern, weshalb die Aufsätze ungehindert die Zensur passiert hätten. Die Zensoren, die Geh. Regierungsräte Hufeland und Gille, hatten den Ausdruck „Comité Directeur" für ganz unverfänglich gehalten, weil sie keine Bedenken dagegen hatten, daß die Ver-

einigung der fünf europäischen Mächte zu gemeinsamen Zwecken mit diesem, an sich nicht respektswidrigen Ausdruck bezeichnet wurden. Anderseits war ihnen die französische Bedeutung dieser Bezeichnung nicht bekannt, da sie nicht französische Zeitungen und Schriften lasen. Die Zensurkommission fühlte sich aber völlig schuldlos und führte als letzten Grund noch den folgenden an: „Man könnte vielleicht dagegen geltend machen wollen, daß dieser nicht deutsche Ausdruck in einem deutschen Aufsatz die Aufmerksamkeit des Censors habe erregen müssen, allein dem kann wohl mit Grund entgegnet werden, daß die französische Sprache als die Sprache der Diplomatie zwischen den europäischen Mächten allgemein anerkannt ist und daß es deshalb wohl dem Censor zur Entschuldigung gereichen wird, wenn er von der Voraussetzung ausging, daß jener Ausdruck völlig unverfänglich und eine, in der Sprache der Diplomatie nicht ungewöhnliche, am allerwenigsten anstößige Bezeichnung, des dirigierenden Vereins der fünf Hauptmächte von Europa sey."

Die Schuld am Untergange des „Oppositionsblattes" hatte also weder die Redaktion noch die Regierung, sondern der reaktionäre Geist jener Zeit, der hinter jedem Ausdruck und in jedem Wort Unheil und Umsturz witterte. Gerade die Weimarische Regierung kämpfte gegen diesen Geist, aber es gelang dem kleinen Staate, dem keine „100000 Bajonette zur Verfügung standen"[1]), nicht, sich durchzusetzen.

Unablässig hatte sich Weimar seit dem Zustandekommen des deutschen Bundes um eine allgemeine

[1]) Biedermann, Goethes Gespräche. Bd. II, S. 214.

Preßfreiheit bemüht. Die Vorgänge nach dem Wartburgfest[1]), die ständigen Beschwerden über das „Oppositionsblatt", den „Neuen Rheinischen Merkur"[2]), die Preßprozesse der „Isis" und „Nemesis" hatten der

[1]) Vgl. Ehrentreich, a. a. O. S. 40—48.

[2]) Von einer Beschwerde gegen den „Neuen Rheinischen Merkur" war bisher nichts bekannt, selbst nicht Ehrentreich (a. a. O. S. 18). Tatsächlich lag eine solche vor. Da ihr Verlauf für die Weimarischen Preßverhältnisse charakteristisch ist, so wird das hier folgende nach den Akten B 6332 des Weimarischen Archivs gegeben. Am 17. Februar 1818 beschwerte sich die Kurf. Hessische Regierung zu Cassel über einen Artikel in Nr. 18 des „Neuen Rheinischen Merkur" mit der Überschrift: „Mitteilungen aus dem Kurhessischen". Außer der Namhaftmachung des Autors wurde Bestrafung des Herausgebers, des Geh. Justizrats Martin in Jena verlangt. Da Martin als Mitglied des Ober-Appellationsgerichtes nur durch den Inspektionshof bestraft werden konnte, so entstanden dadurch lange Verzögerungen, infolge deren die Hessische Regierung von einer Bestrafung Martins absehen wollte, jedoch auf der Namhaftmachung des Einsenders bestand. Martin verweigerte diese natürlich, da er „dazu vom Einsender nicht befugt und auch rechtlich nicht dazu gehalten sei" (19. März). Ehe dieser Fall erledigt war, lief in Weimar eine neue Beschwerde (Martin hatte 1816 seine Professur in Heidelberg aufgegeben, weil er als eifriger Vorkämpfer für eine badische Verfassung mit der badischen Regierung in Konflikt geraten war) des Badischen Ministeriums vom 14. April ein, das sich in bitteren Worten darüber beklagte, daß Martin im „Merkur" dauernd die badische Regierung, der er willkürlichen Despotismus vorwerfe, und das ganze Land verleumdet hätte. Auch hier wurde die Bestrafung Martins und Vorbeugungsmittel für die Zukunft gefordert, um den bisherigen Unfug zum Ende zu bringen. — In beiden Fällen wollte die Weimarische Regierung den verdienten Gelehrten schützen und trat mit Wärme für ihn ein: „Der Geh. Justizrat Martin ist, einige Fehlgriffe in seinem Benehmen als politischer Schriftsteller abgerechnet, von so anerkanntem Verdienst und rechtlichem Charakter, daß eine Schonung seiner Person, soweit es die Umstände gestatten mögen, ihm wohl zu gönnen ist." Diese ewigen Belästigungen verleideten Martin die Fortführung der Redaktion, und er stellte sein baldiges Zurücktreten bestimmt in Aussicht. Dies veranlaßte die

Regierung klar gezeigt, daß ihre liberalen Anschauungen über Preßfreiheit erst dann ihre richtige Wirkung ausüben konnten, wenn sie auch von allen übrigen deutschen Staaten übernommen wurden. In diesem Sinne hatte der Großherzog schon am 16. Dezember 1817 dem König von Preußen gegenüber den Wunsch ausgedrückt, daß über den erlaubten Gebrauch und Mißbrauch der Preßfreiheit auf dem deutschen Bundestage bald allgemein gültige, liberale Bestimmungen zustande kämen[1]). In einer Denkschrift für den russischen Kaiser über die Wartburgvorgänge sprach die Weimarische Regierung ihre Ansicht dahin aus, daß alle Preßvergehen verhütet worden wären, wenn der Artikel 18 der Bundesakte, der gleichförmige Verfügungen über Preßfreiheit verheißen hatte, vollzogen worden wäre. „Es kann nur Ruhe eintreten, wenn im ganzen Bereich des deutschen Staatenbundes die Presse zensurfrei anerkannt wird, aber durch bündige Gesetzgebung die Verantwortlichkeit der Schriftsteller, Verleger und Drucker, besonders bei Journalen und Zeitungen, streng nommiert wird" (Januar 1818)[2]).

Da die Weimarische Regierung erkannte, daß solche gleichförmigen Bestimmungen in immer weitere Ferne rückten, mußte sie sich selbst helfen. Sie sah bald ein, daß die Preßverordnung vom 3. Mai 1817, die eine rein polizeiliche Maßnahme darstellte, nicht mehr ausreichte, daß vor allem rechtliche Normen auf-

beiden Höfe auf Ersuchen der Weimarischen Regierung, ihre Beschwerden zurückzuziehen und auf jede weitere Untersuchung zu verzichten.

[1]) Weimarisches Archiv B 5420.

[2]) Weimarisches Archiv B 5445.

gestellt werden mußten, die eine gesetzliche Handhabung gegen Preßmißbräuche bildeten. So hatte sich nach zahlreichen Verhandlungen, Vorschlägen und Abänderungen seitens der Minister und Rechtsgelehrten am 6. April 1818 der Großherzog zu einer neuen Verordnung gegen Preßmißbräuche entschlossen, die am 7. April im „Regierungsblatt" veröffentlicht wurde. Darin wurde zunächst mitgeteilt, daß ein Entwurf eines eigenen Preßgesetzes in Arbeit sei, der dem nächsten Landtage vorgelegt werden sollte. Bis dahin sollte diese neue Verordnung nur als Zwischenmaßnahme bestehen und vor allem die rechtlichen Grundlagen für ein Vorgehen der Regierung bei Preßmißbräuchen festlegen. Die hauptsächlichste neue Maßnahme zu diesem Zwecke bestand in der Ernennung eines besonderen Fiscals für das Großherzogtum, der alle Untersuchungen zu begründen und über alle Beschwerden zu entscheiden hatte. Durch Verfügung des Großherzogs wurde hierzu am 10. April der Cammer-Consulent Dr. Schnauß ernannt. Er mußte die im Großherzogtum erschienenen Zeitungen und Zeitschriften selbst halten, sie genau lesen und „seinen fiskalischen Obliegenheiten dabei allenthalben eingedenk sein". „Er habe sich ebenso von kleinlicher Ängstlichkeit und schwarzsichtiger Befangenheit in Beurtheilung schriftstellerischer Äußerungen zu hüten, als dabey von sorglosem Leichtsinn und schlaffster, verderblicher Nachsicht gegen wirkliche Preßfrechheit entfernt zu halten". Besonders wichtig in der neuen Verordnung war der § 13, auf Grund dessen das „Oppositionsblatt" unterdrückt wurde; er lautet: „Sollte jedoch die ganze Tendenz eines Zeitblattes sich also entschieden

gefährlich darlegen, daß von jedem neuen Stück sich weitere Gesetzwidrigkrit oder Gefährdung des Gemeinwohls durch Störung der öffentlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse mit Grund befürchten lasse, so ist das ganze Zeitblatt als ein fortlaufendes Ganze, anzusehen und von der Großherzoglichen Landesdirektion resp. auf den Grund der Verordnung vom 3. Mai 1817, provisorisch zu unterdrücken, damit größere Gefahr für den Staat abgewendet werde."

Diese neuen Bestimmungen waren am 6. April 1818 an den Bundesgesandten v. Hendrich gesandt worden, mit dem gleichzeitigen Auftrag, förmlich beantragen zu wollen, daß etwas Gleichförmiges über den Gebrauch der Presse auf dem Bundestage bestimmt werde, und vor diesem nochmals die Ansicht über die anerkannte freie Presse des Großherzogtums darzulegen. Schon am 17. April antwortete Hendrich und äußerte die Vermutung, daß am meisten bei Österreich eine Abneigung bestehe, die Sache der Preßfreiheit zur Sprache zu bringen. So war es dann auch in der Tat gewesen. Immer wieder hatten es die reaktionären Mächte verstanden, die Angelegenheit auf dem Bundestage durch Einsetzung besonderer Kommissionen zu verschleppen.

Somit war Carl August nichts anderes übrig geblieben, als die provisorische Verordnung vom 6. April 1818 zum Gesetz zu erheben. Er legte sie Ende des Jahres dem Landtage vor, der sie am 2. Februar 1819 gut hieß. Am 18. Mai 1819 wurde sie als allgemeines Landesgesetz verkündet. Doch nun war es zu spät. Durch die Karlsbader Beschlüsse war dies Weimarische Gesetz völlig wirkungslos geworden.

Diese Beschlüsse wirkten in Weimar, wie in allen liberalen deutschen Bundesstaaten, geradezu lähmend. Sämtliche Staatsminister in Weimar sahen darin einen ungerechtfertigten Eingriff in die inneren Angelegenheiten, eine Überrumpelung des Bundestages. Der Schöpfer der Weimarischen Verfassung, v. Gersdorff sprach unumwunden von einem Vertragsbruch, weil durch die Verfügung der provisorischen Preßgesetzgebung und die andern Bestimmungen die Verfassung des Großherzogtums, wie der Bund sie am 13. Mai 1817 garantiert hatte, verletzt seien.

Aber auch diese offene Erkenntnis konnte an der Tatsache nichts mehr ändern. Man war sich der Tragweite der Beschlüsse wohl bewußt, und die Zusätze der Weimarischen Regierung mußten scharf und unzweideutig sein. Eine Folge der Bundestagsbeschlüsse war die Einsetzung von Zensoren gewesen. Die Landesdirektion befand sich in Verlegenheit, die richtigen Männer dafür zu finden; besonders mußte auf Jena wegen des Verhältnisses zur Universität Rücksicht genommen werden. Die Wahl für diese Stadt fiel auf den Geh. Regierungsrat Schmidt, der als Gelehrter und Staatsbeamter besonderes Vertrauen besaß. In Weimar wurde das Amt, wie schon erwähnt, den Geh. Regierungsräten Hufeland und Gille übertragen; sie traten es am 13. November 1819 offiziell an, nachdem sie es bis dahin provisorisch verwaltet hatten.

Schon bei der Unterdrückung des „Oppositionsblattes" wurde die schwierige Stellung der Zensoren gestreift (vgl. S. 141). Gerade dieser Fall bewies der Regierung, daß die Ausübung eines Staatsamtes und

der Zensur nicht gleichgeachtet werden konnte. Fritsch, der an der Spitze der Landesdirektion stand, schlug daher auch dem Großherzog vor, einen Mann für diesen Posten zu bestimmen, der ihn nicht nebenamtlich, gewissermaßen in den Mußestunden des Abends verwaltete, sondern der Zeit dafür hatte und dazu geeignet war, sich mit allen politischen und literarischen Dingen und Fehden bekannt zu machen. Infolgedessen ernannte Carl August am 6. Januar 1821 den Hauptmann Müller, der bisher in Berlin die diplomatische Vertretung des Großherzogtums führte, zum Zensor für Weimar; er behielt diese Stellung bis zum Jahre 1832.

d) Weimars politisch-literarische Zeitschrift.

Wie mächtig die politischen Kämpfe des zweiten Jahrzehnts auch die geistigen Kreise in Weimar erregten, bewies die Gründung einer literarischen Zeitschrift, die rasch in das politische Treiben hineingezogen wurde. Die Schuld lag daran, daß ihr Herausgeber als bekannter Reaktionär sich von vornherein den Haß der liberalen Presse zuzog und anderseits nicht geneigt war, nur in der Verteidigung zu verharren. Der Beginn der Zeitschrift fiel in die Zeit, als sich die Reaktion zum ersten Male gegen die freimütige Meinungsäußerung der Weimarer Presse wandte. Was konnte ihrem Herausgeber lieber sein, da er ja gerade für diese Anschauungen einzutreten willens war? Die neue Zeitschrift fühlte aber gewaltige Mächte hinter sich, keine Zeit konnte ihr günstiger sein.

Der Herausgeber war August v. Kotzebue[1]), jener

[1]) Literatur: A. D. B. Bd. 16, S. 772.

Schriftsteller, der Jahrzehntelang mit beispiellosem Erfolg die deutsche Bühne beherrschte. Was ihn dort so beliebt gemacht hatte, zeichnete ihn auch hier aus: ein offener Blick für die Zeit und ihre Bedürfnisse, große Vielseitigkeit im Behandeln des Stoffes, Leichtigkeit und Gewandtheit des Stiles, Satire, Spott und scharfe Kritik über Zeitgenossen und Zeitereignisse, wie sie in solcher Fülle und feinen Ironie nicht häufig zu finden waren. Ein Mann mit solchen hervorragenden journalistischen Eigenschaften konnte nicht lange abseits von der Tagesgeschichte und den politischen Ereignissen bleiben.

Seit dem Sommer 1817 weilte Kotzebue in seiner Vaterstadt Weimar, von wo er von Zeit zu Zeit dem russischen Hofe über die merkwürdigsten Erscheinungen der deutschen Literatur Bericht erstattete. In Weimar begrüßte man seine Ankunft mit gemischten Gefühlen, vermutete man in ihm doch einen Spion, der als Abgesandter des reaktionären Rußlands das freie Geistesleben Weimars überwachen sollte. Kampflustig und unternehmungsfreudig gründete er sich also ein eigenes Journal. Ursprünglich sollte es den Titel „Wochenblatt" führen, um aber eine Verwechselung mit dem schon bestehenden „Weimarischen Wochenblatt" zu vermeiden, nannte er es „Literarisches Wochenblatt". Es sollte keine wissenschaftliche Literatur-Zeitung sein, sondern sollte der leichten und munteren Unterhaltung gebildeter Leserwelt dienen.

Den Verlag hatte die Buchhandlung Hoffmann übernommen. Jede Woche erschien eine Nummer im Umfange von acht Seiten in Quartform. Der Jahrgang kostete 4 Taler sächs. Etwa jedes Vierteljahr wurde vom

Verlag aus ein Intelligenzblatt beigefügt, in dem die Buchhandlungen ihre Neuigkeiten veröffentlichten. Jeder halbe Jahrgang bildete einen geschlossenen, durchnumerierten Band.

Kotzebue hatte gleich von vornherein großen Erfolg mit dieser Zeitschrift. Nach den endlosen politischen Streitigkeiten war das Bedürfnis nach literarischer Anregung wieder gestiegen. Vor allem verstand es der Herausgeber, der den ersten Band fast ganz allein schrieb, immer etwas Neuartiges und Anregendes zu bringen. In der am 1. November 1817 erschienenen ersten Nummer legte er seinen Lesern folgendes Programm vor: „Wer in diesem Blatt Erzählungen, Gedichte, gewöhnliche Theater-Nachrichten und dergleichen sucht, der wird sie nicht finden, denn es ist bloß bestimmt, Gedanken und Begebenheiten mitzuteilen, die der Zeitgeist gebahr; es soll dem gesunden Menschenverstande dienen; es soll die literarischen Gaukeleyen beleuchten, das Gute überall hervorheben, das Wunderliche verspotten, das Böse entlarven, es soll die Religion ehren, den Aberglauben bekämpfen; Vernunft und Rechtlichkeit in Schutz nehmen, doch den Anstand nie verletzen".

Schon nach der 5. Nummer hatte sich der Stoff so gehäuft, daß zeitweise zwei Blätter wöchentlich geliefert wurden, und nach einigen Wochen des Erscheinens konnte der Herausgeber voll Stolz mitteilen, daß eine neue Auflage des Blattes notwendig geworden sei: „Der Herausgeber ist sogar so glücklich, seinen geliebten Monarchen unter die Subskribenten zählen zu dürfen".

Wenn Kotzebue auch Eitelkeit, Selbstlob und Koketterie und eine persönliche Angriffslust, die gerne

zu verletzen suchte, nicht abzusprechen waren, so gewinnt man dort aus seinem „Wochenblatt" den Eindruck, daß hier ein Mann mit großer Überzeugungstreue und mit offenem Mute sprach, und daß er mit scharfen, aber anständigen Waffen kämpfte. Er verstand es, jeder Sache und jedem Ereignis eine neue Seite abzugewinnen und darüber leicht und gefällig zu plaudern. Wenn er angegriffen wurde, parierte er schlagfertig und griff seinen Gegner wieder an. So hatte er in seinem „Wochenblatt" eine besondere Rubrik „Gallerie von Originalen" eingerichtet, in der er sich mit einzelnen Zeitungsschreibern voll Satire und Spott auseinandersetzte; seine gewandte Feder konnte sich diese Herausforderungen leisten!

Einen breiten Raum nahmen die Glossen über die deutsche und ausländische Literatur ein. Bei der Beurteilung der ersteren trat oft eine scharfe Kritik an Goethes Werken zutage, mit dem Kotzebue bekanntlich nicht immer einverstanden war. So urteilte er mit beißender Ironie über Goethes „Aus meinem Leben": „Auch wir empfangen diese neue Gabe so freundlich, als sie uns geboten wird; denn in der Tat, sie ist sehr anspruchslos". An anderer Stelle (Jahrgang 1818, Bd. II, Nr. 21) wurde eine Korrespondenz aus der „Hamburger Zeitung" mitgeteilt, nach der Goethe erst nach Pyrmont gehen wollte, wenn Kotzebue fort sei, um nicht mit seinem „literarischen Feind zusammen zu treffen". Hierauf erklärte Kotzebue: „Ich bin kein blinder Anbeter und Nachbeter von Goethe, aber ich bin sein wahrer Verehrer, und verdanke vielen seiner Werke hohen Genuß. Daß ich nicht alles, was er geschrieben, seiner würdig finde, das macht mich ja noch nicht zu seinem literarischen

Feind, das beweist nur, daß ich meine eigene Ansicht habe und ausspreche".

In das literarische Gebiet fielen auch viele Abhandlungen, Berichte, Auszüge und Notizen aus der Naturkunde, Länder- und Völkerkunde, der Theologie, der Geschichte und Kriegsgeschichte; alle literarischen Neuerscheinungen wurden kritisiert und, wenn sie dem Leser angenehme Unterhaltung boten, auch zitiert. So wurden z. B. in den ersten 13 Nummern des Blattes über 180 Schriften angezeigt mit der Versicherung: „Wir werden nie etwas anderes von einem Buch sagen, als was wir wirklich denken und fühlen". Auch Auszüge aus Zeitschriften erschienen im „Wochenblatt", desgleichen Empfehlungen besonders guter Journale. So schrieb Kotzebue im Anschluß an ein neues Pariser Journal „Observateur des Modes": „Dies Journal ist mit Geist in einem angenehmen Styl geschrieben, und übertrifft in jeder Hinsicht bei weitem das trockene, fast immer geistlos zusammengestoppelte Bertuchsche Modejournal" (Nr. 45, 1818). Besonders geistreich waren Kotzebues Reisebriefe und seine Darstellungen der ausländischen Literatur. Es wurde schon damals als ein Vorzug des „Literarischen Wochenblattes" angesehen, daß es die französische Literatur die Kotzebue vollkommen beherrschte, so eingehend berücksichtigte. Unter den damals lebenden Dichtern rühmte Kotzebue vor allem Byrons Phantasie, die Kühnheit seiner Bilder, und die Stärke seines Ausdrucks rückhaltlos.

Aber es war weniger der literarische Inhalt des „Wochenblattes", gegen den die liberal Gesinnten ihre Stimme erhoben, als die politischen Anschauungen, die

Kotzebue darin in aller Offenheit entwickelte. Schon im Jahre 1817 war er gegen alles, was der deutschen Jugend als heilig erschien, zu Felde gezogen. So hatte er Jahn, der die deutsche Turnkunst für einen wohltätigen Einfluß auf die Charakterbildung der Jugend hielt, verhöhnt; so hatte er das Wartburgfest, wie überhaupt alle nach Freiheit drängenden Studenten-Vorgänge hämisch besprochen. Schon dadurch hatte er sich die Feindschaft der liberalen Presse Weimars zugezogen, und lag mit dem „Oppositionsblatt", der „Nemesis" und Okens „Isis" von vornherein in Fehde. Ungeachtet aller liberalen Strömungen in Weimar, ungeachtet des schwebenden Prozesses[1]) verkündete er Anfang 1818 laut und offen sein politisches Bekenntnis: Er stehe oft im Widerspruch mit den Modemeinungen. Auch er habe einst für Demokratie, Konstitutionen, Preßfreiheit geschwärmt. Aber er habe seine Meinung geändert infolge der Gegenwart und der Geschichte. „So ist unsere jetzige Überzeugung entstanden: daß die Demokratie nur einzelne Städte beglücken, daß die Monarchie die natürliche und beste Regierungsform ist, daß Stände allerdings dem Fürsten wie dem Volk sehr nützlich sein können, daß sie aber nicht eine Art von Opposition gegen den Fürsten bilden, daß unbedingte Preßfreiheit zwar viel nutze, aber noch mehr schadet".

Kotzebue war ein überzeugter Anhänger der reaktionären Staatsauffassung Metternichs[2]). Es

[1]) Vergleiche Seite 129.

[2]) Am 3. Februar 1818 schrieb Gentz an Kotzebue: Der Fürst Metternich sieht in ihrem „Wochenblatt" eine der angenehmsten Lektüren, womit er sich seine Erholungsstunden versüßt. (W. von Kotzebue a. a. O., S. 117).

war nur unklug von ihm, seine Ansichten so freimütig zu äußern in einer Zeit und an einem Orte, wo sie ihm nur Feindschaft und Verachtung eintragen konnten. Unbeirrt kämpfte er trotzdem weiter für seine Ideen, und verteidigte sich tapfer gegen alle Anfeindungen. Vom März 1818 (Nr. 32) ab trug das Blatt das Motto: „Rede wahr, scheue niemand"! Und Kotzebue handelte danach. Als ihm jemand anonyme, ehrenrührige Anschuldigungen gegen den Herausgeber des Gothaer „Allgemeinen Anzeigers", den er stets bekämpfte, und gegen dessen Schriftleiter einsandte, lehnte er es ab, davon Gebrauch zu machen. „Die Personen der Herren Becker und Hennike gehen uns durchaus nichts an" (Nr. 29, 1818).

Besonders das „Oppositionsblatt" griff Kotzebue häufig an und legte dar, daß seine Ansichten über den politischen Zustand wegen ihrer gänzlichen Unrichtigkeit nirgends in Deutschland Beifall fänden. Er spräche alle dem Hohn, was in „unserer Zeit als der sehnsüchtige Wunsch des deutschen Volkes laut geworden". Kotzebue konnte aber die Forderung einer repräsentativen Verfassung nicht anerkennen. „Eine reine Monarchie, mit den bisherigen Landständen und unabhängiger Justiz, scheint mir immer eine der besten Formen zu sein" (Nr. 34, 1818).

Diese rückschrittlichen Anschauungen konnten im damaligen Deutschland nur Unmut und Empörung erregen. Nicht allein die Jugend fühlte sich in ihren heiligsten Gefühlen angegriffen, auch besonnene ältere Leute sahen in Kotzebue einen Schädling und Brunnenvergifter. Der Unwillen, den die Tendenz des „Litterari-

schen Wochenblattes" auch außerhalb Weimars erregte, trat z. B. in einem Gesuch in die Erscheinung, das 40 Mitglieder des Frankfurter Lesemuseums an die Direktoren richteten, in dem sie um Ausschließung des „Wochenblattes" aus dem Lesezirkel baten. Kotzebue spottete darüber, indem er (Nr. 33, 1818) schrieb: „Es geht das Gerücht, Frankfurt solle als Freistaat dienen für alle, die wegen politischer Meinung verfolgt werden, ein Gerücht, welches wenigstens nicht vom dortigen Lesemuseum ausgegangen sein konnte". Er ahnte nicht, daß er dadurch nur noch mehr den allgemeinen Haß gegen sich schürte. Im März 1818 schloß auch das Leipziger Lesemuseum das „Wochenblatt" aus.

Wie empört die liberale Presse des Großherzogstums darüber war, daß in ihrer Mitte ein Blatt mit solchen Anschauungen aufkam, geht daraus hervor, daß alle Weimarischen und Jenaischen Journale gegen Kotzebue zu Felde zogen. Ludwig Wieland trat Ende Januar 1818 in seinem „Volksfreund" (Jena) geradezu mit einer Drohung gegen Kotzebue auf: „Wir raten an und sind selbst willens, falls Herr von Kotzebue nicht etwa binnen kurzer Zeit sein Wochenblatt aufgibt oder die Richtung ändert, eine neue Auflage des famosen Kotzebueschen Erstgeborenen[1]) zu veranlassen, damit das deutsche Publikum den Mann näher kennen lerne, der Wahrheit und Recht in seinen Schutz zu nehmen versprochen hat". Dieser Nachdruck wurde dann Wieland

[1]) Als erstes Schauspiel von Kotzebue erschien 1790: „Doktor Bahrdt mit der eisernen Stirn" zum Entsetzen und allgemeinen Skandal der gelehrten deutschen Welt, weil es bekannte lebende Personen in den Schmutz zog.

zwar untersagt, aber trotzdem bekämpfte er Kotzebue weiter, und nannte das „Litterarische Wochenblatt" „den Sammelplatz politischer Verkehrtheit, moralischer Verderbtheit und literarischer Seichtigkeit".

Aber der reaktionäre Geist war mächtiger und verbreiteter als liberale Gesinnungen. Infolgedessen taten alle diese Befehdungen dem Absatz des „Wochenblattes" keinen Abbruch. Während die meisten liberalen Blätter Ende 1818 eingingen, gewann Kotzebues Journal immer größere Verbreitung; der erste Jahrgang konnte schon im Oktober 1818 zum dritten Male aufgelegt werden.

Kotzebue fürchtete sich vor den Drohungen, die man gegen ihn ausstieß, nicht. Das war ein Zeichen für sein gutes Gewissen und für die innere Überzeugtheit seiner politischen Ansichten. Man warnte ihn von verschiedenen Seiten, aber er fühlte sich schuldlos und sicher. Noch für das Blatt, das am 1. April 1819 ausgegeben wurde, hatte er vor Antritt einer Reise auf einen Brief von Berliner Freunden die Mitteilung zum Druck gegeben: „Daß ein gewisser Herr S—i, den ich nicht kenne, an allen öffentlichen Orten die gemeinsten und gröbsten Schmähungen gegen mich ausspricht, ist mir völlig gleichgültig".

Als diese Nummer des „Wochenblattes" erschien, hatte ihren Herausgeber in Mannheim am 23. März 1819 schon der Dolch des Studenten Carl Ludwig Sand getroffen.

Am 29. April 1819 (Nr. 38) kündigte der Verlag Hoffmann an, daß das Blatt weitergeführt würde und zwar zunächst mit vorgearbeiteten Manuskripten Kotzebues. Außerdem sei eine Anzahl der geistreichsten

Schriftsteller Deutschlands, welche das Publikum zu seinen Lieblingen zählt, gewonnen.

Das Unternehmen stand damals im ersten Halbjahr 1819 mit dem 3. Band, der 4. Band begann am 1. Juli 1819. Als Redakteur zeichnete der Verleger Wilhelm Hoffmann selbst. Notdürftig führte er eine Zeitlang das Blatt in der alten Weise weiter; das Fehlen der geistigen Gestaltungskraft und schöpferischen Tätigkeit Kotzebues machte sich nur allzubald bemerkbar. Die literarischen Notizen, die geistreichen Bemerkungen, die boshaften Kritiken, die zusammenhängenden Darstellungen über Literatur und Poesie, die Betrachtungen über Politik und Geschichte fielen aus; an ihre Stelle traten trockene Berichte und langatmige, geographische Beschreibungen.

Die erste Juli-Nummer brachte einen Nachruf auf Kotzebue. Darin heißt es: „Kotzebue hat nie die Geduld gehabt, seine älteren Versuche umzuarbeiten, und es ist charakteristisch, aus seinen Konzepten zu ersehen, wie wenig Korrekturen darin vorkommen. Seine literarische Fruchtbarkeit war außerordentlich groß, weil er arbeitsam war und mit seiner Zeit geizte. Er stand morgens zwischen 4 und 5 Uhr auf und arbeitete bis 2 Uhr mittags am Schreibtisch. — Ihm fehlte jemand, der ihn zu den Tiefen der Wissenschaft zurückgeführt und vor dem schmeichelnden Beifall für unreife Werke gewarnt hätte. Man wollte hinter seiner literarischen Bestimmung diplomatische und politische Pläne finden, was jedoch nicht richtig ist. Seine politischen Ansichten lassen sich aus ihm selbst heraus erklären und aus seinem wandelbaren, gereizten Charakter. Ohne Studium der

Wissenschaft hat er seine Sätze oft aus Laune und Widerspruchsgeist hingeworfen".

Dem vierten Bande blieben noch die meisten Leser treu, aber mit Beginn des Jahres 1820 verlor das Blatt mehr als die Hälfte der Abnehmer; im Mai waren es nur noch 825. Der Verlag verlor infolgedem alles Interesse an dem Blatt; vor allem wollte er auch jeden Zusammenstoß mit der Zensur vermeiden. Er trat daher das Verlags- und Eigentumsrecht an den Leipziger Buchhändler Brockhaus ab, bei dem das „Literarische Wochenblatt" vom Juni 1820 ab erschien.

9. Kapitel.

Die „Weimarische Zeitung" von 1811—1848.

Das reiche Leben, das sich in Weimars Zeitungswesen nach den Freiheitskriegen bis zum Jahre 1820 entwickelt hatte, war mit einem Male zu Ende. Alle politischen Zeitungen und Zeitschriften hatten dem Druck der Zensur weichen müssen, während man früher durch ihre Zahl und Vielseitigkeit verwöhnt war, mußte man jetzt wieder nach auswärtigen Blättern greifen. In Weimar bestand noch das Modenjournal[1]) als Unterhaltungsblatt, außerdem als einziges Nachrichtenblatt das amtliche „Weimarische Wochenblatt". Wie kärglich erscheinen diese zwei Überbleibsel gegenüber dem bisherigen, reichen Zeitungswesen!

Das „Wochenblatt" war das Organ geblieben, durch das die Regierung und die Behörden der Bevölkerung ihre Verordnungen bekannt gaben; außerdem vermittelte es seinen Lesern alles Wünschenswerte über Handel, Verkäufe, Familiennachrichten und die sonstigen, belanglosen Ereignisse der Residenzstadt und des Landes. Mit Politik oder auch nur Zeitungsnachrichten befaßte es sich überhaupt nicht.

Für eine neue politische Zeitung in Weimar war keinerlei Unternehmungslust vorhanden. Bertuch hatte

[1]) Seit 1814 führte es den Titel: Journal für Literatur, Kunst, Mode und Luxus. 1827 ging es ein.

sich seit der Unterdrückung des „Oppositionsblattes" von allen Geschäften zurückgezogen; er starb am 3. April 1822. Das Landes-Industrie-Comptoir und das geographische Institut hatte er schon im September 1820 Froriep überlassen.

So ruhte die politische und geistige Publizistik in Weimar in den 20er Jahren völlig. Hin und wieder wurde freilich ein bescheidener Versuch mit allerlei Neugründungen gemacht. Anfang 1825 erschien in Eisenach eine Wochenschrift „Sonntagsblatt für Stadt und Land" [1], die der Verbreitung richtiger Ansichten über Verfassungsfragen dienen und auch Auszüge aus politischen, technischen und ökonomischen Zeitungen bringen wollte. Dieses Vorhaben erschien damals der Regierung immerhin schon gefährlich, trotz der Versicherung des Herausgebers, daß die politischen Nachrichten nur das Sicherste aus den besten Blättern mitteilen würden. Daraufhin wurde dann zwar das Erscheinen gestattet, aber nur „vor der Hand und mit Vorbehalt der Zurücknahme im Falle eines vorkommenden Bedenkens". Außerdem wurde für das Blatt ein besonderer Zensor in Eisenach bestellt. Und als trotz aller Vorsorge in der ersten Nummer gleich der Name des verantwortlichen Redakteurs und des Verlages fehlte, sprach die Weimarische Regierung hierüber ihr Befremden aus und befahl sofortige Nachholung des Versäumten.

Die Ängstlichkeit der Regierung hatte ihren Grund in den Ermahnungen, die der Bundestag in seiner Sitzung vom 16. August 1824 zwecks strenger Einhaltung der Karlsbader Beschlüsse wieder einmal erlassen hatte.

[1] Weimarisches Archiv. Bd. 5481 e.

In dieser Sitzung war auch der Beschluß gefaßt worden, daß das mit dem 20. September 1824 erloschene, provisorische Preßgesetz solange in Kraft bleiben sollte, bis ein endgültiges Geltung erlangt haben würde. In Weimar wurde dieser Beschluß am 26. Oktober im Regierungsblatte veröffentlicht. Er nahm den liberal Denkenden alle Hoffnung; allzu deutlich war zwischen den Zeilen zu lesen, daß nach dem Siege der Reaktion ein endgültiges Preßgesetz eine Utopie sein mußte.

Auch in Weimar wurde im Jahre 1827 die Herausgabe eines vaterländischen Volksblattes genehmigt[1]), unter der Bedingung, daß alle Preßverordnungen eingehalten würden. Der Redakteur, ein Privatgelehrter Karl Gräbner, wollte die Bezeichnung „Weimarische Blätter" wählen, doch der Großherzog lehnte diese ab. Er wollte es vermeiden, den Namen seiner Residenz wieder mit einer politischen Zeitung in Verbindung zu bringen. So erhielt das Blatt den Titel „Vaterlandskunde", aber schon 1828 ging es nach wenigen Nummern wieder ein.

Im gleichen Jahre wurde die Genehmigung zur Herausgabe einer Zeitschrift „Thüringer Volksfreund" (in Jena) erteilt. Sie erschien 1829, und es wurde den Zensoren dringend ans Herz gelegt, auch vorsichtig betreffs Aufnahme von Nachrichten des Inlandes zu sein[2]). Nachdem der „Volksfreund" schon zeitweise sein Erscheinen einstellen mußte, hörte er am 25. Juni 1831 ganz auf „wegen der Hindernisse, die sich hinsichtlich

[1]) Weimarisches Archiv B 5489 e.
[2]) Weimarisches Archiv B 5457 c.

des Absatzes und Vertriebes dem Unternehmen entgegenstellen."

Alle diese Zeitungsunternehmungen waren Eintagsfliegen. Sie konnten sich nicht entfalten, jede Meinung wurde ihnen vorgeschrieben. So wurde z. B. am 7. November 1828 befohlen, daß alle die Familienverhältnisse des Großherzoglichen Hauses betreffenden Nachrichten in den öffentlichen Blättern nicht eher abgedruckt werden dürften, als bis sie im „Regierungsblatt" gestanden hätten; ein Eisenacher Blatt hatte „sehr voreilig und ohne die geziemende Sorgfalt" etwas Derartiges gebracht.

Zum andern lag der Grund ihrer Erfolglosigkeit aber auch darin, daß man der politischen Kämpfe müde war. Nach den Wunden, die die lange Kriegsnot der Volkswirtschaft und dem Lande geschlagen hatten, wollte man endlich an einen Wiederaufbau und an eine Weiterentwickelung von Handel und Verkehr denken. Auch in Weimar trat jetzt in die Erscheinung, was fast überall in Deutschland zu bemerken war: die Knebelung der Geistesfreiheit hatte einen Rückgang der politischen Presse zur Folge.

Dagegen beginnt sich ein anderer Zweig des Zeitungswesens ständig aufwärts zu entwickeln: der Anzeigenteil.

Bei den Intelligenzblättern des 18. Jahrhunderts war die Art ihrer Anzeigen und dadurch der Charakter des ganzen Blattes durch die bestehende, gebundene Wirtschaftsweise bedingt. Um die Jahrhundertwende war aber dann schon eine freiere Entfaltung des Wirtschaftslebens festzustellen, und der Anfang des 19. Jahrhunderts brachte endlich die volle Gewerbe- und Han-

delsfreiheit und machte damit den Übergang von der gebundenen Stadtwirtschaft zur freien Volkswirtschaft möglich.

Dies machte sich sehr bald im Zeitungswesen bemerkbar, da die Volkswirtschaft nach einer Vermittelung suchen mußte, um die produzierte Ware an den Konsumenten zu bringen. Diese Vermittelung übernahmen die örtlichen Intelligenzblätter oder, da man wegen des Güterumlaufes möglichst über den einzelnen Ort hinaus Verbindungen suchte, vornehmlich die politischen Zeitungen.

In ganz Deutschland war das Streben nach Steigerung der Warenproduktion, nach Aus- und Einfuhr, nach Niederreißen der Zollschranken zwischen den einzelnen Bundesstaaten lebendig geworden. Der freie Wettbewerb begann sich zu entfalten, man plante einen wirtschaftlichen Zusammenschluß, die Gründung „Teutscher Handelsgesellschaften" (1819) und suchte Schutz vor der Überschwemmung mit ausländischen Waren. Alle diese wirtschaftlichen Bewegungen fanden in den Anzeigen der Zeitungen Ausdruck. Diese Tatsache bestätigte sich auch im „Weimarischen Wochenblatt".

Die Gewerbefreiheit wurde in Sachsen-Weimar im Jahr 1811 durch ein Publikandum der Regierung eingeführt, das am 19. Februar 1811 im amtlichen „Wochenblatt" veröffentlicht wurde. Dadurch wurden alle Beschränkungen, die bisher für Ankauf und Export bestanden hatten, und das Verkaufsrecht, wie es verschiedenen Handwerkern zugestanden war, aufgehoben. Ferner wurden vom 1. März ab der Verkauf verschiedener, bisher nur den Innungen eingeräumter Waren (Fleisch,

Talg, Wolle, Garn) freigegeben. Die Vergünstigungen, die auf den Jahrmärkten den örtlichen Krämern zu gut gekommen waren, mußten der allgemeinen Jahrmarktsfreiheit weichen. Das gesamte Innungswesen und die damit verbundenen Privilegien sollten einer Neuordnung unterzogen werden. Jedem Einwohner stand es jetzt frei, bei dem inländischen Meister die gewünschte Ware zu bestellen, ohne daß von seiten der Innung des Ortes etwas dagegen eingewendet oder ein Zunftzwang ausgeübt werden durfte. Im Zusammenhang damit wurde auch die Gleichstellung der Stadt- und Landmeister ausgesprochen.

Das alles konnte sich naturgemäß nur allmählich, in jahrzehntelanger Entwickelung durchsetzen. Vorläufig blieb auch der Handel noch zumeist auf den örtlichen Wirtschaftskreis jeder einzelnen Stadt und ihrer engeren Umgebung beschränkt. Aber die veränderte Wirtschaftsweise machte sich doch bald in den Anzeigen selbst des lokalen „Weimarischen Wochenblattes" geltend.

Die bisher übliche „Fleisch- und Wolltaxe" mußte mit der Gewerbefreiheit aus dem „Wochenblatt" verschwinden. Anderseits konnten nun die Meister durch Zeitungsanzeigen Kunden zu gewinnen versuchen. Schon 1811 tauchten diese ersten Anzeichen des vom Innungszwang befreiten Gewerbes auf:

„Bei Meister Polstern in der Vorwerksgasse ist gutes Ochsenfleisch, das Pfund 2 Gr. 4 Pf. künftig zu haben".

Bei Meister Hugo ist von heute an das Pfund Kalbfleisch zu 1 Gr. 8 Pfg. zu haben".

Ähnlich lauteten Anzeigen anderer Gewerbe:

„Wir haben unser Lager durch Futter und feine Leinwand vermehrt und sind im Stande, sehr billige Preise zu machen."

„Eine fette Kuh von bedeutender Größe steht zu verkaufen".

„Bei dem Gemeinde-Bäckermeister Gebstedt zu Vieselbach sind täglich frische weiße Waren, Brod, Mehl und Kleien um die billigsten Preise zu haben".

In allen diesen Anzeigen trat neben dem Anpreisen der Ware auch die Absicht, Kunden zu werben, zutage; die wirtschaftliche Reklame fand damit ihren ersten Eingang in die lokalen Wochenblätter und in ihrem Gefolge entwickelte sich die Konkurrenz.

Ähnlich trat die neue Wirtschaftsweise auf dem Arbeitsmarkt hervor. Das Innungs- und Gildenwesen war durchbrochen, nun mußte jeder einzelne für sein Fortkommen im Handwerk sorgen. Zu diesem Zwecke rückte man in das „Wochenblatt" etwa folgendes ein:

Ein Schuhmachermeister aus hiesiger Stadt ist gesonnen, einen Lehrburschen zu nehmen, welcher von guten Eltern seyn muß, er sey vom Lande oder aus der Stadt.

Ein gutgesitteter Bursche wird von dem Schneidermeister Tränkler zu Weimar in die Lehre gesucht.

Mehrere junge Leute, welche als Setzer und Drucker in eine Buchdruckerey zu Jena aufgenommen seyn wollen, können die billigen Bedingungen bei . . . . erfahren.

Ferner taten sich jetzt auch die sogenannten Commissions-Comptoire auf, die die Regelung und Vermittelung des Arbeitsmarktes als Geschäft betrieben. Ein Hamburger Comptoir suchte beispielsweise durch Anzeige im „Weimarischen Wochenblatt" „Subjekte für verschiedene Handlungen und Gewerbe", darunter Buchhalter, Verwalter, Commis, einen Koch, einen Gärtner, Braumeister, Tuchscherer und andere Berufe.

Mit dem Jahre 1811, in dem das „Wochenblatt" amtlich geworden war, hatte man auch eine neue Gliederung des Anzeigenteiles vorgenommen. Hinsichtlich der amtlichen Anzeigen, Bekanntmachungen und Veröffentlichungen blieb es beim Alten. Ihnen schlossen sich die Inserate an, die jetzt folgende Rubriken umfaßten:

1. Gesuchte Stellen oder Sachen.
2. Angebotene Stellen oder Sachen.

Beide Abteilungen berücksichtigten Capital, Verlorenes, einzelne Waren, Miete und Vermietung von Zimmern oder Wohnungen, Stellengesuche, bezw. Angebote einzelner Personen, Verpachtung und Verkauf von Gütern und Besitztümern.

3. Allerlei Bekanntmachungen.

Hier wurden private Warnungen vor Betrügern, Empfehlungen von Zeitungen, Lotterie-Nachrichten, Bücheranzeigen, Concerte, Tanzvergnügen, Geschäftsempfehlungen, Wohnungsveränderungen, Unterrichtsanzeigen, Reisegelegenheiten und ähnliches bekannt gegeben.

4. Familien-Nachrichten.

Sie brachten sowohl die standesamtlichen Mitteilungen, geordnet nach Copulierten, Getauften, Gestorbenen, Be-

erdigten, als auch Todesanzeigen, die von den Angehörigen eingesetzt wurden.

5. Hoftheater-Anzeige, in der die Vorstellungen der kommenden Woche mitgeteilt wurden.

6. Die Weimarischen Getreidepreise und die noch bestehenden Taxen.

Alle diese Inserate wurden aber immer noch nicht besonders hervorgehoben, sondern fortlaufend, wie der übrige Text, gesetzt. Meist nannte der Inserent seinen Namen und seine Wohnung, doch bediente man sich oft der Geschäftsstelle der Expedition des Blattes zur Vermittlung. Häufig fanden sich auch Inserate ohne nähere Angabe, da der Inserent in Weimar bekannt war, z. B. „Ein Quartier mit einem Laden ist bey dem Kammerdiener Hauenschildt zu vermiethen und kann auf Johannis bezogen werden".

Als Zeichen des freien und steigenden Handels können die vergleichenden Nachweisungen über die Preise von Lebensmitteln in Weimar, Jena, Allstädt, Ilmenau, Neustadt und Weyda angesehen werden, die nicht von der Redaktion beschafft, sondern von der Großherzogl. Rechnungs-Revision seit Anfang 1818 monatlich als amtliche Bekanntmachungen veröffentlicht wurden.

Gut in der Mitte der 20er Jahre trat jedoch bei einzelnen Anzeigen schon der Typus der modernen Annoncen-Reklame hervor, indem sie durch fetten Druck oder fette Überschrift aus dem übrigen Bild herausgehoben wurden. Auch die Umrahmung einer Anzeige erschien jetzt zum ersten Male in Nummer vom 10. Oktober 1823.

Betrachtet man die Zahl der Anzeigen, so ergibt

sich aus der ständig steigenden Kurve[1]), daß sich ein wachsender Umsatz und größere Güterproduktion entwickelt hatte. Denn die Inserenten beschränkten sich nicht mehr allein auf Weimar, sondern auch von auswärts, z. B. von Erfurt, Naumburg, Apolda, Jena, Leipzig, Halle, lagen Angebote vor. Eine Steigerung erfuhren die Inserate vor allem bei besonderen Anlässen, wie z. B. bei Kirchweihfesten, Jahrmärkten und zur Weihnachtszeit. In den Nummern 80 und 81 des Jahrganges 1823 beziehen sich allein 22 Inserate auf Jahrmarktsangebote.

Da das „Wochenblatt" auch in die Gemeinden und auf das platte Land hinausging, war es schon von jeher bemüht, auf mancherlei Weise den Landmann zu beraten. Um dies noch ausgiebiger zu tun; wurden ihm vom Jahre 1825 ab landwirtschaftliche Blätter als besondere Beilagen beigegeben, und zwar geschah das auf Beschluß des landwirtschaftlichen Vereins zu Weimar. Etwa jeden Monat wurde ein solches Blatt beigelegt. Nach der Ankündigung der Redaktion, die der Kammersekretär Brehme führt, war der Zweck der Blätter „die Verbreitung manches Wissenswürdigen aus dem Gebiet der Landwirtschaft, zur Anwendung und weiteren Prüfung. Nebenbei werden kurze Anfragen, Rügen, Belehrungen usw. darin ihren Platz finden".

[1])

Kaufgesuche:		Angebote:	
Aug. 1811: 14	Dez. 1811: 18	Aug. 1811: 67	Dez. 1811: 101
Aug. 1820: 46	Dez. 1820: 50	Aug. 1820: 164	Dez. 1820: 168
Aug. 1823: 64	Dez. 1823: 65	Aug. 1823: 168	Dez. 1823: 196
Aug. 1827: 62	Dez. 1827: 41	Aug. 1827: 169	Dez. 1827: 197
Aug. 1830: 70	Dez. 1830: 64	Aug 1830: 191	Dez. 1830: 236
Aug. 1833: 47	Dez. 1833: 32	Aug. 1833: 181	Dez. 1833: 268

Nachdem das „Weimarische Wochenblatt" im Jahre 1828 ausführliche Berichte über den am 15. Juli erfolgten Tod Carl Augusts und die Thronbesteigung des neuen Großherzogs Carl Friedrich gebracht und im Jahre 1832 auch Nachrufe zu Goethes Tode veröffentlicht[1]) hatte, trat ein bedeutsamer Umschwung ein. Das schon so alte Wochenblatt wurde Zeitung im modernen Sinne. Es änderte seine innere und äußere Gestalt vollkommen. Am 1. April 1832 erschien das bisherige Wochenblatt als „Weimarische Zeitung", zwar Mittwochs und Sonnabends wie bisher. Das Format wurde Großquart im Umfang von 4 Seiten nebst 4 Seiten Beilagen. Daneben erschien auch wie bisher das „Regierungsblatt". Der Preis blieb der alte; im Weimarischen Kreise kostete der Jahrgang 1 Thaler 16 Groschen, darüber hinaus 2 Thaler 16 Groschen; für das einzelne Stück mußte 1 Groschen bezahlt werden.

Die neue Anordnung der Zeitung machte vor allem eine scharfe Trennung zwischen Hauptblatt und Beilage. Letztere enthielt alle amtlichen Anzeigen und den Inseratenteil. Dieser zerfiel jetzt in folgende Unterabteilungen:

[1]) Am 23. März 1832 erschien im Wochenblatt ein Gedicht „Der Nachruf an Goethe", das von einer Enkelin Herders verfaßt war. — Am 27. März fand sich unter „Familiennachrichten" folgende Todesanzeige: „Gestern vormittag ½12 Uhr starb mein geliebter Schwiegervater, der Großherz. sächs., wirkliche Geheimrat und Staatsminister Joh. Wolfgang von Goethe nach kurzem Kranksein, am Stickfluß, infolge eines zurückgeworfenen Katharrhalfiebers. Geisteskräftig und liebevoll bis zum letzten Hauche, schied er von uns im 83. Lebensjahre. Weimar 23. 3. 32. Ottilie, verw. von Goethe, geb. von Pogwisch, zugleich in Namen meiner 3 Kinder Walther, Wolf und Alma von Goethe".

1. Kauf. 2. Verkauf. 3. Gesuche. 4. Anerbietungen. 5. Mieten und Vermietungen. 6. Mancherlei Bekanntmachungen. 7. Familien-Nachrichten. 8. Theater in Weimar. 9. Getreidepreise und Brodtaxe.

Einen besonders großen Raum nahmen die Bücheranzeigen ein, die von den Verlagsbuchhandlungen mit entsprechenden Empfehlungen (Waschzetteln) in Druck gegeben wurden. Teilweise standen sie unter den allgemeinen Bekanntmachungen, zum Teil erschien auch eine besondere Rubrik „Literarische Anzeigen". Eine Neuerung, war die Nummerierung der Anzeigen; so wurden beispielsweise im Jahre 1832 gegen 3250 Einrückungen gezählt, einschließlich der behördlichen und gerichtlichen Bekanntmachungen.

Vom Jahre 1833 ab trat die wirtschaftliche Reklame immer stärker hervor. Die Mittel, deren man sich dabei bediente, waren Umrahmungen der Anzeigen, Hervorhebungen durch fetten und gesperrten Druck und durch besonders große oder lateinische Buchstaben. (Siehe die Beilagen vom 18. Mai und 13. Juli 1833).

Da das Format der Zeitung größer und dadurch die Spalten länger, die einzelnen Zeilen um mehrere Silben länger geworden waren, wurde nunmehr die Zeile mit 1 Groschen Einrückungsgebühr, für Auswärtige mit 1 Groschen 3 Pfennigen berechnet. Für Inserate ohne Unterschrift, wo also die Vermittelung der Expedition in Anspruch genommen wurde, wurde 1 Groschen mehr verlangt „als kleine Entschädigung für die Bemühung, 30 bis 40 Nachfragenden — die Neugierigen mit eingerechnet — Rede und Antwort zu geben". Inserate, die in größerer Schrift gedruckt wurden, kosteten den

Raum, der nach Zeilen in der Grundschrift des Blattes berechnet wurde. Eine Einfassung wurde als ein Raum von 2 Zeilen angesehen und mit 2 Groschen mehr angesetzt. Die Bezahlung der Inserate erfolgte — wie die des Abonnementsgeldes — im voraus bei der Aufgabe. Mit den Großherzogl. Behörden, dem Stadtrat und häufiger Inserierenden wurde besonders Buch und Abrechnung geführt.

Mit der Neugestaltung der Zeitung am 1. April 1832 wurde sie von der Regierung dem Verlag der Hofbuchhandlung Wilhelm Hoffmann überlassen, nachdem der bisherige Redakteur, der Herzogliche Rat Kruse, freiwillig auf die weitere Herausgabe verzichtet hatte. Eine Großherzogl. Bekanntmachung (Regierungsblatt vom 13. März 1832) verfügte, daß die „Weimarische Zeitung" forthin als ein amtliches Blatt zu betrachten sei, und daß alle darin abgedruckten Verordnungen als förmliche Bekanntmachungen zu gelten hätten und sich niemand mit Unwissenheit entschuldigen dürfe. Im Hause der Hoffmannschen Buchhandlung befand sich auch die Expedition. Gedruckt wurde die Zeitung in der Albrechtschen Hofbuchdruckerei.

Als ersten Redakteur stellte der Verlag den Legationsrat Dr. Karl Panse an, der schon seit 1823 als freier Schriftsteller in Weimar lebte und in seinen politischen Anschauungen liberal war. Seine Tätigkeit galt vor allem dem Hauptblatt, das den redaktionellen Teil enthielt. Seine eigene redaktionelle Arbeit war aber außerordentlich gering. Die Redaktion warb bei den Lesern selbst um Mitarbeiter, indem sie schrieb: „Es wird der Redaktion angenehm sein, Mitteilungen zum

Gebrauch für die Zeitung zu empfangen, und sie bittet diejenigen, die zu Einsendungen geneigt sind, sich nicht durch die Sorge für die Darstellung abhalten zu lassen, sie behält sich jedoch ausdrücklich das Recht der Entscheidung über Aufnahme und Form vor. Wird die Rückgabe der Mitteilungen nicht besonders verlangt, so läßt die Redaktion dieselben entweder in die Akten heften oder vernichten".

Am Anfang des Hauptblattes standen kurze amtliche Nachrichten (Beförderungen, Ernennungen). Dann ging der Text zu dem politischen Teil über, der, mit dem Ausland beginnend, alle Länder umfaßte. Darauf folgte ein besonderer Abschnitt: Deutschland, in dem Nachrichten aus allen deutschen Staaten gebracht wurden. Alle diese Nachrichten waren andern Blättern entnommen. Hieran schloß sich die Rubrik: Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach, in der Lokalnachrichten aus Weimar, wichtigere Ereignisse in Stadt und Land, besonders die Verhandlungen des Landtages, mitgeteilt und erörtert wurden. Den Schluß der Zeitung bildete das Feuilleton, das zum ersten Male Beiträge über Kunst, Literatur, Völkerkunde, Reisen, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft brachte, bei denen die Verhältnisse in dem Sachsen-Weimarischen Lande mit seinen geschichtlichen Erinnerungen und seiner völkischen Eigenart besonders berücksichtigt wurden.

Von einer Politik der Zeitung kann freilich nur mit großem Vorbehalt gesprochen werden; sie war wohl ein politisches Blatt, aber doch von rein örtlicher Bedeutung. Die ersten politischen Urteile waren in den „Rückblicken auf das verflossene Jahr" enthalten, die seit 1833 zu

Beginn jedes Jahres erschienen. Darin gab Panse eine Darstellung der politischen Lage aller Länder Europas; die deutschen Bundesstaaten wurden in ihrem geistigen, wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Fortschritten betrachtet; die Politik des Großherzogtums wurde als stetig und treu am deutschen Bunde festhaltend, gerühmt. Von inneren Reformen wurden Steuern, Wahlangelegenheiten, Stadtordnungen, das Wachstum vom Handel und Verkehr, der Bau von Kunststraßen, die Gründung landwirtschaftlicher und gewerblicher Vereine hervorgehoben.

Der erste politische Leitartikel erschien in den Nummern 1 bis 3 des Jahrgangs 1846. Darin legte die Redaktion zuerst den politischen Standpunkt dar, den die Zeitung vertrat. Sie schrieb u. a.: „Die Weimarische Zeitung" ist neuerlich wieder verschiedenen Mißverständnissen und Anfeindungen in öffentlichen Blättern ausgesetzt gewesen. Das ist in der Ordnung. Ein Mann, der über die Straße geht, muß sich gefallen lassen, was die Leute über ihn sagen. Aber nicht in Ordnung ist, wenn diese Leute von ihm verlangen, daß er so gehe und stehe wie sie, daß er rascher schreite, wenn er eben für gut hält, seinen Weg vorsichtiger zu wählen. Die Zeitungen sollen eine Partei nehmen, unter der Firma der Wahrheit sollen sie diejenige Wahrheit verkünden, welche der Leser meint, nicht, wie sie ist an sich und erkannt wird nach menschlichen Einsichten. — Wem würde es z. B. in England und Frankreich, wohin man die Augen so gerne wendet, wenn vom politischen Leben die Rede ist, wem würde es dort einfallen, von einer Regierungszeitung, wie sie dort vorkommt, zu fordern,

daß sie Grundsätze verteidige, die mit dem System der Staatsleitung in offenbarem Widerspruche stehen? Daß sie die Republik proklamiere, während sie berufen ist, den Monarchismus zu vertreten? Eine solche Zeitung würde vom ersten Augenblick an die öffentliche Achtung verscherzt haben". In den Artikeln wurde dann für den deutschen Bund und die Aufrechterhaltung des verfassungsmäßigen Königstums in den Bundesstaaten eingetreten. Alle oppositionellen und umstürzlerischen Ideen wurden heftig bekämpft. Die Artikelreihe schloß: „Das sind die leitenden Grundsätze dieser Zeitung gewesen von ihrem Beginn bis heute. Aber diejenigen, welche mit den in dem Staatsgrundgesetz, in den Sitten und Zuständen gegebenen Bürgschaften des Volkes noch nicht zufrieden sind, wollen einen Tummelplatz der Leidenschaft, der Angriffe auf Regierung und Verfassung, eine Arena für politische Gladiatoren. Das nennen sie die Interessen des Volkes vertreten".

Diese Artikelreihe erschien unter der Rubrik „Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach", die am Ende der Zeitungsnachrichten im Hauptblatt stand.

Vom Jahre 1847 ab war die Einteilung so umgestaltet, daß der politische Teil mit den deutschen Staaten, und zwar zuerst mit dem Großherzogtum begann, dann folgte das Ausland. Damit sollte auch äußerlich schon betont werden, daß die Zeitung vor allem eine sachsen-weimarische und das führende Blatt im Großherzogtum sein wollte. Dieses war kein zusammenhängendes Staatsgebiet, sondern bestand aus drei von einander getrennt liegenden Hauptteilen: dem Weimari-

schen, dem Eisenacher und dem Neustädter Kreis. Jena, das zum Weimarischen Kreis gehörte, besaß schon lange seine „Wöchentlichen Anzeigen", ebenso hatte der Eisenacher Kreis sein eigenes Wochenblatt", und auch für den Neustädter Bezirk bestand seit 1818 der „Neustädter Kreisbote". Die „Weimarische Zeitung" wollte nun mehr bieten als diese lokalen Anzeigenblättchen, und so gewissermaßen — in ihrem Teile — das Großherzogtum als geschlossene Einheit behandeln. Das zerrissene Staatsgebilde war also einerseits dem Zeitungswesen förderlich, indem es mehrere Lokalblätter aufkommen ließ, anderseits wurde aber dadurch die Entwickelung der „Weimarischen Zeitung" zu einem größeren politischen Blatt gehemmt.

Noch mehr geschah dies dadurch, daß die Regierung der Unternehmer war. Denn mit der Übertragung der Zeitung an den Verlag Hoffmann (1832) war diesem durchaus nicht freie Hand in dem Ausbau und der Einrichtung der Zeitung gelassen worden. Er war an die Regierung gebunden und hatte vermutlich nur eine provisionsmäßige Nutznießung für die geschäftliche Leitung des Unternehmers. Die Regierung wollte nur ein Amts- und Nachrichtenblatt haben und nicht etwa aus den Inseraten eine Quelle des Gewinns machen. Sie verfügte über das Blatt nach ihrem Belieben und setzte sogar die Preise[1]) amtlich fest. An eine fortschrittliche Entwickelung war bei solchem Zwang weder

[1]) Auf Anordnung der Regierung erfolgte im Jahre 1841 infolge der neuen deutschen Kurs- und Münzwerte die Preisfestsetzung der Zeitung auf 1 Thaler 23 Sgr. (mit Regierungsblatt). Die Insertion pro Zeile betrug 1 Sgr. 3 Pfennige.

zu denken, noch wurde sie damals von jemand angestrebt.

Erst die vollkommene Freiheit der Presse schuf die Grundlagen zur Ausgestaltung des redaktionellen und des Anzeigenteiles, und erst dadurch wurde der Übergang zur modernen Zeitung des 19. Jahrhunderts möglich.

10. Kapitel.

Der Druck des Bundestages und der Zensur in den Jahren 1830—1848.

Das vierte und fünfte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wurden für das deutsche Geistes- und Bildungsleben eine Epoche neuer Unterdrückung und Knechtung. Die liberale Strömung, die sich durch die französische Julirevolution in ganz Europa bemerkbar machte, griff auch nach Deutschland über, und man hoffte wieder auf die Erfüllung lange gehegter Wünsche und Forderungen: auf Preßfreiheit und ständische Verfassung. Zwar erlangten einzelne kleinere Staaten eine Verfassung, und Baden erkämpfte sich sogar die Aufhebung der Zensur und ein eigenes Preßgesetz. Aber alle diese freiheitlichen Strömungen wurden schnell wieder unterdrückt, denn noch immer war Metternich der allmächtige Mann, und der deutsche Bundestag sein willfähriges Werkzeug. Der abermalige Sieg der Reaktion sprach sich in den Beschlüssen der Bundesratsversammlung am 28. Juni 1832 aus. An die sechs Artikel, die sie enthielten, wurde die erneute Mahnung geknüpft, den „beispiellosen Mißbräuchen der periodisch-politischen Presse" durch strenge Handhabung der Karlsbader Beschlüsse entgegen zu arbeiten. Als dann noch am 5. Juli ein Verbot aller politischen Vereine nnd überhaupt jeglicher politischer Betätigung erfolgte, war es mit allen

Hoffnungen auf einen neuen „deutschen Frühling" vollkommen aus. Die deutschen Staaten, vor allem die kleineren, konnte sich gegen den Bundestag nicht wehren. Notgedrungen gaben sie die Beschlüsse des Bundestages bekannt und überwachten ängstlich und mit peinlicher Sorgfalt ihre Ausführung.

Diese Besorgnis machte sich auch in Weimar schon kurz nach dem Ausbruch der Julirevolution bemerkbar. Die Zahl der Zensoren war inzwischen erheblich vermehrt, so daß jetzt in Weimar, Eisenach, Jena, Neustadt, Ilmenau besondere Beamte dafür bestellt waren. Schon im August 1830 wurde ihnen größte Aufmerksamkeit zur Pflicht gemacht und die Weisung erteilt[1]), den Abdruck solcher Artikel zu verhindern, die für eine Antastung der Grundsätze in den Großherzogl. Staatsverfassungen angesehen werden könnten. Auch die Zuverlässigkeit der Quellen mußte eingehend von ihnen geprüft werden, und am 22. April 1831 erließ sogar die Regierung die Verordnung, in zweifelhaften Fällen eher das Imprimatur zu versagen als zu erteilen.

Infolge dieser sehr gespannten Verhältnisse fragten die Druckereien und Buchhandlungen vielfach erst bei der Landesdirektion an, ob sie bestimmte Schriften verkaufen und eine entsprechende Anzeige in das „Wochenblatt" einrücken dürften. So hatte beinahe niemand eine eigene Ansicht mehr, und wagte sich jemand mit einer hervor, so wurde sie immer rasch von oben unterdrückt. So wußten auch die Redakteure oft nicht, womit sie entstandene Zensurlücken füllen sollten. Es fehlte ihnen weniger

[1]) Weimarisches Archiv B 5457 c.

an Stoff dazu als an Zeit, denn wenn der Aushängebogen mit dem Imprimatur des Zensors in die Redaktion zurückkam, war Eile geboten, sofort mit dem Druck zu beginnen. Da gab es dann verräterische leere Flächen, die wiederum das Mißfallen der Regierung erregten, weil dadurch das Walten der Zensur allzu offenbar wurde. Am 14. März 1834 ordnete daher die Regierung an, daß Zensurlücken und Streichungen im Abdruck nicht bemerkbar sein dürften; wenn eine Zeitung oder Zeitschrift sich nicht anders zu helfen wüßte, sollte das Erscheinen der ganzen Nummer untersagt bleiben.

Auch diese Verordnungen wurden fast stündlich unter dem Druck und infolge der Bundestagsbeschlüsse gegeben. So hatte der Bundestag am 10. November 1831 beschlossen, die periodisch-politische Presse wieder schärfer beaufsichtigen zu lassen. Im folgenden Jahre wurde dieser Beschluß wiederholt und erneut eingeschärft. Von Oktober 1833 ab durften keine außeramtlichen Nachrichten über den Gang der Untersuchungen hochverräterischer Komplotte in Deutschland in die Zeitungen aufgenommen werden. Laut Beschluß vom März 1836 durften Berichte und Nachrichten über Verhandlungen deutscher Staatsversammlungen nur aus amtlichen Blättern unter Quellenangabe in den Zeitungen veröffentlicht werden. Zu allen diesen allgemeingültigen Verordnungen kamen dann noch weitere Zusätze und eigene Verordnungen der Großherzogl. Regierung, die zum Teil bis in das Jahr 1816 zurückreichten. Nach den Bundesratsbeschlüssen von 1832 trat jene berüchtige Hetzjagd auf allerlei Zeitschriften, Bücher, Flugschriften und Broschüren

ein, die wegen ihrer umstürzlerischen Forderungen und Ideen aufgespürt und verfolgt werden sollten.

Dies führte in Weimar zu besonders bedenklichen Feststellungen. Da man im eigenen Lande nicht sprechen durfte, suchte man auswärtige Zeitungen einzuführen. Besonders gesucht war damals die Zeitung „Westboten", die in der Rheinpfalz erschien, wo eine radikalere Sprache mit Nachsicht geduldet wurde, und die „Deutsche Tribüne", die der liberale Schriftsteller und Politiker Joh. A. Wirth[1]) gleichfalls in der Pfalz erscheinen ließ. Sie fanden überall reißenden Absatz, so daß sich in vielen Orten sogar geheime Gesellschaften zur Anschaffung und Vorlesung dieser Journale bilden. Die „Deutsche Tribüne" enthielt in Nr. 29 vom Jahre 1832 eine diesbezügige Aufforderung, einem „Verein zur Unterstützung der freien Presse" beizutreten. Dieser Verein wurde in einem Bericht der Weimarischen Regierung an den Großherzog Carl Friedrich (am 19. 3. 1832) folgendermaßen charakterisiert: „Er hat nichts geringeres als die Aufwiegelung des deutschen Volkes gegen seine Regenten, den Umsturz der jetzt bestehenden, öffentlichen Verhältnisse in Deutschland und die Organisation eines Deutschen Reiches mit demokratischer Verfassung zum Zweck". Ferner hatte die „Tribüne" geschrieben: „Die Könige haben unter sich einen Bund geschlossen; der Bund gilt der Unterdrückung der Völker. Die Verteidigung der Volksrechte soll durch Vernichtnng der freien Presse und durch Terrorismus gegen deren unabhängige Organe unmöglich gemacht werden".

[1]) A. D. B. Bd. 43, S. 531.

Die Weimarische Regierung ließ es sich demzufolge angelegen sein, diese staatsgefährlichen Blätter zu verbieten (Nr. 4 Regierungsblatt vom 30. März 1832), nachdem der Bundestag am 2. März ihre Unterdrückung beschlossen hatte. Die Landesdirektion und die Zensoren wurden angewiesen, beide Blätter „ohne Anwendung polizeilicher Gewalt, allenfalls käuflich, an die Polizei zu bringen und zu vernichten." Durch diesen Eifer wurde natürlich das Verlangen nach den interessanten Blättern erst recht erregt, und es rief eine gewaltige Erregung und Besorgnis hervor, als man im Februar 1832 entdeckte, daß die „Deutsche Tribüne" sogar von den Schülern in das Gymnasium eingeschmuggelt und heimlich gelesen wurde. Die „Verirrung" der jungen Leute war sogar so weit gegangen, daß sie eine Sammlung veranstaltet und das Geld dem Komitee des vorher erwähnten Vereins als Beitrag übersandt hatten[1]).

Zu allen diesen Verboten und Nachspürungen trat später noch der Kampf gegen das „junge Deutschland", der in Weimar durch eine Verfügung vom 22. Dezember 1835 begonnen wurde[2]).

Aus alledem ist ersichtlich, daß das Amt der Zensoren kein leichtes war, durch die große Fülle alter und neuer Vorschriften hatte sich ihre Verantwortung immer schwieriger gestaltet. Hauptmann Müller, der bisher die Zensur in Weimar hatte, wurde dann 1832 durch

[1]) Weimarisches Archiv B 5508.

[2]) In der Hoffmannschen Buchhandlung wurden beschlagnahmt: Der Salon von Heine; Wally, die Zweiflerin von Gutzkow; Moderne Charakteristiken von Leube. Das letzte Buch wurde am 9. Februar 1837 wieder freigegeben (Weimarisches Archiv B 5457 e).

den Sekretär Brunquell abgelöst; nach dessen Tode im Jahre 1835 wurde der Sekretär Müller als Zensor bestellt. Diese Beamten hatten die Zensur über alle Schriften, Bücher und täglichen Blätter auszuüben, die „Weimarische Zeitung" hatte jedoch seit 1832 einen eigenen Zensor. Vom Jahre 1839 ab unterlagen auch sogar alle Predigten, Kirchen- und Schulschriften unter 20 Bogen der Zensur, nachdem sie vorerst der Weimarische Generalsuperintendent begutachtet hatte[1]). Ein Bild der sich von Jahr zu Jahr steigernden Tätigkeit der Zensoren gibt folgende Zusammenstellung der in Weimar zensierten Schriften[2]):

1833	238	Bogen,
1834	572	„
1835	1585	„
1836	2160	„
1840	2887	„
1844	4313	„
1846	6673	„ .

Der schnelle Aufstieg von 1834 auf 1835 ergab sich daher, daß die Hofbuchhandlung Voigt ihre Druckerei von Ilmenau nach Weimar verlegt hatte. Im Vordergrunde standen unter allen diesen Druckschriften — trotz der strengen Zensur — immer noch solche politischen Inhalts. Vom 1. März 1836 bis dahin 1837 waren bei dem Weimarischen Zensor 331 einzelne Schriften eingegangen; davon waren 177 statistisch-politischen, 29 philologischen und theologischen, 16 biographischen,

[1]) Weimarisches Archiv B 5513 d.

[2]) Das Tagebuch des Zensors Müller befindet sich Weimarisches Archiv B 5555 d,

25 poetischen, 10 dramatischen, 45 verschiedenen Inhalts und 25 Programme und Dissertationen.

In den dreißiger Jahren erlebte die Unterdrückung von „staatsgefährlichen" Schriften und Flugblättern im Auftrage des Bundestages ihre höchste Blüte. Die Polizeiakten der Großherzoglichen Regierung enthalten Seite um Seite Mitteilungen an die Zensoren über Art und Titel dieser Schriften.

Dieser Kampf gegen die Geistesarbeit liberal denkender Männer, die für ihr Vaterland einzig die Freiheit erstrebten, mutet geradezu tragisch an. Dabei hat sich die Weimarische Regierung, wie schon so immer, stets für die Unterdrückten eingesetzt, soweit ihr das eben möglich war. Großherzog Carl Friedrich hatte von seinem Vater dessen freiheitliche Anschauungen übernommen und suchte sie in allen seinen Regierungshandlungen zu betätigen. Aber er mußte gleichwohl oft dem Druck des mächtigen Deutschen Bundes nachgeben. So konnte er sich z. B. trotz vieler Petitionen und der Zustimmung seines Landtages im Jahre 1833 noch nicht für die Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen entschließen. Man fürchtete, daß „die Öffentlichkeit des Landtages das Begehren nach ganz ungeregelter Preßfreiheit und nach vielen, mit dem Wesen des monarchischen Staates völlig unverträglichen Konzessionen zur Folge haben werde". Aber im großen und ganzen blieb doch der liberale Kurs der Regierung unverändert, noch immer standen die in langen Jahren bewährten Minister Gersdorff, Fritsch und Schweitzer an ihrer Spitze. Wie sie früher grundsätzlich für eine geregelte Preßfreiheit eingetreten waren, so auch in diesen

schweren Jahren. Die Beschlüsse, die der Bundesrat in den Jahren 1832—1840 zur fortgesetzten Unterdrückung der freien Meinung faßte, wurden in Weimar als vollkommen unzweckmäßig angesehen. Wohl stand man den umstürzlerischen Ideen, die durch zahlreiche Schriften und Flugblätter verbreitet wurden, auch in Weimar ablehnend gegenüber. Aber man war der Ansicht, daß diesem Unwesen nur durch eine neue Preßgesetzgebung, die für alle deutschen Staaten einheitlich festgesetzt werden müßte, ein Ende gemacht werden würde.

Die Bundesversammlung prüfte im Jahre 1832 die Anordnungen, die in den einzelnen Staaten in Hinsicht auf die Presse ergangen waren. Dabei wurde festgestellt, daß es bisher keinem Staate gelungen war, allen „Anforderungen des Rechtes und der Klugheit" zu entsprechen. Wurde durch zu strenge Zensur die Presse zum Stillstand und zur Unzufriedenheit gebracht, so war die Folge zu milder Handhabung, daß man sich zu frei äußerte. Solche liberalen Blätter wurden mit besonderer Vorliebe in die auswärtigen Staaten eingeführt, wo sie dann die Empörung der betreffenden Regierung hervorriefen.

Bei diesen Sitzungen trat der Weimarische Gesandte Graf Beust auf Weisung seiner Regierung immer nur für die liberalen Anschauungen ein. So erschienen ihm die badischen Preßgesetze vom 28. Dezember 1831 als die annehmbarsten, weil sie Aufhebung der Zensur[1]), genaue Umgrenzung der polizeilichen und strafrechtlichen Maßregeln im Hinblick auf Verleger, Drucker, Heraus-

[1]) Nach Stern, a. a. O. Bd. 4, S. 304.

geber, Autor, sowie Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens gebracht hatten. Sie erschienen jedoch dem Bundestag so staatsgefährlich, daß sie am 28. Juli 1832 wieder außer Kraft gesetzt werden mußten. Dieser Schlag traf auch indirekt die Weimarische Regierung, aber sie ließ sich in ihrer Ansicht, daß „der Gegenstand der Bundes-Preßgesetzgebung zu den wichtigsten unserer Zeit gehöre"[1]), nicht beirren. Schon am 23. Oktober sandte sie eine neue Weisung[1]) an ihren Bundestagsgesandten, daß bei der Abfassung eines Bundesgesetzes über Preßfreiheit ausdrückliche Bestimmungen aufgenommen werden müßten über die Verpflichtung des Redakteurs zur Nennung der Einsender oder Verfasser von Artikeln.

Diese dauernden Bemühungen des kleinen Staates gereichen ihm zur Ehre, aber erreicht wurde damit nichts. Der Deutsche Bundestag tagte von Jahr zu Jahr weiter, aber ein allgemeines Preßgesetz kam nicht zustande, weil die beiden reaktionären Großmächte Österreich und Preußen fürchteten, von den liberalen Mittel- und Kleinstaaten überstimmt zu werden, und daß dann ein zügelloses Treiben beginnen würde. In Wien wollte man überhaupt nichts von Änderungen an den Karlsbader Beschlüssen wissen, und als von Berlin aus erst im Herbst 1847 die Vorlage eines neuen Entwurfes beim Bundestag erfolgte, machte die Revolution von 1848 diesen ewigen Beratungen ein Ende.

Auch in den letzten Jahren vor der Revolution herrschten in Weimar noch die gleichen Zustände in der Presse und

[1]) Anweisung der Regierung an Graf Beust. Weim. Archiv. Bd. 5508.

der Zensur, wie in den 30er Jahren; Verbote und Unterdrückungen überall!

Im Jahre 1843 wollte ein Regierungsrat a. D. Müller eine neue politische Zeitung herausgeben. Das Gesuch wurde ihm abgeschlagen. Am 18. März 1846[1]) suchte der Literat E. Oskar Schmidt um die Genehmigung nach, ein „Unterhaltungsblatt für den Bürger und Landmann" zu begründen. Die Großherzogl. Stadt-Polizei, die um Auskunft über ihn ersucht worden war, hielt ihn nicht für geeignet, da er sich „darin zu gefallen scheint, die öffentlichen Anstalten, ohne vorher deren Einrichtungen[2]) genau zu erforschen, oberflächlich und tadelsüchtig zu kritisieren und dabei eine aufregende Richtung zu nehmen, die in der jetzigen Zeit sogar gefährlich werden kann". Ferner hieß es in dem Gutachten: „Wir legen ein bei uns gegen ihn ergangenes Aktenstück wegen herrenlosen Herumlaufens seines Hundes bei, worin sich ein Schreiben befindet, worin er nicht undeutlich uns zu verstehen gab, daß er als Korrespondent einer vielgelesenen Zeitschrift besondere milde Berück-

[1]) Weimarisches Archiv B 5489 e.

[2]) Schmidt hatte der Zeitschrift „Komet" (Nr. 39, 1846) folgende Notiz gesandt: Aus Weimar. Möge doch auch Liszt, zum Besten eines hiesigen Instituts „Städtisches Krankenhaus" ein Concert veranstalten, da jenes wohl dringender als alle anderen Institute der Hülfe eines Menschenfreundes bedarf. Daß man in Weimar für vieles Geld eines der schönsten Rathäuser gebaut hat, mag bekannt sein, aber die Welt wird nicht wissen, daß man in Weimar, deren Bewohner für wohltätig gelten wollen, ein städtisches Krankenhaus hat, in das zwar Kranke aufgenommen werden, denen man aber bei ihrem Weggange das Wenige ihrer sauer erworbenen Habe inne behält, um sich so für die Kosten bezahlt zu machen. Ein schöner Zug christlicher Liebe!

sichtigung in Anspruch nehme". Diese „schwerwiegenden" Gründe veranlaßten die Landesdirektion, Schmidt die Genehmigung zur Herausgabe der Zeitschrift zu versagen.

So war auch in Weimar allmählich das Spitzeltum der Polizei eingezogen, und man ließ sich von kleinlichen Motiven und Verdächtigungen in der Beurteilung einzelner Personen und Sachen leiten. Um auch ja alle verbotenen Schriften abzufangen, wurden schon 1844 die Steuerbeamten, welche die Revision aller Waren in den Fahrposten vorzunehmen hatten, angewiesen, der Ortspolizei vom Eingange solcher Schriften Anzeige zu erstatten. Die Buchhändler, Antiquare und Leihbibliotheken wurden mit Konfiskation und Strafe bedroht, falls sie verbotene Drucksachen ausstellten[1]).

Auf Weimar traf es also gewiß nicht zu, wenn der Kaiser in einem Schreiben aus Wien vom 9. Mai 1846[2]) äußerte, daß er mit Besorgnis auf den Zustand der Presse in Deutschland blicke. „Wie die Dinge heute notorisch stehen, — so hieß es in diesem Schriftstück — wird die Zensur, insofern als sie grundsätzlich vorgeschrieben ist, in einem Teile von Deutschland mangelhaft, man möchte fast nach den Resultaten zu urteilen, sagen, gar nicht geübt. Das erste und dringendste ist unstreitig die Wiederkehr einer dem Geiste und den Buchstaben des Gesetzes von 1819 entsprechenden Übung der Zensur in allen Teilen des deutschen Bundes. Die Kaiserliche Regierung hält es für das richtige, sich an die Quelle des Übels (dort, wo es besteht), an die Regierungen

[1]) Weimarisches Archiv B 5457 f und g.
[2]) Weimarisches Archiv B 5548.

selbst zu gehen, sie in ihrem eigenen Interesse, sowie in jenem des gesamten deutschen Vaterlandes dringend aufzufordern, daß sie die Zügel der periodischen und kleinen Presse wieder fest in die Hand nehmen und mit klugen Erwägungen der Verhältnisse führen". Der Kaiser empfahl auch strengere Überwachung der Schriften über 20 Bogen und versprach, für ein diesbezügliches, allgemein gültiges Gesetz beim Bundestag einzutreten. Ein ähnliches Schreiben ging am 16. Mai 1846 von Berlin aus an alle Regierungen der deutschen Staaten.

Durch solche Maßnahmen glaubten die reaktionären Fürsten die freie Meinungsäußerung unterdrücken zu müssen. Anstatt auf die Stimme des Volkes zu hören, suchte man von vornherein die Presse und dadurch die öffentliche Meinung mundtot zu machen.

In Weimar sah man auch diese Mittel als vollkommen verfehlt an. Man vertrat den Standpunkt, daß ein definitives Gesetz zur Änderung der Pressezensur erlassen werden müßte, doch sollte jedes einzelne Bundesmitglied die Wahl zwischen verschiedenen Systemen haben. Denn was z. B. in Österreich nicht notwendig erschien, konnte in Preußen als unvermeidlich gelten. Vor allem sollte beachtet werden, daß der Staatsgewalt wohl das Recht zusteht, vorbeugend einzuschreiten, sobald ein Verbrechen verhütet werden kann, daß ihr aber nicht jeder beliebige Eingriff in die Freiheit des einzelnen Menschen gestattet sein könne.

Diese liberalen Anschauungen wurden in einer Denkschrift[1]) vom 7. Dezember 1847 dem Bundestags-Ge-

[1]) Weimarisches Archiv. Bd. 5611.

sandten als Richtlinien mitgeteilt. Ihre Annahme wäre in ruhigen Zeiten zweifelhaft gewesen. Als aber im März 1848 die Revolution Deutschland erschütterte, wurden keine langen Beratungen mehr nötig; die lang ersehnte Preßfreiheit fiel dem Volk als reife Frucht in den Schoß.

11. Kapitel.

Die Revolutionsjahre 1848—1849.

Das Revolutionsjahr 1848 kann als der Zeitpunkt bezeichnet werden, an dem die Zeitung sich frei und unbeeinflußt in den Dienst der öffentlichen Meinung in Deutschland stellen konnte. Die Erörterung der öffentlichen Meinung wurde jetzt der eigentliche Lebenszweck der Zeitungen. Durch Telegraph und Eisenbahn, deren Anfänge und Entwickelung in die 40er Jahre fielen, wurde die Zeitung befreit von ihrer bisherigen langsamen Verbreitungsart und konnte dadurch vorteilhaft in den Dienst des neuen politischen und wirtschaftlichen Lebens gestellt werden. Durch diese Fortschritte im Verkehrswesen war es den Zeitungen möglich, zu den Einrichtungen des öffentlichen Lebens und zu den aktuellen Tagesereignissen schneller als bisher Stellung zu nehmen, wodurch sie sich immer mehr zu den Trägern der öffentlichen Meinung herauszubilden vermochten.

Auch in Weimar vollzog sich an dem einzig bestehenden Blatte, der „Weimarischen Zeitung", diese Umwandelung zur modernen Zeitung. Das war nur möglich durch die infolge der Revolution errungene Versammlungs- und Preßfreiheit. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung und des Zwanges durfte nun wieder gesprochen und geschrieben werden, wie man wirklich dachte und empfand. Dadurch erst konnte sich die öffent-

liche Meinung als eine Erscheinung des Massenwillens bilden und sich auch ihre Zeitungen als Sprachrohr wählen.

Die Vielheiten von öffentlichen Meinungen mußten bei den politischen Umwälzungen des Jahres 1848 besonders stark hervortreten. Jede politische Strömung und Richtung strebte danach, ihre Ideen zum Ausdruck zu bringen. Dazu bediente man sich der Zeitungen, um in ihnen die Ansichten der Partei zu verkünden und zu vertreten. So konnte auch in Weimar die „Weimarische Zeitung", die als Regierungsblatt auf streng monarchischem und staatlichem Boden stand, nicht die einzige Zeitung bleiben. Die liberalen, demokratischen und radikalen Strömungen in der Bevölkerung verlangten nach einem Organ, das ihre Anschauungen zum Ausdruck brachte. Wie in allen deutschen Staaten und Städten entstanden daher auch in Weimar im Jahre 1848 zahlreiche neue Zeitungen. Lange haben sich die meisten von ihnen nicht gehalten, aber sie waren doch charakteristische Erscheinungen ihrer Zeit und sollen deshalb einzeln betrachtet werden.

Die Vorbedingungen für eine Revolution waren auch in den thüringischen Staaten gegeben. Die republikanischen und anarchischen Bestrebungen waren hier schon lange verbreitet; von allen Seiten, besonders von den im Osten gelegenen sächsischen Fabrikbezirken her hatten sie Eingang gefunden. Demokratisch-republikanische Vereine in ganz Thüringen standen in enger, geheimer Verbindung miteinander und trieben eine lebhafte Agitation. So fanden die Revolutionsideen auch hier überall einen wohlvorbereiteten Boden. In

Gera und in Rudolstadt, in Koburg und Gotha kam es zu Unruhen und Soldatenmeutereien, in Altenburg wurde sogar die landesherrliche Familie gefangen gesetzt.

Bei diesen Zuständen war es klar, daß die radikale Presse Oberwasser haben mußte[1]). Aber es waren mehr „die blutigen Redensarten der Führer und die aufreizenden Artikel der radikalen Blätter"[2]), welche eine vollkommene Revolution für notwendig hielten, als die tatsächliche Bereitwilligkeit des Volkes zum Umsturz und zur Fürstenvertreibung. Die radikale Presse hatte zwar meist Arbeiter und sonstige Unzufriedene und Aufrührer hinter sich, aber die Arbeiterbewegung war damals erst in der Entwickelung begriffen, und die Forderungen der Arbeiter selbst gingen mehr auf eine Erfüllung persönlicher Bedürfnisse als auf politische Betätigung im Interesse der Allgemeinheit. So kam es, daß gerade die radikalsten Blätter immer nur eine geringe Gefolgschaft hatten und meist nach wenigen Wochen oder Monaten wieder eingingen, weil die unteren Volksschichten ihren umstürzlerischen Ideen noch fern standen.

Trotzdem Weimar von vielen unruhigen und gärenden Staaten, deren radikale Pressestimmen überall vernehmbar waren, umgeben war, behielt im Großherzogtum und vor allem in dessen Hauptstadt selbst, die gemäßigte Presse die Oberhand. Das mochte daran liegen, daß hinter der „Weimarischen Zeitung" als führendem Blatt das gesamte Bürgertum, die gebildeten Schichten und

[1]) In der Zeit vom März bis November 1848 wurden in den thüringischen Staaten 9 demokratisch-republikanische Volksblätter gegründet.

[2]) Siehe Ernst II, a. a. O., Bd. I, S. 221.

vor allem auch der größte Teil der Landbevölkerung stand. Wenn bisher auch nur in geringem Maße die Politik in der Zeitung vertreten war, so hatte sie doch ihren Standpunkt klar und unzweideutig festgelegt[1]). So mahnte sie auch in den Märztagen zu Ruhe und Besonnenheit, und wußte bei dieser Forderung die überwiegende Mehrheit des Volkes hinter sich.

Die ersten ausführlichen Berichte über die französische Februar-Revolution brachte die Zeitung am Ende dieses Monats. Über ähnliche Vorgänge in deutschen Staaten verlautete nichts; es mußte scheinen, als ob sie unberührt von den Ereignissen in tiefstem Frieden lebten. Erst am 4. März erschien der von der deutschen Bundesversammlung erlassene Aufruf zur Einheit und Ordnung, und zum erstenmal war aus den Zeitungsnachrichten herauszufühlen, daß auch über Deutschland das Gewitter heraufzog.

Inzwischen war am 3. März 1848 als Folge der Revolutionsfurcht auch jener Bundestagsbeschluß gefaßt worden, der es jedem deutschen Staat freistellte, die Preßfreiheit einzuführen. Schon am 8. März erließ Großherzog Carl Friedrich ein Patent[2]), in dem er verordnete, daß die Preßfreiheit, wie sie bis zum Erlaß des Patents vom 30. Oktober 1819 im Großherzogtum bestanden hatte, wieder hergestellt sei. „Die Vorschriften wegen der Preßmißbräuche, wie sie in der Verordnung vom 6. April 1818[3]) erteilt und durch Unser Patent vom 18. 5. 1819 bestätigt worden sind, treten von jetzt

[1]) Vergleiche Seiten 172 ff.
[2]) Weimarisches Archiv, Bd. 5623.
[3]) Siehe Seite 145.

an wieder in Kraft. Weitere Bestimmungen zur Verhinderung von Preßmißbräuchen bleiben vorbehalten, und es soll hierüber ein Gesetzentwurf dem getreuen Landtag in kürzester Frist vorgelegt werden".

Diese erste Tat der Regierung wurde in der „Weimarischen Zeitung" am 11. März veröffentlicht und besprochen. Damit begannen jene Leitartikel, die von nun an in regelmäßiger Folge an der Spitze des Blattes standen und die laufenden Tages- und Zeitfragen behandelten. Wie in bewegten Zeiten stets Neuerung auf allen Gebieten gefordert wurde und man Änderungen, selbst lange bestehender Einrichtungen von heute auf morgen für möglich hielt, so trat dieses Bestreben auch in Weimar hervor und fand seinen Niederschlag in diesen Leitartikeln. Ihre erste Forderung war Einheit und Ordnung; alle Ausschreitungen wurden verurteilt. Eine landesfürstliche Bekanntmachung wurde aufgenommen, in der dem Volke viele Versprechungen gemacht wurden: „Je aufgeregter die Zeit ist, desto inniger muß das Band zwischen Fürst und Volk sich knüpfen. Nur dadurch können die ruchlosen Bestrebungen einzelner bekämpft werden. Wir haben, nachdem der deutsche Bund, den Erfordernissen der Zeit gemäß, mehrere beschränkende Verfügungen aufgehoben hat, die Preßfreiheit in dem Großherzogtum wieder hergestellt. Eine engere Vereinigung des gemeinsamen deutschen Vaterlandes erscheint auch Uns dringend notwendig. Wir betrachten eine deutsche Nationalvertretung als ein wirksames Mittel für diesen Zweck, werden, was an Uns ist, sofort dafür tätig sein und auf eine dementsprechende Umgestaltung der Bundesverfassung hinwirken".

Die Preßfreiheit brachte der Zeitung die Loslösung von der Regierung und ermöglichte es ihr, einen selbständigen, politischen Standpunkt zu vertreten. Einem Aufruhrgesetz, das die Regierung am 14. März erließ, stimmte sie zu. Sie schrieb dazu: „Wenn ein gesunder Sinn allein seine Hebel an die Massen ansetzt, wenn das Volk in fester, dem deutschen Charakter so eigentümlicher Gesinnungstreue sich um seinen Monarchen schaarend, nur um politische Reformen in verfassungsmäßiger Weise, wenn auch laut erhebt, fürchten wir nichts". Ferner trat die Zeitung für die soziale Hebung der Arbeiter und des Handwerks ein; die neuen Probleme der Volksschulen, der Kirche, der Fortbildungsschulen wurden erörtert, die Bildung einer Bürgerwehr vorgeschlagen.

Bei allen diesen Dingen handelte es sich zunächst nur um Weimar und das Großherzogtum. Aber darüber hinaus wurde auch großdeutsche Politik getrieben: Das monarchisch-demokratische Regierungssystem, das in Deutschland Wahrheit geworden sei, wurde gerühmt, die Stimme des Volkes sollte nie wieder schweigen, über alles aber wurde die Idee des einigen deutschen Reiches als die Erfüllung alter Wünsche gestellt. Immer wieder trat die Zeitung hierfür ein, und sie suchte die damals viel umstrittenen und verschiedenartig ausgelegten Begriffe: Demokratie, Republik, konstitutionelle Monarchie, demokratisch-konstitutionelle Monarchie ihren Lesern in Berichten über Volksversammlungen und auch Leitartikeln klar zu machen. „Ein fester Staatskörper soll Deutschlands Stämme wieder umschlingen, ein kräftiger, volkstümlicher Bundesstaat in Frankfurt erbaut werden,

statt des zerfallenen Fürstenbundes". „Das Ziel, welches einzig und allein jetzt unser schönes Vaterland vor Verderben retten kann, ist eine starke monarchisch-konstitutionelle deutsche Regierung mit starkem Bundesoberhaupt". „Die Konstitutionell-Gesinnten sind ebenfalls Demokraten und sollten diese Wahrheit nicht ausschließlich andern preisgeben".

Das politische Ziel der 48er Bewegung war ja die konstitutionelle Einigung Deutschlands. Um diese nationale Einheit zu erzielen, wurde die Beseitigung der Kleinstaaten gefordert. Diese Einigungsbestrebungen tauchten im Jahre 1848 besonders in den thüringischen Staaten auf, die in viele kleine Länder zersplittert waren. Das Problem, wie Thüringen zu einer größeren Einheit gelangen könnte, beschäftigte die Regierungen sehr lebhaft. Herzog Ernst II. von Koburg berichtet in seinen Erinnerungen[1]) über diese Bemühungen, die besonders vom Weimarischen Hofe ausgingen, und spricht davon, daß Weimar durch die Presse die Ansicht verbreiten ließ, als ob die thüringischen Staaten dem Vereinigungsplan geneigt wären[2]). Aber es handelte sich hierbei nur um auswärtige Blätter. Die „Weimarische Zeitung" verhielt sich jedenfalls gegenüber diesem Problem ganz schweigsam, vielleicht auf einen Wink von oben, weil man es vermeiden wollte, einen Wunsch, dessen Verwirklichung man im stillen erhoffte, allzu laut werden zu lassen und öffentlich zu befürworten. Sie brachte lediglich einen amtlichen Bericht über eine

[1]) a. a. O., Bd. I, S. 222 ff.

[2]) Über die Einigungsfrage erschienen 1848 viele Flugschriften, z. B. bei Fromman in Jena, bei Hoffmann in Weimar u. a.

Konferenz, die zur Besprechung des thüringischen Einheitsstaates am 22. Juli 1848 in Gotha getagt hatte.

Einen weit breiteren Raum als die Nachrichten aus den thüringischen Staaten nahmen solche über die deutschen Bundesstaaten und über das Ausland ein. Besonders die Vorgänge in Preußen und Österreich wurden in Auszügen aus Berliner und Leipziger Zeitungen eingehend mitgeteilt. Als sich die Ereignisse überstürzten, und eine Nachricht die andere überholte, führte die „Weimarische Zeitung" zum ersten Male „Nachträge" und „Neueste Nachrichten" ein. Alle diese Mitteilungen konnten natürlich nicht nachgeprüft werden, und so liefen, besonders aus Frankreich, viele sensationelle Gerüchte mitunter, z. B.: „Ein Pariser Tageblatt gibt die Zahl der Toten auf 7000—8000 an". „Elf Frauen sollen als Marketenderinnen verkleidet, vergifteten Branntwein an die Truppen verkauft haben" u. a. m.

Die größte Bedeutung der politischen Bewegung für die „Weimarer Zeitung" lag jedoch darin, daß ihre wirtschaftliche Entwickelung jetzt infolge der Preßfreiheit ungehemmt vor sich gehen konnte. Sie war bisher amtliches Regierungsorgan gewesen und infolgedessen einem ständigen Zwange unterworfen. Nun war der Verleger Hoffmann mit einem Male selbständiger Unternehmer; ausdrücklich war ihm seine vollkommene Unabhängigkeit nach allen Seiten zugestanden. „Ein hohes Staatsministerium hat die Fortführung der „Weimarischen Zeitung" seit der Erteilung der Preßfreiheit ohne allen Vorbehalt und ohne die geringste geheime oder andere Instruktion in die Hände des zeitherigen Redakteurs und der zeitherigen Verleger gelegt"

(17. Juni 1848, Beilage). Das Blatt blieb also lediglich insofern noch amtliches Organ, als es von der Regierung zur Veröffentlichung von Bekanntmachungen und Kundgebungen benutzt wurde. Ledig der Fesseln der Zensur und des Einflusses der Regierung konnte die Zeitung sich zu den demokratisch-konstitutionellen Ideen bekennen und in freierer politischer Richtung entwickeln. Dadurch wurde sie das Organ der bürgerlichen Kreise Weimars, die sich damals als Vorbildung der späteren Parteiorganisationen zu politischen Vereinen, Staatsbürgervereinen und ähnlichen zusammen schlossen.

Mit der freieren Entwickelung des redaktionellen Teiles hing auch ein außerordentliches Anwachsen des Anzeigenteils zusammen. Die Anzeigen-Beilage umfaßte jetzt häufig 6 bis 8 Seiten. Sie hatte durch die Revolution ein ganz anderes Aussehen erhalten, denn der politische Kampf und die einander entgegenstehenden Ansichten setzten sich in der Beilage fort. Besonders häufig fanden sich jetzt anonyme Inserate, die sich mit Vorschlägen für Wahlen, mit Warnungen vor Kandidaten, mit Zustimmung oder Ablehnung dieser oder jener Rede, mit Volksversammlungen und politischer Betätigung beschäftigten. Die politische Ansicht und Äußerung einzelner Personen konnte jetzt durch Bezahlung als Inserat in die Zeitung gelangen. Folgende Beispiele mögen diese Neuerscheinung kennzeichnen:

„Will denn niemand aus dem Amtsbezirk Berka auf die lobredneriſche, anmaßende Aufforderung des Herrn Justizrath E. in W. antworten?" (Nr. 33).

„Der Verfasser des Artikels über die Schwerstedter Volksversammlung scheint nur allein die böswillige

Absicht gehabt zu haben, zu schmähen. Der Aufsatz im Allgemeinen enthält nur die niedrigsten und gemeinsten Ausdrücke, die größesten Entstellungen und Unwahrheiten" (Nr. 33).

„Wer in Nr. 2 des von Heinrich Jäde mitredigierten sogen. Weimar. Volksblattes in dem dort befindlichen Aufsatze von H. J. getadelt worden ist, dem ist gerade durch diesen Tadel der Beifall des Publikums noch mehr gesichert; denn wer erkennt nicht in jenem Aufsatze dessen Verfasser H. J.? Und wer erkennt nicht die Beweggründe? Sind die Beweggründe lauter zu nennen und das Machwerk ein gediegenes?" S..... (Nr. 35).

Diese Art des Anzeigenwesens konnte nur im Interesse des Verlegers liegen, da sich immer mehr dazu berufen fühlten, ihre Ansicht darzulegen. Dadurch erhöhten sich die Einnahmen des Blattes beträchtlich. Der politische Streit der öffentlichen Meinung trat in diesen Anzeigen besonders drastisch zutage, viel unmittelbarer als in den von der Redaktion verfaßten Leitartikeln oder von anderer Seite eingesandten Berichten des Hauptblattes. Allerdings wurde nach Aufhebung der Zensur die Verantwortlichkeit — auch der Anzeigen-Redaktion — weit größer als bisher. Anonyme Anzeigen wurden daher nur aufgenommen, wenn der Verfasser dem Verlag persönlich bekannt war.

Auch sonst bereicherte die Revolution und die politische Lage des Jahres 1848 die Anzeigen-Beilage erheblich durch zahlreiche Aufrufe, Erwiderungen, Proteste, durch Bekanntmachungen von Versammlungen, politischen Vereinen, durch Inserate, welche Sammlungen für die

deutsche Flotte, die unterdrückten Schleswig-Holsteiner usw. veranlaßten. Auch die angebotenen Waren stellten sich auf die Zeit ein: Säbel, Trommeln, Fahnen, Nationalkokarden, Bilder der bekannt gewordenen Volksführer gelangten in den Handel. Und besonders reich war der literarische Anzeiger, der Flugschriften, Biographien, historische Rückblicke und politische Betrachtungen, wie sie in zahllosen Exemplaren im Buchhandel erschienen, anbot.

Die Erweiterung und der Ausbau des Inseratenteiles der „Weimarischen Zeitung" im Jahre 1848 muß als Übergang zum modernen, kapitalistischen Zeitungsunternehmen angesehen werden: die Inserate werden nunmehr die Quelle des Gewinnes für den Verleger! Ferner sah sich der Verlag infolge der wachsenden Zahl der Anzeigen veranlaßt, den Preis des Abonnements vom Jahre 1849 an auf 2 Taler zu erhöhen. Der Inserationspreis betrug für die Zeile 1 Sgr. 3 Pfennige. Jede Beilage enthielt im Jahre 1848 durchschnittlich 800 Zeilen private Anzeigen. Das ergab eine Einnahme von rund 33 Talern für jede einzelne Nummer, und im ganzen Jahre etwa 3500 Taler. Dazu kamen noch die Einnahmen aus den amtlichen Bekanntmachungen, die bei deren großer Zahl (etwa 200 Zeilen in jedem Blatt) auch noch auf etwa 800 Taler veranschlagt werden müssen. Die Auflage jeder Nummer betrug etwa 1500 Exemplare [1]). Aus Abonnementgeldern wurde

[1]) Ich muß mich hier auf Schätzung und Berechnung stützen, da Unterlagen nicht zu beschaffen waren. Die Abonnenten setzten sich vorzugsweise aus Mitgliedern der vorher genannten, politischen Vereine zusammen (ihre Mitgliederzahl betrug gegen 2000), sodann aus der Anzahl der einzelnen Dorfgemeinden der Bezirke Weimar,

also nur eine Einnahme von 2650 Talern jährlich erzielt.

Infolge des Anwachsens der Anzeigen, welche immer mehr die materielle Grundlage der Zeitung bildete, war nun auch eine Bereicherung des redaktionellen Teiles möglich, woraus vornehmlich der politisch Interessierte Gewinn zog. So gehörte zu der „Weimarischen Zeitung" noch ein illustriertes Unterhaltungsblatt[1]), ferner das Regierungsblatt (Gesetze, Verfügungen usw. enthaltend) und vom Jahre 1848 eine Beilage, welche die jetzt öffentlichen und nachstenographierten Landtagsverhandlungen brachte. Außerdem wurde eine besondere politische Beilage geplant, von der aber nur 5 Nummern vom 10.—21. Juni erschienen. Dieses Beiblatt führte den Titel: „Die deutsche Einheit, ein Tagblatt zur Förderung deutscher Freiheit und Kraft". Es sollte politisch aufklärend wirken und das Bewußtsein stärken, daß „wir alle einem freien und großen Volk angehören". Die Redaktion hatte der Medizinalrat Robert Froriep, der Sohn des früher mehrfach genannten Lud. Fr. Froriep, der 1847 gestorben war.

Trotz dieses Aufblühens der Zeitung darf das ganze Unternehmen doch auch nicht überschätzt werden. Die ganze Art des Betriebes war noch außerordentlich dürftig. Die Post kam in Weimar abends um 5 Uhr an. Sie brachte die Heidelberger, Frankfurter und Berliner Zeitungen

Jena und Neustadt, welche die Zeitung amtlich hielten, und schließlich aus den amtlichen und behördlichen Stellen des Großherzogtums.

[1]) Jede Woche erschienen 8 Seiten. Zeitereignisse, Politik, interessante Persönlichkeiten, Moden wurden illustriert. Daneben fanden sich humoristische Aufsätze. Erzählungen, Rätsel. Das Blatt kostete für Abonnenten der Zeitung jährlich 1 Th. 30 Sgr.

mit den neuesten Nachrichten, die gegen 6 1/2 Uhr abends in die Zeitungsexpedition gelangten. Diese schickte sie durch einen Boten dem Redakteur Panse in dessen eine Viertelstunde weit entfernte Wohnung. Dieser las sie durch, machte Auszüge, Zusätze, Änderungen und sandte die Manuskripte in die Druckerei, wieder eine Viertelstunde Wegs. Nachdem sie abgesetzt waren, wurden die abgezogenen Fahnen dem Redakteur zur Korrektur abermals zugestellt, von ihm durchgesehen und zurückgesandt, dann erst konnte der Druck beginnen. Dadurch wurde die Fertigstellung der Zeitung trotz der schon vorhandenen Schnellpresse außerordentlich verzögert und eine Absendung mit der ersten Post am Mittwoch- und am Sonnabendmorgen unmöglich.

Den Hauptstoff für die Zeitung lieferten also die auswärtigen Blätter. Ihre Namen wurden hier und da angeführt. Daneben fanden sich auch Korrespondenzen, z. B. aus der Paulskirche, die wahrscheinlich dem Redakteur unmittelbar zugingen. Die Leitartikel stammten von verschiedenen Mitarbeitern, deren Anfangsbuchstaben häufig miteinander abwechselten. Mit einem sehr langen Artikel war auch E. M. Arndt in Nr. 29 vertreten, in dem er begeistert für Preußen und die Zukunft des einigen Deutschlands eintrat. Daneben finden sich auch zum ersten Male Korrespondenz-Zeichen, besonders bei Nachrichten aus den Orten und Gemeinden des Großherzogtums. Sogar aus Schleswig teilte der Zeitung am 14. August 1848 ein Korrespondent mit, daß ein Bataillon Weimarischer Truppen dort eingerückt war.

Die Tätigkeit des Redakteurs Dr. Karl Panse war nach alledem auch nicht sehr rege. Seit 16 Jahren

leitete er bereits das Blatt, während für die Anzeigen-Beilage der Verleger Wilhelm Hoffmann verantwortlich zeichnet. Der Schriftleiter besorgte hauptsächlich die Auswahl von Nachrichten aus anderen Zeitungen, die den Hauptinhalt seines Blattes bildeten. Dazu kam zeitweise noch die Abfassung eines Leitartikels, der aber bei nur zweimal wöchentlichem Erscheinen noch keine besonders aufreibende Fixigkeit verlangte. Gleichwohl legte er eben jetzt, am 2. Dezember 1848 diesen bequemen Posten nieder, um sich eine eigene Zeitung zu gründen (vergl. Seite 208).

Der Verlag berief nun August Rugo als Schriftleiter. Rugo legte die Stellung, welche die Redaktion der Zeit und ihren Bestrebungen gegenüber einzunehmen gedachte, folgendermaßen dar: „Die Richtung unseres Blattes ist eine demokratisch-konstitutionelle, auf dem Boden der Volkshoheit fußende und dem wahren Volkswillen Rechnung tragende. Wir erkennen in dem demokratischen Konstitutionalismus jene wohlgeordnete Regierungsweise, in welcher jede Kraft durch eine entgegengesetzte in Schranken gehalten und in die gesetzliche Bahn eingewiesen wird.... Wir wollen persönliche Freiheit für alle, soweit sie nicht die Freiheit des Mitbürgers beeinträchtigt, wir wollen politische Freiheit für alle, soweit sie unserem geistigen Standpunkte und unserer Gesittung entspricht.... Vorzugsweise werden wir die Angelegenheiten unseres Großherzogtums ins Auge fassen, und hoffen, von Männern des entschiedenen Fortschritts, deren unser Land nicht wenige zählt, kräftig unterstützt zu werden" (Nr. 96).

Auch in Zukunft blieb die „Weimarische Zeitung"

dieser Richtung treu. Noch im Februar 1849 schrieb sie in Hinblick auf die Weimarische Regierung: „Auch die Staatsregierung muß der demokratischen Richtung folgen, wenn sie politisch klug handeln will". Als höchstes Ziel schwebte ihr immer noch das Erbkaisertum Preußens und die Anerkennung der von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung vor. Dafür kämpfte sie unentwegt.

Schon am 30. Mai 1849 trat jedoch abermals ein Wechsel ein. Nun übernahm Dr. E. A. Herrmann die politische Leitung der Zeitung, die er drei Jahre lang zielbewußt führte. Seine vornehmste Aufgabe sah er darin, mit der Regiernng und den Landständen an den großen Aufgaben der Zeit zu arbeiten. Die „Weimarische Zeitung" erschien ihm als das Organ, das zwischen Regierung und Volk zu vermitteln hatte. „Nur da ist ein Volk groß, stark und frei, wo diese drei Kräfte harmonisch zusammenwirken."

Schon in den Märztagen hatte sich ein anderes bürgerliches Organ neben die „Weimarische Zeitung" gestellt, das ihr auch politisch ziemlich nahe stand. Es war das das „Gemeinde-Verhandlungsblatt und Volksorgan für das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach", das am 20. März erstmalig in Quartformat erschien. Es kam wöchentlich im Verlag von B. F. Voigt, einer Buchdruckerei und Buchhandlung, heraus. Das Quartal kostete 10 Silbergroschen. Es wollte die erste politische Zeitung Weimars sein, die für die neue Zeit eintrat und das Organ der städtischen Behörden im Gegensatz zur regierungsamtlichen „Weimarischen Zeitung" werden. Daher

pflegte es vor allem die Berichterstattung über die Verhandlungen des Stadtrats, die jetzt erstmalig öffentlich abgehalten wurden. Das geschah im amtlichen Teil. Der zweite Teil brachte unter dem Titel „Volks-Organ" Aufsätze zur Zeitgeschichte, Berichte über Versammlungen, ferner wöchentliche Theaterberichte, Fremdenlisten, Geld-, Papier- und Aktien-Kurse.

Es war ein volkstümliches Blatt, das für den Bürger und Handwerker eintrat, und sich in anständigem, gemäßigten Sinne zum Konstitutionalismus bekannte. Jede ultraliberale, radikale oder republikanische Tendenz wurde bekämpft. Jeder Staatsbürger durfte sich frei und offen in dem Blatt aussprechen, und es wurden auch Dinge mitgeteilt, die in dem amtlichen Blatt verschwiegen wurden. Deshalb war der Einsender für seine Mitteilung verantwortlich und mußte dem Verleger seinen Namen nennen. Der Verleger, der zunächst auch Herausgeber war, sah das Blatt als patriotisches Unternehmen an, bei dem er nicht verdienen wollte. Honorare zahlte er nicht, aber er nahm auch keine Anzeigen an.

Das Blatt gelangte über Weimar hinaus zu keiner Bedeutung und hatte auch in der Stadt nur geringe Gefolgschaft. 1849 ging es in den Verlag des Landes-Industrie-Comptoirs über. Sein nunmehriger Inhaber, Medizinalrat Froriep, übernahm selbst die Redaktion und suchte es weiter auszubauen, indem er jeder Wochennummer eine Karrikatur-Beilage beigab. Auch Anzeigen wurden jetzt aufgenommen. Nebenher sollten noch die „Weimarischen Zeitbilder" laufen, die als Monatshefte sechs solcher Karrikaturen enthielten. Ferner wollte

Froriep jetzt der Zeitung eine politische Färbung geben, fand aber keine geeigneten Mitarbeiter. Da er die ganze Arbeit nicht allein bewältigen und das Blatt neben der alteingebürgerten „Weimarischen Zeitung" nicht hochbringen konnte, ließ er es schließlich Ende Juni 1849 wieder eingehen.

Von ebenso kurzer Lebensdauer war das Blatt der Radikalen. Es entwickelte sich aus Flugblättern, die der Buchdrucker Anton Tantz in Weimar im März 1848 zu Tausenden gedruckt und verbreitet hatte. In ihnen wurden revolutionäre und republikanische Tendenzen vertreten, die sich weniger gegen Weimar und den Großherzog, als gegen Preußen, das „Schreckbild" Metternich und sein System richteten. Die Proklamation Friedrich Wilhelms IV. an das preußische Volk wurde verhöhnt: „Wäre es nicht blutiger Ernst, man möchte es für eine Karnevalsposse erklären. Auf der einen Seite ein beliebiger Mensch, Namens Hohenzollern, auf der anderen Seite Millionen, Millionen! Diese Millionen — seit 8 Jahren bitten, flehen, winseln sie zu den Füßen jenes einzelnen um Aufhebung eines Zustandes, der sie zum Vieh machte; die Millionen winseln und flehen — und der eine — will nicht".

Vom 1. April 1848 ab erschienen die Flugblätter regelmäßig Mittwochs und Sonnabends als vierseitige Zeitung. Schon am 26. April wurde sie dann in ein „Weimarisches Volksblatt" umgewandelt mit dem Motto: Wohlstand, Bildung, Freiheit. Herausgeber waren der Literat Heinrich Jäde und Dr. Robert Hase. Beide hatten einen scharfen Blick für die Zeit und die Wünsche der Massen, ihre Leitartikel und Be-

richte waren lebendig, frisch, volkstümlich und verständlich geschrieben, im Angriff und der Abwehr waren sie geistvoll, klar, satirisch und schneidend. Man kann von Mustern journalistischen Könnens sprechen.

Das „Volksblatt" wollte kein Lokalblatt sein, schon deshalb nicht, weil es in Weimar nicht genug Angriffsobjekte fand. Es wollte mitarbeiten am Ganzen, es erstrebte Deutschlands Einigung. „Deutschlands Stämme wollen sich die Hände bieten zum großen, heiligen Volks- und Bruderbunde, die deutsche Nation will ihre selbständige Stellung behaupten". Auch sonst zeigte sich ein fortschrittlicher, weitschauender Geist in dem Blatt. Die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend wurde empfohlen, das allgemeine Wahlrecht, die beginnenden Organisationen der Arbeiter wurden befürwortet, die Fragen des Proletariats und des Sozialismus erörtert. Und obwohl Ende 1848 die Idee einer radikalen Revolution längst begraben war, blieb das Blatt doch seinen Idealen treu. „Keine Macht der Erde ist im Stande, die Ausbreitung und Entwickelung der demokratischen Ideen aufzuhalten. Pflicht der demokratischen Presse ist es, den Inhalt des demokratischen Gedankens immer klarer auseinanderzusetzen, und das demokratische Prinzip in den religiösen, nationalökonomischen, gesellschaftlichen, pädagogischen und politischen Lebensgebieten zur Geltung zu bringen". Wie selbstbewußt und überzeugt klangen solche Äußerungen gegenüber denen der bürgerlichen Presse! Letztere war demgemäß auch zahlreichen Angriffen seitens des „Volksblattes" ausgesetzt, das den Redakteuren Panse und Froriep manchen Hieb zu versetzen wußte.

Das „Volksblatt" erfuhr im Laufe des Jahres 1848 häufige Veränderungen in der Redaktionsbesetzung infolge der Verhaftung der Redakteure. Nach kürzeren oder längeren Untersuchungen wurden sie wieder freigelassen und übernahmen dann wieder die Leitung. Als Jäde wegen Anklage des Hochverrates flüchtete, erschien das Blatt vom 11. Oktober 1848 ab unter Verantwortlichkeit des Herausgebers Anton Tantz. Vom 9. Mai 1849 führten wieder Jäde, der inzwischen eine Gefängnisstrafe verbüßt hatte, und Heinrich Deinhardt die Redaktion. Inzwischen war das Blatt Organ des radikalen Weimarischen Märzvereins geworden, einem Zweigbund aller Märzvereine Deutschlands. Es stellte sich die Aufgabe, „der rohen Gewalt und der Lüge des Konstitutionalismus kämpfend entgegen zu treten, den demokratischen Gedanken allseitig zu entwickeln, und die Zeitereignisse zusammenzustellen und zu besprechen". Als sich im Jahre 1849 die Reaktion von neuem durchsetzte, da war es auch mit der Lebensfähigkeit dieses Blattes vorbei. Es ging Anfang Oktober 1849 ein.

Die Zeitung, die in Weimar aus der Revolution entstand und sich allein neben der „Weimarischen Zeitung" behaupten konnte, war „Die Revolution", allgemeine, politische Zeitung. Panse, der bisherige Redakteur der „Weimarischen Zeitung", war ihr Eigentümer und zugleich verantwortlicher Leiter. Er hatte eingesehen, daß sich die „Weimarische Zeitung" als Regierungsblatt nicht zu einer großen, politischen Zeitung entwickeln würde, wie sie ihm vorschwebte. Er sah gerade in der Stetigkeit und freien Äußerung eine Vorbedingung für den Charakter einer Zeitung.

Die erste Nummer erschien am 3. Januar 1849 in Klein-Folio; das Jahresabonnement kostete 5 Thaler. Schon von vornherein mußte die Zeitung eine scharfe Konkurrenz für die „Weimarische Zeitung" bilden, weil sie seit der Erklärung der Preßfreiheit als erste Zeitung in Weimar täglich erschien. Auch die Einteilung war sehr zweckmäßig. Dem regelmäßigen Leitartikel folgten politische Nachrichten, sodann Handelsnachrichten, Fremdenliste, kleine Inserate. Es war also vorwiegend eine politische Zeitung.

Panse gab seinem Blatte den Namen „Revolution", weil er in der offenen, ehrlichen Anerkennung und folgerichtigen Durchführung der Revolution in höherer Bedeutung allein die Rettung des Vaterlandes und die Wiedergeburt seiner Einheit und Größe erblickte. Deshalb sollte alles, was jene notwendige Entwickelung hemmen oder in falsche Richtung zu leiten drohte, einer rücksichtslosen Beurteilung unterworfen werden. Mit Aufruhrpredigen, mit kleinlichem und persönlichen Streit wollte er nichts zu tun haben.

Auch Panse hatte sich als Ziel gesetzt, nicht eine lokale, sondern allgemein-deutsche Zeitung zu begründen. „Weimar ist für solche Zeitung ein günstig gelegener Ort. Wie es scheint, wird es nicht der Krater weltgeschichtlicher Erschütterungen, es bietet einen ruhigeren Beobachtungspunkt dar; mitten im Herzen Deutschlands vereinigen sich hier die Nachrichten aus Ost und West, Süd und Nord schneller als irgendwo, und es ist daher möglich, die Leser schleunig und gleichmäßig von allen Seiten davon in Kenntniß zu setzen".

Tatsächlich nutzte Panse geschickt seine Beziehungen

als Literat und seine Erfahrungen als Zeitungspraktiker aus, um sich ein großes Netz von Korrespondenten zu schaffen, die ihn anregend und vielseitig bedienten. Dazu kamen seine eigenen klaren und musterhaften Leitartikel, in denen er für eine liberale Nationalpolitik eintrat. Außerdem benutzte er schon die modernen Errungenschaften im Zeitungswesen: die lithographischen Korrespondenzen aus Berlin, den elektromagnetischen Telegrammverkehr, die neuesten Druckmaschinen u. a. mehr. Das alles trug dazu bei, daß die Zeitung gleich einen ungeheuern Beifall fand. In Weimar allein, das damals etwa 13000 Einwohner zählte, hatte sie schon 1849 einige Tausend Abonnenten. Als das „Gemeindeverhandlungsblatt[1])" Ende Juni 1849 einging, wählte sich der Stadtrat die neue Zeitung als amtliches Organ, so daß ihr Untertitel jetzt lautete: Allgemeine, politische Zeitung mit Tage- und Gemeindeblatt. Sie brachte nun außer den amtlichen Bekanntmachungen auch wichtige Privatanzeigen, örtliche Anzeigen, Mitteilungen über Schule, Theater, Auktionen Getreidepreise usw. Dadurch verbreitete sie sich auch über Weimar und seine weitere Umgebung hinaus und war bald die führende Zeitung im Großherzogtum und den thüringischen Staaten.

Seit dem 11. April 1849 (Nr. 82) nennt sich die Zeitung „Deutschland"; Pause glaubte in der Kaiserwahl durch die Nationalversammlung einen neuen Abschnitt der deutschen Geschichte zu erblicken. Das Mißverständnis, das seinem Blatte in manchen Ländern und Städten wegen seines bisherigen Titels entgegenstand, sollte damit gleichzeitig behoben werden. Die politische

[1]) Vergleiche Seite 204.

Haltung und Richtung der Zeitung wurde aber dadurch nicht berührt.

Diese Zeitung Panses [1]) und die seit 1755 bestehende „Weimarische Zeitung" [2]) haben allein von all den vorstehend geschilderten Unternehmungen die Revolution überdauert. Und letztere war der eigentliche Anstoß gewesen, daß sich beide zu modernen Zeitungen des 19. Jahrhunderts entwickeln konnten. Die wirtschaftliche Grundlage dieser Entwickelung beruhte vornehmlich auf dem Inseratenwesen, das mit der rasch vorwärtsschreitenden Entwickelung des Nachrichtenaustausches Schritt hielt. Und Hand in Hand damit ging die Ausgestaltung des redaktionellen Teiles, der in gleicher Weise durch die Entwickelung der modernen Verkehrsmittel im Dienste aktueller Berichterstattung zu immer größerer Vollkommenheit gelangte. Durch alles dies wurde der rein lokale Charakter beider Zeitungen überwunden. Sie konnten sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts führende und maßgebende Bedeutung im ganzen Großherzogtum Sachsen-Weimar erobern und weit darüber hinaus eine Achtung gebietende Stellung im Rahmen der deutschen Presse gewinnen.

[1]) Die Zeitung „Deutschland" befindet sich noch heute im Verlag Panse. Ihre Richtung ist liberal. Ihre Auflagehöhe war nach dem Zeitungskatalog 1914 ca. 16250 Exemplare.

[2]) Vom Januar 1854 ab erschien die „Weimarische Zeitung" täglich (außer Montags) im Verlag Hermann Böhlau. Sie war noch bis 1918 amtliches Organ der Großherzoglichen Regierung, und in ihrer politischen Haltung konservativ. Die Auflagehöhe betrug 1914 etwa 6000 Exemplare. Seit dem 1. April 1919 führt die Zeitung den Titel „Thüringer Tageszeitung".

BINDING LIST MAR 1 1953

539059

LG.H Körner, Fritz
K7868z Das Zeitungswesen in Weimar (1734-1849).

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
LOWE-MARTIN CO. LIMITED